R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z
Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y
Wien, am Montag, den 2. September 1929 301

-.-.-.

Zweite Ausgabe.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z
Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H u n a y 302
Wien, am Montag, den 2. September 1929.

-.-.-.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z:

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y
Wien, am Montag, den 2. September 1929.

---

Sehr geehrte Redaktion !

Bürgermeister Karl S e i t z vollendet am 4. September 1929 sein sechzigstes Lebensjahr. Wir geben Ihnen nachfolgend aus diesem Anlass eine kurze Biographie:

Karl S e i t z Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien.

Geboren 4. September 1869, entstammt einer alten Wiener Bürgerfamilie. Er verlor als Kind seinen Vater, ein Weinhauer in Nussdorf, und wurde im städtischen Waisenhaus Galileigasse erzogen. Nach der Volksschule, die er im Liechtental besuchte, sollte er das Schneiderhandwerk erlernen, begann es, wurde auf Intervention des Gemeinderates Wilhelm Baecher, der seine Begabung erkannte, ins Lehrerseminar St. Pölten zur Ausbildung geschickt. mmmmmmmmmmmmmmmmmmmmmmmmmmmmmmmm Nach Absolvierung wird er als städtischer Unterlehrer angestellt; einige Zeit ist er auch Lehrer in einem Waisenhause. Politische Tätigkeit und Lehrtätigkeit im Arbeiterbildungsverein. Er rief unter den Lehrern die Bewegung der "Jungen" ins Leben, ist einer der Gründer der "Freien Lehrerstimme". Er organisierte den Abwehrkampf gegen den von V e r g a n i im Niederösterreichischen Landtag eingebrachte Aenderungsantrag des Volksschulgesetzes (Reichsvolksschulgesetz), auch gegen alle anderen klerikalen Schulanträge, die von Ebenhoch, Gessmann etz. eingebracht wurden. Wegen seiner politischen Tätigkeit wurde er wiederholt disziplinier t. Zuletzt war er Lehrer an einer Volksschule in Ottakring. Dort gründete er ein Lehrerhilfskomitee zur Speisung und Bekleidung armer Schulkinder. 189[illegible] wurde er Obmann des Zentralvereines der Wiener Lehrerschaft, 1897 Mitglied des Bezirksschulrates. 1901 wird er vom Wahlkreis Floridsdorf-Stockerau in den Reichsrat entsendet. 1902 zieht er als erster und einziger Vertreter in den Niederösterreichischen Landtag ein. Seine Kenntnis des Parlamentsrechtes und seine Handhabung der Parlamentstechnik verschafft der sozialdemokratischen Fraktion einen über ihre zahlenmässige Stärke hinausgehenden Einfluss. In den letzten Kriegsjahren ist er Vizepräsident des Abgeordnetenhauses und Präsident der kriegswirtschaftlichen Kommission. Nach Zusammenbruch der Monarchie ist er mit Hauser und Dinghofer Präsident der Nationalversammlung. Nach der Verfassung vom März 1919 wird er erster Präsident der konstituierenden Nationalversammlung und mit der Funktion des Staatsoberhauptes betraut. Nach den Wahlen 1920 übernimmt er die Leitung der soz. dem. Partei und der soz. dem. Parlamentsfraktion. Im Nationalrat ist er zweiter Präsident. Am 13. November 1923 wird er nach Jakob Reumann Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien. Seine persönliche Liebenswürdigkeit, seine Gabe des Ausgleichens von Gegensätzen, seine besonders in Debatten bedeutende Rednergabe wird gerühmt.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y
Wien, am Dienstag, den 3. September 1929.

303

## Der sozialdemokratische Gemeinderatsklub ehrt den Bürgermeister.

## Antrag auf Ernennung zum Ehrenbürger!

Im Rathaus versammelten sich heute nachmittag die sozialdemokratischen Gemeinderäte, Bezirksvorsteher und Fürsorgeinstitutsvorsteher zu einer Festsitzung Der Klubvorstand unterbreitete den Vorschlag, der für Freitag einberufenen Gemeinderatssitzung den Antrag vorzulegen, Bürgermeister Seitz aus Anlass der Vollendung seines sechzigsten Lebensjahres zum Ehrenbürger zu ernennen. Der Klub stimmte unter grossem Beifall einhellig diesem Antrag zu. Inzwischen waren Bürgermeister Seitz und seine Frau in der Festsitzung erschienen, wo sie mit grosser Herzlichkeit aufgenommen wurden. Klubobmann Präsident Dr. Danneberg hielt an den Bürgermeister folgende Ansprache:

Wir sozialdemokratischen Gemeindefunktionäre haben uns heute hier versammelt, um Ihnen unsere Glückwünsche zum sechzigsten Geburtstag darzubringen. Wir haben uns beeilt, möglichst die ersten zu sein, und wohl mit Recht. Wenn Sie auch erst sechs von sechzig Jahren in diesem Hause verbracht haben und wenn es uns auch nicht einfällt, zu bestreiten, dass Sie der ganzen Partei gehören und alles, was in der grossen vielfältigen österreichischen Arbeiterbewegung lebt und wirkt, ein Recht hat, sich mit Ihnen verbunden zu fühlen, so ist doch kein Zweifel, dass unter den Aufgaben, deren Bewältigung der Arbeiterklasse Deutschösterreichs zugefallen ist, die Verwaltung der Millionenstadt Wien eine der schwierigsten, aber auch der schönsten ist, weil sich an ihr die Schaffenskraft des Sozialismus zu bewähren vermag, und dass diese grosse Leistung mit Ihrer Persönlichkeit und mit Ihrer Wirksamkeit untrennbar verknüpft ist.

Aufbauarbeit im wahrsten Sinne des Wortes haben wir unsere Arbeit genannt. Und in der Tat, sie war es und sie ist es auch. Hat auch Wien im Kriege nicht unter den unmittelbaren militärischen Einwirkungen der Front gelitten, wie Paris und London, so hat der furchtbare Krieg die Bevölkerung dieser Stadt doch stärker mitgenommen, als die irgend einer anderen Grosstadt des Kontinents. Es schien eine schier unlösbare Aufgabe zu sein, in dieser Stadt der grössten Kindersterblichkeit, des Hungers, der Arbeitslosigkeit und der Kohlennot, der allgemeinen Verwahrlosung in dieser Stadt, deren Untergang viele Politiker nahe glaubten und manche Dichter schon geschildert haben, vor allem den Glauben an ihre Bestandfähigkeit zu wecken und die Kräfte zu sammeln, die für den Wiederaufbau nötig waren. In mancher bitterer Stunde, in der wir noch unter Reumann's Führung beisammen sassen, mochte man wirklich bezweifeln, ob der Weg nach aufwärts noch möglich ist. Wir haben das Schwerste überwunden und haben in den letzten sechs Jahren unter Ihrer Führung ein Werk vollbracht, das tiefste Befriedigung, Freude und Begeisterung bei Hunderttausenden in dieser Stadt erweckt hat, das auch den gerechten Gegnern Anerkennung abgerungen hat, das die Aufmerksamkeit der Fachleute des ganzen Erdenkreises auf sich gezogen hat.

Ein Prominenter der Gegenseite hat uns vor sieben Jahren in diesem Hause höhnend und drohend zugerufen: Die Steine werden reden und gegen uns zeugen!

Jawohl, die Steine reden! Sie erzählen heute jedermann laut und vernehmlich, dass eine Zeit angebrochen ist, in der die Menschen anders wohnen sollen, als in den finsteren Löchern, die schlimmstes Spekulantentum den Volksmassen als Obdach geboten hat. Die Steine reden und erzählen, dass die Menschen in dieser Stadt gesund und froh sein wollen. Die Steine reden und erzählen, dass jedem Schwachen und Hilfsbedürftigen, dem Kind wie dem Greis, dem Kranken und Sorgenvollen eine Stätte bereitet sein soll. Die Steine reden und erzählen, dass in dieser Stadt den Kindern das Beste geboten werden und dass alle Tüchtigkeit, die in der Wiener Bevölkerung steckt, geweckt werden soll, um wirtschaftliche und kulturelle Kraft zu werden, zum Nutzen des Einzelnen und zum Heil des Ganzen.

Ein anderer Geist ist hier eingezogen, als früher hier gewaltet hat. Es gibt immer noch Leute, die von der guten, alten Zeit schwärmen und vermeinen, dass echtes Wienertum identisch sei mit dem Geist jener Backhendelzeit, in der eine triviale Glückseligkeit spiessbürgerliches Ideal und für eine schmale Schichte auch Wirklichkeit war. Wir aber wissen, dass dieselbe Zeit für die vielen Zehntausenden von Arbeitern und Angestellten in dieser Stadt eine Aera der Rechtlosigkeit, der politischen Aechtung und der grausamsten Verfolgungen war. Wir wissen, dass in dieser guten, alten Zeit die Glückseligkeit der einen auf der Glücklosigkeit der andern, die freie Zeit der einen auf dem Zwölfstundentage der andern aufgebaut war und dass die herrschenden Klassen ihr Gewissen durch eine Wohlfahrtspflege erleichterten, deren Geist und Umfang durch den Ursprung bedingt war: dass sie Gnaden spenden wollte.

Sie, Genosse Seitz, haben selbst diese Gnaden ausgekostet und die Erinnerung aus harten Kindheitstagen bewahrt.

Zehn Jahre sozialdemokratische Gemeindeverwaltung haben gezeigt, dass echtes Wienertum sich auch anders zu äussern vermag. Diese Mischung von echter Frönlichkeit und Frische mit der ausdauernden Kraft zu grossen Taten, die der Wiener Arbeiterbewegung das Gepräge gibt, sie ist in Ihnen lebendig und gehört zu Ihrer Persönlichkeit. Sie wird lebendig in allem, was hier geleistet und geschaffen wurde.

Ein Mann, wie Sie, der den Ablauf des letzten halben Jahrhunderts nicht nur vom Hörensagen und durch Studien, sondern aus eigenster Erfahrung kennt, hat erst recht die Leidenschaft und die Kraft, die öffentlichen Dinge und die Sorgen der Massen anders zu behandeln, als das ehedem üblich war.

Sie haben selbst als hilfloses Kind die Einrichtungen, die die Stadt Wien damals zu bieten vermochte, in Anspruch nehmen müssen. Sie können sich aus eigenster Erfahrung in das Schicksal der Aermsten und Hilflosesten hineindenken. Darum ist alles, was für die Kinder, was für die Jugend, was für die Schwachen und Kranken zu geschehen hat, Gegenstand Ihres besonderen Interesses.

Wir Aelteren, wir kennen alle noch den Karl Seitz, der als forscher Kämpfer, eben dreissig Jahre alt geworden, zum erstenmal als Kandidat der Partei in die politische Arena trat und sich bei den ersten Wahlen der vierten Kurie um das Gemeinderatsmandat der Inneren Stadt beworben hat. Es war ein aussichtsloses Beginnen. Wirksamkeit im Gemeinderat ist Ihnen damals versagt geblieben. Wir Aelteren kennen noch den Karl Seitz, der im harten Kampf in der privelegierten Städtekurie des alten Parlaments im Jahre 1901 als erster Bresche geschlagen hat. Wir kennen jenen Seitz, der als einziger Sozialdemokrat im niederösterreichischen Landtag den Kampf gegen eine brutale Mehrheit aufgenommen und sich in der ganzen Oeffentlichkeit Gehör zu verschaffen gewusst hat.

Wir kennen den Agitator Seitz, der es verstanden hat, ein wirklicher Aufklärer und Wecker der Massen zu sein, dessen Worte zünden und dem Sozialismus tausende und abertausende Anhänger geworben haben. Wir kennen Sie, Genosse Seitz, als einen der Führer der grossen Parlamentsfraktion, der neben Viktor Adler in dem Wirrwarr der acht Nationen und der fünfundzwanzig Parteien immer wieder Mittel und Wege gefunden hat, die Sache der Arbeiterklasse ein Stück nach vorwärts zu bringen.

Was Sie auf diesem Gebiet geleistet haben, reicht allein aus, ein Menschenleben im Dienste der Partei und des Sozialismus auszufüllen und ein grosses Vorbild zu sein.

Aber jeder, der Sie kannte, wusste auch damals schon, dass der Meister der Kritik, der grosse Taktiker der Opposition, der Organisator des Angriffskampfes auch das Zeug besitzt, nach einem siegreichen Krieg die erorberten Stellungen zu behaupten und eine ganz andere Arbeit zu leisten. So war es nicht das Ergebnis langwieriger Beratungen und umständlicher Prüfung, sondern eine Selbstverständlichkeit, dass in den Tagen des Umsturzes, als die Partei zu entscheiden hatte, wer an die Spitze des neuen Staatswesens treten soll, Sie Präsident geworden sind. So war es vor sechs Jahren keine Minute zweifelhaft, dass Sie Bürgermeister von Wien werden müssen, als Reumann uns seinen Entschluss mitteilte, dass er sich nach den Jahren schwerster Arbeit zurückziehen wolle.

Anders als früher sind in der heutigen Verfassung die Aufgaben des Bürgermeisters. Er soll nicht mehr ein Kingfou sein wie früher und auch nicht ein absolutistischer Beherrscher dieser Stadtverwaltung. Aber er soll auch nicht bloss eine nach oben abschliessende Figur sein, was nach den Buchstaben der Verfassung so scheinen könnte. Ihre kraftvolle Persönlichkeit hat diese Funktion gestaltet, wie sie sein soll: als eine wirkliche Repräsentanz der Stadt, nicht in dem Sinne langweiliger Formalitäten, sondern als eine Verkörperung der ganzen Arbeit, die hier geleistet wird, und des starken Wollens, dem diese Arbeit entspringt. Und wer einen Einblick in das innere Getriebe der Stadtverwaltung hat, der weiss, wieviel Anregungen Ihnen diese Arbeit verdankt und wie nicht nur

das Grosse, sondern auch jedes kleine Detail dieser ungeheueren Verwaltung Ihr Interesse findet. Die Verbundenheit, mit der sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung mit dem Rathaus und seiner Arbeit heute fühlt, sie ist zugleich eine Verbundenheit mit Ihnen selbst. Darum jubeln Ihnen die Massen zu, darum prallen alle Versuche der Verleumdung wie an unserer Arbeit, so auch an Ihnen selbst ab. Es ist nicht angenehm heutzutage öffentliche Funktionen zu bekleiden, in einer Zeit, in der die Widersacher des Sozialismus den politischen Kampf nicht bloss mit den Mitteln führen, die in zivilisierten Ländern üblich sind, sondern in der österreichische Kapitalisten sich für bares Geld Verleumder dingen und Pinkertons aushalten, um den Vormarsch der Arbeiterklasse aufzuhalten. Dass Sie persönlich in hohem Grade die Zielscheibe dieser schmierigen Kämpfe sind, beweist nur, wie sehr auch die Gegner wissen, dass das grosse Aufbauwerk der Stadt und Sie untrennbar miteinander verbunden sind. Wir werden mit den Gegnern fertig werden, wie wir mit gefährlicheren und grösseren Gegnern fertig geworden sind. Aber gerade am heutigen Tag soll auch von dieser Stelle gesagt werden: Dieses Wien, das die Gegner hassen und das die skrupellosesten und böswilligsten unter ihnen bekämpfen wollen in einem Feldzug mit der Waffe in der Faust, das sie entrechten wollen, dieses Wien wird sich zu wehren und zu verteidigen wissen, welche Formen immer der Kampf auch annehmen mag. (Lebhafter Beifall) Wir sind ehrlich dazu bereit, jeden Streit als demokratische Republikaner auszutragen. Wir sind Demokraten aus Ueberzeugung, weil die Sache des Sozialismus auf dem Boden der Demokratie am besten gedeiht. Wenn aber verblendete Menschen und Mietlinge eines gewalttätig gewordenen Kapitalismus es wagen sollten, den Marsch auf Wien mit der Waffe in der Faust zu unternehmen und das Unglück eines Bürgerkriegs heraufzubeschwören, so mögen sie wissen, dass Wien nicht Rom ist. Sie haben schon erfahren, dass der Weg nach Wien von Vorwerken geschützt ist, die nicht überrannt werden können. Sie mögen wissen, dass sie in Wien eine Festung finden werden, die nicht mit Wall und Graben umgeben ist, aber umgürtet von der Liebe und Treue der Wiener Sozialdemokraten. (Stürmischer Beifall.) Diese Hunderttausende sind ein lebendiger Wall, der undurchbrechbar sein wird.

Es ist eine ernste Zeit, in die Genosse Seitz, Ihr sechzigster Geburtstag fällt. Wir wissen, dass es nicht Ihre Billigung gefunden hätte, wenn wir diesen Tag mit Festlichkeiten begehen würden und darum soll von derlei abgesehen werden. Aber die Erinnerung an diesen Tag kann schöner, in anderer Form festgehalten werden. Die Versicherungsanstalt der Stadt Wien hat einstimmig beschlossen, einen Betrag von zunächst dreihunderttausend Schilling, der später durch regelmässige Zuwendungen erhöht werden soll, für eine Karl Seitz-Stiftung zu verwenden, aus der Kranke und Bedürftige, vor allem aus dem Kreise der Versicherten, Unterstützung in verschiedener Form empfangen sollen. (Lebhafter Beifall.) Wir haben bei einem anderen traurigen und zugleich freudigen Anlass hier beschlossen, eine Karl Seitz-Lesehalle zu errichetn, die hoffentlich bald auch wirklich auf einem geeigneten Platz stehen wird. Diese beiden Einrichtungen sollen ein Symbol bilden für das, was der Sinn Ihrer Lebensarbeit ist: Aufklärungsarbeit, Hilfe für die aufstrebende Jugend, Hilfe den Mühseligen und Beladenen. Und noch eines soll geschehen als ein äusseres Zeichen der Anerkennung für die ungeheuere Arbeit, die Sie hier in diesem Hause geleistet haben. Die Stadt Wien, der Sie mit Leib und Seele gehören, deren neuer Aufstieg mit Ihrer persönlichen Wirksamkeit untrennbar verbunden ist, ehrt sich selbst, indem sie Ihnen als einem ihrer besten Söhne die höchste Auszeichnung verleiht, die sie zu vergeben hat, das Ehrenbürgerrecht.(Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.) Der Name des Waisenknaben aus dem Liechtental soll in das goldene Buch der Stadt eingetragen werden. Nehmen Sie, Genosse Seitz, mit dieser Mitteilung, der morgen die Tat folgen soll, die Glückwünsche Ihrer Freunde und Mitarbeiter in der Gemeindeverwaltung, die Wünsche aller der tausende Gemeindefunktionäre unserer Partei zu Ihrem morgigen Geburtstag entgegen. Seien Sie der Liebe und Treue aller Ihrer Mitarbeiter in der Gemeinde versichert. Wir wünschen und hoffen im Interesse der Stadt Wien und im Interesse unserer Partei, dass es Ihnen gegönnt sein möge, noch viele Jahre in voller Kraft zu bleiben der Bürgermeister und Landeshauptmann der Stadt Wien. (Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen.-Die Versammelten erheben sich von ihren Sitzen und bringen auf den Bürgermeister begeisterte Hochrufe aus.)

- Die Erwiderung des Bürgermeisters folgt! -

---

Bürgermeister Seitz erwiderte:

Sie wünschen mir Kraft und Stärke.Es hat nicht wenige Augenblicke in meinem Leben gegeben, wo ich mir sagen musste, sei stark! Aber ich bekenne, dass es mir heute schwer wird, stark zu bleiben, wenn ich mir vergegenwärtige, dass ich nun - es ist dies ein Symbol der Zuneigung und Liebe, die mir entgegengebracht wird - in dieser Stadt, die ich mit meinem ganzen Herzen liebe, der meine Väter durch viele Generationen angehört haben und der ich mein ganzes Leben weihen will, Bürger werden soll, ja Ehrenbürger. Danneberg hat gemeint, ich hätte die Führung hier im Hause. Ich lehne das ab.

Erstens deshalb, weil ich als einer von der alten Garde mich noch daran erinnere, was für ein wichtiges und grosses Problem es am Ende der Achtzigerjahre für uns Sozialdemokraten war, ob wir Führer haben oder nicht. Und dann auch deshalb, weil man meine Tätigkeit hier im Hause nicht führen nennen kann - man könnte sie im günstigsten Falle Zusammenführen nennen. Damit ist auch ausgesprochen, was die Wesensart dieser Verwaltung ist: Dass sie von gewählten Vertretern, von Männern aus dem Volke geführt wird, die mit der Kenntnis der Sache auch die Kenntnis der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Notwendigkeiten verbinden, - die auf dem betreffenden Gebiete die ersten Fachmänner sind und denen man daher keinen Führer voranstellen muss. Es ist selbstverständlich, dass, wo so starke Naturen miteinander wirken und zusammenwirken müssen, sich natürlich auch Gegensätze zeigen. Da kommt es vor, dass ein Resort das andere beeinflusst oder dass sich ein Ressort durch das andere beeinflusst fühlt und dass nicht selten Kompetenzkonflikte, ja sogar auch tiefgründige Meinungsverschiedenheiten entstehen. Es ist das Kennzeichen dieser Verwaltung, dass dem Bürgermeister die Aufgabe zufällt, die Gegensätze auszugleichen, diese starken Kräfte zusammenzuführen, sie hie und da zu begrenzen oder sie anzufeuern, jedenfalls aber sie zielbewusst auf eine gemeinsame Linie zu bringen.

So ist die Aufgabe eines Bürgermeisters in der heutigen Zeit eine wesentlich andere als die Aufgabe der Bürgermeister von früher,die nicht selten entweder nur als Diktatoren oder nur als Repräsentanten erschienen. Ich gestehe, dass ich mich diesem Amt mit Liebe und Freude zugewendet habe. Ich habe schon in den Neunzigerjahren mich viel mit Gemeindepolitik beschäftigt und es war immer das höchste Ideal für mich, an einer Verwaltung teilnehmen zu können. Jetzt in meinem Alter bin ich zum Traum meiner Jugend zurückgekehrt und habe das Glück, an der Verwaltung meiner Vaterstadt teilzunehmen.

Man spricht jetzt oft davon, eine "Parteiverwaltung" sei immer schlecht und man entwickelt Theorien, die sich gegen die Parteien und gegen die Herrschaft der Parteien richten. Ich muss gestehen, ich verstehe die Menschen nicht, die so sprechen. Eine Partei ist die organisatorische Zusammenfassung einer grösseren Zahl von Menschen, die in wirtschaftlichen, sozialen, politischen oder Weltanschauungsfragen im Wesen eines Sinnes sind. Im Grunde genommen könnte die Menschheit überhaupt nicht leben, sie würde in Anarchie verfallen, wenn nicht politische, wirtschaftliche, soziale und Weltanschauungssysteme bestünden, um die sich die Menschen gruppieren und organisieren. Die Partei ist also eine Notwendigkeit.

Etwas anderes ist es, ob eine Verwaltung parteiisch sein soll. Da kann ich mit Stolz sagen, unsere Verwaltung ist nicht parteiisch. Nicht nur weil es eine sittliche Forderung ist, unparteiisch zu sein, sondern weil wir es gar nicht notwendig haben, in diesen Fehler zu verfallen. (Lebhafter Beifall)

Was uns unsere Partei und unser soziales, politisches und wirtschaftliches System vorschreibt, ist das Interesse der Allgemeinheit. Wir können mit Stolz sagen: Indem wir im Geiste des Sozialismus verwalten, verwalten wir im Interesse der grossen Mehrheit des Volkes. (Stürmischer Beifall.) So ist unsere Verwaltung eine Parteiverwaltung im besten Sinne des Wortes. Wir danken Ihnen, unseren Mitarbeitern, dass sie es uns ermöglichen, über alle kleinlichen parteiischen Interessen hinweg der grossen gemeinsamen Sache zu dienen. Sie sind es, die durch ihre Kritik und durch ihre Anregungen jeden Verwalter der Stadt davor behüten, in Bürokratismus zu verfallen und in seinem Fach einseitig zu werden. Sie bringen ihn immer wieder, wenn er Gefahr laufen sollte, zu stark zu theoretisieren, zur praktischen Arbeit zurück.

Danneberg hat auch der Bestrebungen gedacht, die auf eine Beschränkung der Autonomie der Stadt Wien abzielen.

Hier liegt wirklich das grosse Problem,der Gegensatz zwischen uns und den anderen Parteien. Es gibt Politiker in Oesterreich, denen der Gedanke unerträglich ist, dass nicht sie und ihre Partei, sondern Sozialdemokraten eine Stadt verwalten.

Stadt verwalten.

Sie haben ein eigenartiges Argument, die Autonomie der Stadt Wien müsse beschränkt werden,weil sie die Bundeshauptstadt ist, weil sie daher mehr als jede andere Stadt und jedes andere Land von der jeweiligen "ehrheit des Parlamentes abhängig sein müsse. Wien war lange Zeit,eine höfische Zeit in doppeltem Sinne, nämlich die Stadt des Hofes der Habsburger und die Stadt der Zentralbehörden und Gerichtshöfe. Dieses Wien ist längst verschwunden. Wien ist geworden, was es nach seinem ganzen Wesen werden musste, ein grosser Verkehrs- und Handelsknotenpunkt, eine grosse Industriestadt, eine Stadt des Fremdenverkehrs, des Kunstgewerbes, der Kunst und Wissenschaft. Das Verschwinden des Hofes, so glaubten manche Wirtschaftspolitiker,müsse auch das Wirtschaftsleben der Stadt gefährden. Aber dieses Wien lebt, es wird als Wirtschaftsstadt bestehen und nie zu Grunde gehen. (Lebhafter Beifall.)

In der Zeit des Umsturzes gab es manche Bestrebungen, das Parlament und die Zentralbehörden hätten alterierend in verschiedenen Städten der Bundesländer ihren Sitz aufzuschlagen. Das war eine groteske Idee. Dass aber Wiens eine autonomen Rechte preisgeben soll,weil es die Bundeshauptstadt ist, ist noch grotesker. (Lebhafte Zustimmung) Es freut uns, dass Wien die Bundeshauptstadt ist, wir betrachten es gewiss als eine Ehre und wir werden das Parlament und die Zentralbehörden immer gerne in unseren Mauern sehen. Wir verwahren uns aber dagegen, dass diese Ehre etwa Gegenstand eines privilegium odiosum werde. Wien kann nicht eine Kolonie, es kann nicht eine Provinz, nicht ein Steueremporium für die Länder werden, aus dem man die Mittel schöpft und das man regiert. Das wird sich Wien niemals gefallen lassen und wer immer Bürgermeister der Stadt ist, er müsste alle derartigen Bestrebungen abwehren und wir werden sie auch mit aller Macht abzuwehren wissen, dass das Land auch nur ein Quentchen weniger Rechte hat als irgend ein anderes Bundesland. (Stürmischer Beifall.)

Der Bürgermeister dankt zum Schluss für die beiden grossen Geschenke, die ihm zugedacht sind."Die Stiftung der Versicherungsanstalt ist mir eine wirkliche Herzensfreue",sagt der Bürgermeister, wenn ich mich auch - wie ich dies schon immer getan habe-, dagegen ausspreche, dass derartige Stiftungen mit einem bestimmten Namen verbunden werden. Darüber zu sprechen,wird ein anderes Mal Gelegenheit sein.

Danneberg hat von mir gesagt, dass ich mit Leidenschaft und mit Kraft kämpfe. Die Leidenschaft wird - das kann ich Ihnen versprechen - in meinem Herzen nicht erlöschen. Ich war im Grunde genommen schon als kleiner Junge Sozialdemokrat, ohne zu wissen, was Sozialismus ist, ich war es durch meinen Lebenslauf, durch meine wirtschaftliche Lage und durch die Tatsache, dass mein Bildungsgang nicht bestimmt wurde auf Grund meiner Fähigkeiten, sondern von der Armut meines Lebens.Das Studium des wissenschaftlichen Sozialismus brachte mir nicht nur Erkenntnis, es war ein stetes Auslösen dessen, was ich empfand. Dieses Feuer wird immer in mir brennen. Was die Kraft anlangt, so liegt ihre Erhaltung nicht an mir, hier wirkt die Natur. Aber vorläufig fühle ich mich noch kräftig genug (lebhafter, anhaltender Beifall) Ich fühle mich als ein echter Wiener, dem nichts anhaben kann, der sich seine optimistische Weltanschauung und seinen Humor über alle Miseren hinweg bewahrt hat und aus ihm die Kraft schöpft, für das Ganze zu wirken."

Die Rede des Bürgermeisters wurde von den Versammelten mit stürmischem, anhaltendem Beifall und jubelnden Ovationen aufgenommen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y
Wien, am Mittwoch, den 4. September 1929

-.-.-.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: 305
Karl H o n a y

Wien,am Mittwoch,den 4.September 1929 Zweite Ausgabe

.-.-.-

verbandes,der Direktion des Wiener Werkes der Siemens Halske A.G., der Zentralorganisationen verschiedener Angestellten,wie Gewerbetreibenden- und Kaufleute-Verbände die Hietzinger Freiwillige Rettungsgesellschaft,der österr.Verband der Kleingärtner,Siedler und Kleintierzüchter, der Tierschutzverein Oesterreichs,die Angestellten und Pfleglinge der Wiener Versorgungshäuser,Patienten der Wiener Krankenhäuser, vor allem das Krankenhaus der Stadt Wien und der Kinderheilanstalt Bad Hall,ferner die Angestellten der städtischen Kindergärten,der städt.Schulzahnkliniken, der städt.Betriebe,die Mitglieder der Arbeiter Musikvereine,der Wiener und österr.Gewerkschaftsverbände,der sozialistischen Studenten und Kinderfreunde und endlich noch Glückwünsche der Mieter veschiedener Wiener Gemeindebauten,die Bedienerinnen der städt.Gaswerksdirektion und die vereinigten Standplatzkolporteure Wiens mit ihrer Genossenschaft genannt.

* * *

## Der Wiener Magistrat feiert den Bürgermeister Seitz.

Anlässlich der Geburtstagsfeier des Bürgermeisters übermittelten ihm heute vormittag als die ersten Gratulanten die amtsführenden Stadträte unter Führung des Vizebürgermeisters Emmerling ihre Glückwünsche.der Bürgermsieterempfi ng sodann Abordnungen der obersten Beamten des Magistrates und der städt.Unternehmungen,die ihm unter Führung des Magistrats-Direktors Dr.Hartl ihre Glückwünsche zum Ausdruck brachten.Unter anderem erschienen ferner eine Abordnung des Kontrollamtes unter Führung des Kontrollamtsdirektors ,eine Abordnung des Verbandes der städtischen Angestellten unter Führung des Präsidenten Rumler,eine Abordnung der Unternehmungsgewerkschaften unter Führung des Präsidenten Leicht, die Verwaltungsausschüsse der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und der städtischen Versicherungsanstalt unter Führung der Gemeinderäte Broczyner und Bermann,eine Abordnung der Leitung der "Wök",unter Führung des Kommunalredakteurs Gustav Grünhut eine Abordnung der im Wiener Rathaus akkredidierten Kommunalberichterstatter der Wiener Tageszeitung,schliesslich eine Abordnung der Angestelltensektion der Gewerkschaftskommission,die vom Nationalrat Allina geführt wurde,und für die Genossenschaft der Rachfangkehrer Kommerzialrat Gwester.Die Abordnungen wurden vom Bürgermeister in seinem Salon empfangen.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Bitten

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 5. September 1929.



## L a s s t  E u  r e  K i n d e r  l e r n e n !

### Sprachen- und Werkstättenunterricht an den Bürgerschulen.

Um auch den Haupt- und Bürgerschülern Gelegenheit zu geben, ausser den vorgeschriebenen, obligaten Lehrgegenständen andere, wertvolle Kenntnisse für das praktische Leben zu erlernen, sind schon seit Jahren an den Haupt- und Bürgerschulen nicht obligate Lehrfächer für den freien Besuch errichtet. Vor allem waren das bis zum Schuljahr 1924/25 Stenographie und französische Sprache, in den folgenden Jahren sind Englisch, Esperanto, Musik, Werkstätten- und Schulküchenunterricht dazugekommen.

Es ist sicherlich kein Zweifel, dass es nur an der Initiative der Eltern fehlt, wenn diese, gerade für den Bürgerschüler in der heutigen Zeit sehr wichtigen Freigegenstände nicht im wünschenswerten Masse besucht werden. Man kann nicht einwenden, dass diese Lehrfächer in den weniger Bürgerschuljahren nicht gut genug gelehrt werden können. Stenographie kann in dieser Zeit vollkommen erlernt werden, die fremden Sprachen aber mindestens so weit, dass die Anfangsgründe beherrscht werden und die Möglichkeit eines späteren Weiterstudiums dieser Sprache gegeben ist.

Wenn man die vom statistischen Amt der Stadt Wien zusammengestellten Zahlen über den Besuch der nicht obligaten Lehrfächer ansieht, kommt man zu wenig erfreulichen Ergebnissen. Allerdings ist festzustellen, dass der Besuch der nicht obligaten Lehrgegenstände in den letzten Jahren langsam steigt. Denn während 1924 von rund 44.000 Bürgerschülern nur 24.000 Stenographie oder die französische Sprache dazulernten, sind es 1927/28 bereits rund 33.000 Schüler, die Stenographie, Französisch, Englisch oder Esperanto, Musik oder Werkstätten- und Schulküchenunterricht nehmen

Wenn man nachrechnet, so hat 1924 nur jeder fünfte Bürgerschüler den Französischen, nur jeder dritte den Stenographiekurs besucht.

Infolge der Einführung neuer Freigegenstände haben sich in den letzten Jahren die Besuchszahlen der nicht obligaten Lehrgegenstände verschoben. Aus den Tabellen des statistischen Amtes der Stadt Wien ist der Stenographiebesuch seit 1924 von 9.800 auf 11.200 Schüler gestiegen. Es besucht also heute schon jeder vierte Schüler seinen Stenographiekurs an den Haupt- und Bürgerschulen. Der Besuch der französischen Sprachkurse ist hingegen um 2.000 Schüler gefallen, und zwar bezeichnenderweise um dieselbe Schüleranzahl, die heute Englisch oder Esperanto lernen. 1925 haben erst 400 Schüler Englisch angefangen, im nächsten Jahre waren es aber schon 750, im Jahre 1927 aber schon rund 1.400. Das Esperantostudium ist 1926 eingeführt worden mit einer Schülerzahl von 360, - heute besuchen aber schon 612 Schüler den Esperantokurs.

Allerdings sind diese Besucherzahlen noch sehr klein, wenn man umrechnet, dass nur jeder vierte Schüler Stenographie oder Französisch, aber gar erst jeder dreissigste Englisch, jeder achzigste Schüler Esperanto lernt. Dabei soll hier nicht unerwähnt bleiben, dass die Beteiligung der Mädchen an diesen Kursen ungleich stärker ist als die der Knaben. Fast dreimal so viel Mädchen als Knaben lernen die französische, mehr als dreimal so viel Mädchen die englische Sprache. Nur beim Esperantokurs ist es umgekehrt, hier besuchen viermal so viel Knaben als Mädchen diese Kurse.

Sehr interessant ist, dass der eingeführte Musikunterricht seit 1926 regen Fortschritt macht. Rund 2.500 Kinder werden jetzt schon unterrichtet und zwar sind hier wieder weit mehr, nämlich zwanzigmal so viel Knaben als Mädchen am Unterricht beteiligt. Auch der eingeführte Werkstättenunterricht hat sich bewährt, seit 1926 ist er um 3.000 auf fast 5.000 Schüler gestiegen, wobei auch hier naturgemäss die Knaben in der bedeutenden Ueberzahl sind.

-.-.-.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 6.September 1929.



-.-.-.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 6.September 1929



W I E N E R  G E M E I N D E R A T

Sitzung am Freitag, den 6.September 1929

Vorsitzender W e i g l eröffnet die Sitzung um 17.Uhr 15 Minuten. Zunächst wird der Antrag auf Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an Bürgermeister Karl Seitz in Verhandlung gezogen.

Stadtrat Linder erklärt hiezu als Referent: Unser [illegible] Bürgermeister [illegible] hat am 4.September seinen sechzigsten Geburtstag gefeiert. Ich glaube, dass es die Verdienste unseres Bürgermeisters verringern würde, wenn ich jetzt über sein verdienstvolles Wirken in der Republik Oesterreich und für die von ihm so heiss geliebte Stadt Wien viele Worte gebrauchen würde. Eines aber muss ich sagen: [illegible] dass die Liebe und Wertschätzung der Wiener Bevölkerung für unseren Herrn Bürgermeister eine allgemeine ist. Im Sinne dieser Wertschätzung möchte ich folgenden Antrag stellen: Bürgermeister Karl Seitz wird in Würdigung der hohen Verdienste, die er sich um die Bevölkerung Oesterreichs und insbesondere als Bürgermeister der Stadt Wien erworben hat, zum Ehrenbürger der Stadt Wien ernannt. Ich bitte diesem Antrage zuzustimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit.)

Gemeinderat Kunschak: Die Mehrheit des Wiener Gemeinderates hat die Absicht, den Herrn Bürgermeister zum Ehrenbürger der Stadt Wien zu ernennen. Der Bürgermeister ist Kraft seiner Stellung der erste Bürger der Stadt, Meister der Bürgerschaft. Wozu es bei dieser Stellung noch des Ehrenbürgerrechtes bedarf, dafür finde ich nur in der Ueberlieferung eine Erklärung, sachlich ist sie gewiss nicht erforderlich und geeignet, das Mandat des Bürgermeisters mit leuchtenderer Gloriole zu umgeben. Wenn Sie sich aber auf die Ueberlieferung berufen, dann scheint mir dies doch im Widerspruch zu stehen mit den von Ihnen sonst vertretenen Ansichten über die herkömmlichen Auszeichnungen der bürgerlichen Welt und deren Eitelkeiten.

Die Berufung auf Ueberlieferung ruft in unserer Erinnerung Tatsachen wach, die uns das Recht geben würden, in anderer Art, als dies der Fall sein wird, zu Ihrem Antrag Stellung zu nehmen. In wenigen Wochen werden es 25 Jahre sein, dass ein anderer, ich darf sagen, Wiens grösster Bürgermeister sein sechzigstes Geburtsfest feierte. Ihre Partei hat damals diese Feier mit einer wüsten

Demonstration begleitet. Durch viele Stunden hallte die Umgebung des Rathauses wider von den Pfuirufen einer verhetzten vieltausendfachen Menge. Diese Pfuirufe sind längst verstummt, übriggeblieben sind die gewaltigen Schöpfungen dieses Bürgermeisters und die allgemeine Erkenntnis und dankbare Würdigung der immensen Verdienste Dr.Lueger's um die Grösse, den Ruhm und die Wohlfahrt unseres geliebten Wien.

Wir erinnern uns in diesem Augenblicke auch daran, dass ein Beschluss vorliegt,im Museum der Stadt Wien ein Luegerzimmer einzurichten. Dieses Lueger-Zimmer sollte in dem von Lueger selbst geplantem Bau eines neuen Museums untergebracht werden. Der Krieg hat, wie so vieles andere, auch den Bau des Museums, wie zu befürchten steht, auf nicht absehbare Zeit zunichte gemacht. Unterdessen aber führt die Einrichtung des Lueger-Zimmers seit einigen Jahren ein würdeloses, seinen Bestand schwer schädigendes Wanderleben durch ungeeignete Lagerräume in städtischen Häusern im XII.Bezirk. (Lebhafte Hört-Hört-Rufe bei der E.L.) Wir beschränken uns darauf, diese Pietätlosigkeit gegenüber dem Andenken eines grossen, verdienstvollen Sohnes der Stadt Wien aufzuzeigen.

In den letzten Monaten wird sehr laut und sehr viel von Demokratie gesprochen. Auch von parlamentarischer Demokratie. Leider übt bei dieser,an sich begrüssenswerten Diskussion das Wort "Demokratie" in sehr breitem Umfang nur die Funktion eines Schlagwortes. Wir haben in diesem Saale innerhalb der 10 Jahre unserer oppositionellen Stellung immer wieder durch unser Verhalten den Nachweis geliefert, dass wir die Demokratie als Grundgesetz jedes parlamentarischen Lebens achten. Wir haben diesen Nachweis selbst auch dann erbracht, wenn wir uns gestehen mussten, dass der Wille zur Achtung und Beachtung der Minderheitsrechte bei der Mehrheit dieses Saales nur ganz mangelhaft entwikkelt und wiederholt in einem überheblichen Machtgefühl der Mehrheit vollständig untergegangen ist.

Es entspricht ganz dieser unserer bisher geübten Auffassung,wenn wir den Standpunkt beziehen, es sei das Recht der Mehrheit, die Verdienste einzelner Personen um das Gemeinwohl abzuwägen und darnach die Wertung dieser Person und ihres Wirkens zu bestimmen.

Wenn Sie heute finden, dem Herrn Bürgermeister das Ehrenbürgerrecht der Stadt Wien zu verleihen, so wollen und werden wir mit Ihnen nicht hadern.

Von uns aber wollen Sie nicht erwarten, dass wir für Ihren Antrag stimmen,wir werden uns der Abstimmung enthalten, was Ihnen und der Oeffentlichkeit besagen soll, dass die Wertung des Minderheitsrechtes, wie Sie dieselben üben, es uns unmöglich macht, einem Antrag zuzustimmen, der , weil rein persönlich, am ehesten eine objektive Einigung ermöglichte. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

G.R.P f e i f f e r: Es wäre ausserordentlich angenehm und sympatisch,wenn man die Geburtstagsfeier des Mannes, der auf den Bürgermeisterstuhl dieser Stadt berufen wurde, von rein menschlichem und persönlichem Standpunkt betrachten könnte. Das trifft aber leider in diesem Falle nicht zu.

Der Gegenstad, der heute hier verhandelt wird, wurde zuerst besprochen und beschlossen in einer Sitzung des sozialdemokratischen Klubs nach einer Rede des Vorsitzenden dieses Klubs, Dr.Danneberg. Und diese Rede ist es, die uns ausserordentlich zu denken gibt. Denn in dieser Rede wurde Karl Seitz keineswegs als der Bürgermeister dieser Stadt gefeiert, auch nicht als der Mann, der sich um die Republik Oesterreich grosse Verdienste erworben hat, sondern er wurde gefeiert als der erfolgreiche, als der siegreiche Parteiführer, der den Sozialismus und der sozialdemokratischen Partei sein ganzes Leben hindurch Dienste erwiesen hat. Nicht genug damit, Dr.Danneberg hat sich auch veranlasst gesehen, während seiner Rede die politischen Gegner auf das Schwerst zu beschimpfen. Er hat davon gesprochen, dass diejenigen, die Gegner der sozialdemokratischen Partei sind, im Dienste des Kapitalismus gegen bare Bezahlung stehen. Auch das war noch nicht genug. Er hat schliesslich die Bürgermeister der Stadt Wien, die schon die kühle Erde bedeckt beschimpft und sie king-Fou genannt. Kurz und gut, Dr.Danneberg hat sich veranlasst gesehen, aus diesem Anlass, der für ihn doch ein feierlicher hätte sein sollen, eine Parteisache zu machen für die sozialdemokratische Partei Kapital zu schlagen und das in einer Art, die nicht unwidersprochen bleiben kann.

G.R.Kunschak hat schon hervorgehoben,dass die Minorität nicht gewillt und auch nicht in der Lage ist, Sie an den Beschlüssen , die Sie heute fassen werden, zu hindern. Ich schliesse mich dieser Erklärung an. Aber unseren entschiedenen Protest gegen die Art und Weise wie Dr.Danneberg diese Sache aufgezäumt hat, müssen Sie bei dieser Gelegenheit entgegennehmen. Sie sind die Mehrheit des Hauses, Sie haben das Recht und die Macht, Ihren Parteigenossen Seitz zum Ehrenbürger zu ernennen. Wir sind die Minderhait des Hauses. Wir haben das

Recht und die Pflicht, dagegen entschieden Einspruch zu erheben und uns der Abstimmung zu enthalten. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.)

Der Antrag, dem Bürgermeister Karl Seitz das Ehrenbürgerrecht zu verleihen wird unter stürmischem Beifall der Mehrheit angenommen.

Es wird nun die Tagesordnung erledigt. Ohne Debatte wird eine Reihe von Anträgen angenommen, die Abänderungen von Generalregulierungs- und Generalbaulinien plänen,die Subventionierung des Dr.Krüger-Heimes für Kriegswaisen , Lehrmädchen und Arbeiterinnen mit 500 Schilling, , Kostengenehmigungen für den Neubau von Hauptunratskanälen und Strassenherstellungen betreffen.

G.R.Bermann berichtet sodann über die Auflassung der verlängerten Pfeilgasse auf der Landstrasse. Dazu spricht G.R.Altmayer (E.L.), worauf der Antrag angenommen wird.

Stadtrat Weber berichtet über die Errichtung einer Wohnhausanlage in Floridsdorf in der Schillgasse. Die Kosten werden sich voraussichtlich auf 320.000 Schilling belaufen.

G.R.Millik (E.L.) wendet sich gegen eine Einschränkung der städtischen Bautätigkeit. Vom Ausschuss und Gemeinderat wurden einige Bauten bereits bewilligt, trotzdem aber werden diese Bauten nicht ausgeschrieben und nicht vergeben. Der Redner verlangt,dass vom Gemeinderat bereits bewilligte Bauvorhaben nicht zurückgestellt werden.

In seinem Schlusswort weist der Referent darauf hin, dass gegenwärtig auf städtischen Neubauten rund 11.000 Arbeiter beschäftigt sind, weshalb von einer Einschränkung der städtischen Bautätigkeit nicht gesprochen werden kann.

Der Antrag wird angenommen.

G.R.Kohl berichtet über einen Haus- und Grundankauf auf der Wieden.

G.R.Stöger (E.L.) erklärt, dass es sich bei diesem Hauskauf nur darum handle, die Möglichkeit zu schaffen, das in dem Hause untergebrachte sozialdemokratische Parteisekretariat zu vergrössern.

Der Referent entgegnet, dass das Haus deswegen angekauft wird, um das dem Hause benachbarte städtische Bad vergrössern zu können.

Der Antrag wird angenommen.

G.R.Suchanek berichtet über den Ankauf eines Hauses in der Thaliastrasse in Ottakring. G.R. Zimmerl (E.L.) wendet sich gegen die Hausankäufe der Gemeinde, die systematisch das Ziel verfolgen, den Privatbesitz in Gemeindebesitz überzuführen Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen und die Sitzund um 18 Uhr 30 Minuten geschlossen.

179

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z

Herausgeber und verantwort.Redakteur:
Karl Honay

Wien,am Samstag,den 7.September 1929.

.-.-.-

Der Parteienverkehr im Wohnbausteuerbüro.Die Novellierung des Mietengesetzes brachte es mit sich,dass im Laufe der letzten zwei Monate eine grosse Anzahl von Parteien im Wohnbausteuerbüro der Magistrats-Abteilung 5 erschien, um in die Hauszinssteuerfassionen und in die Wohnbausteuerbemessungsgrundlagen Einsicht zu nehmen.So waren es im Juli 7883 und im August 6708 Personen.Dieser Andrang hat es notwendig gemacht,den Parteienverkehr,der bis dahin auf Montag,Mittwoch und Freitag beschränkt war,vom 6.Juli an auf alle Tage der Woche auszudehnen.Der grosse Parteizustrom und der Umstand, dass die Tage ohne Parteienverkehr abgeschafft waren,verursachten eine starke Verzögerung der sonstigen Amtsgeschäfte.Da nunmehr der aussergewöhnlich starke Parteienverkehr abgeflaut ist,wird er für das Wohnbausteuerbüro wieder auf Montag,Mittwoch und Freitag von 8 Uhr bis 13 Uhr eingeschränkt.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Goldene Hochzeiter.Am Donnerstag feierten die Ehepaare Theodor und Theresia Bibus,Franz und Magdalena Hartmann,Julius und Anna Kofron,Georg und Antonia Plauka,Ferdinand und Anna Liebler,Mano und Deborah Kolisch,Michael und Josefine Wolf und Georg und Hermine Kraus das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte den Jubelpaaren amtsführender Stadtrat Julius Kinder die Ehrengabe der Stadt Wien.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

266 Einäscherungen im August. In der Feuerhalle der Stadt Wien wurden im August 266 Leichen eingeäschert.169 von den Verstorbenen waren männlichen und 97 weiblichen Geschlechtes.152 waren römisch katholisch,3 waren Altkatholiken,25 evangelisch,70 konfessionslos und 16 waren Juden.In der Zeremonienhalle wurden im August 56 Einsegnungen nach altkatholischem und 25 nach evangelischem Ritus vorgenommen.234 Leichen wurden aufgebahrt.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung auf dem Alsergrund in der Högergasse,Georg Siglgasse,Schulz Strassnitzkigasse,Glasergasse,Strohbeckgasse und Clusiusgasse und in Favoriten in der Wienerbergstrasse,Unter Meidlingerstrasse,Kastanienallee,Rotdornallee,Eschenallee, im Birkenhof,Fliederhof und Ulmenhof in Betrieb gesetzt.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

-.-.-.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: Karl H o n a y

311

Eien, am Dienstag, den 1o. September 1929

-.-.-.-.-.---.-.-.-.-

Skala wachs Relief

W Bielen

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: 312
Karl H o n a y

Wien,am Dienstag,den 10.September 1929 Zweite Ausgabe

.-.-.-.-.-.- -.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Verhandlungen mit dem Verbande der städtischen Angestellten. Der vor wenigen Wochen getroffenen Vereinbarung entsprechend,hat der Personalreferent der Gemeinde Wien,amtsführender Stadtrat Paul Speiser,für heute Dienstag das Verhandlungskomitee des Verbandes der städtischen Angestellten zu einer Verhandlung eingeladen,an der auch Magistratsdirektor Dr.Hartl teilnahm.In der Sitzung wurden die in der Zwischenzeit über die Kosten der einzelnen Forderungen angestellten Berechnungen vorgelegt und über die anhängigen Gruppenwünsche eine mehrstündige Debatte abgeführt.Nach deren Abschluss verwies Verbandspräsident Rumler auf die dringende Notwendigkeit einer allgemeinen Gehaltserhöhung.Amtsführender Stadtrat Speiser erklärte sich namens der Gemeindeverwaltung bereit,auch in Verhandlungen über eine allgemeine Bezugserhöhung einzutreten,die jedoch in einem Zusammenhang mit der Erfüllung oder Rückstellung von Gruppenwünschen stehen müsse.Die Verhandlungen werden morgen Mittwoch fortgesetzt.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

184

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: 313
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 11.September 1929

-.-.-.

RATH AUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

314

Wien, am Donnerstag, den 12. September 1929

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

## Die Wiener Kleingärten.

### 26.000 Kleingärtner mit 7'32 Millionen Quadratmeter Gartengrund in Wien.

Wie schon berichtet,beginnt morgen Freitag der erste Kongress der Oesterreichischen Kleinwirtschafter.Aus diesem Anlass ist es nicht uninterssant,die Entwicklung der Wiener Kleingartenbewegung kennen zu lernen.

Vor dem Krieg hat der Kleingarten keine Rolle in Wien gespielt.Die ersten Kleingärten befanden sich ausserhalb von Wien bei Purkersdorf und wurden von einem Naturheilverein angelegt.Der erste wirkliche Kleingarten in Wien entstand im Rosental an einem steilen Anhang in der Nähe der Irrenanstalt Am Steinhof,weshalb auch die dortigen Kleingärtner lange Zeit die "Harmlosen vom Steinhof" genannt wurden.Später entstanden dann noch andere Kleingärten, aber, alles zusammen, d rften damals kaum 5oo Personen an der Kleingartenbewegung teilgenommen haben.

Die überaus rapide Entwicklung im Kleingartenwesen fällt in die Kriegs- und Nachkriegszeit,da damals die Wiener Bevölkerung öffentlich aufgefordert wurde, jedes brachliegende Grundstück zu bewirtschaften.So kam es,dass gegenüber 5oo Kleingärtnern mit 15o.ooo Quadratmetern Kleingartengrund im Jahre 1914 im nächsten Jahr schon 15oo Kleingärtner mit 45o.ooo Quadratmetern Kleingartengrund gezählt werden konnten. 1916 pflegten 3ooo Kleingärtner 9ooo Quadratmeter Gartengrund,1917 schon 6ooo Kleingärtner 1'8 Millionen Quadratmeter, und 1918 gab es 9ooo Kleingärtner mit 2'7 Millionen Quadratmeter Gartengrund.In den nächsten zwei Jahren nahm das Kleingartenwesen eine noch stärkere Entwicklung. Im Jahre 1919 wurden in Wien schon 14.ooo Kleingärtner mit 4'2 Millionen Quadratmeter Gartengrund und im Jahre 192o 25.ooo Kleingärtner mit 7'5 Quadratmeter Gartengrund gezählt.Seither ist die Zahl der Kleingärtner zunächst noch ein wenig gestiegen und dann langsam gefallen. Heute zählt Wien 25.695 Kleingärtner und ihre Kleingärten sind 7'32 Millionen Quadratneter gross.Die ausgedehntesten Kleingärten befinden sich in Floridsdorf.Sie haben eine Grösse von 1'61 Millionen Quadratmeter.Dann folgten Hietzing mit 989.834 Quadratmeter,Simmering mit 887.024 und Favoriten mit 781.436 Quadratmeter.Die wenigsten Kleingärten hat Alsergrund.Dort pflegen nur 13 Kleingärtner 2313 Quadratmeter Gartengrund

Die Kleingartenbewegung findet bei der Gemeindeverwaltung diegrösste Unterstützung.Sie schuf eine eigene Körperschaft,den Gemeinderätlichen Unterausschuss für Kleingartenwesen,dem die Regelung aller Fragen des Kleingar-

tenwesens im Rahmen der Gemeindeverwaltung obliegt.Ferner wurde die städtische Kleingartenstelle errichtet, die ausschliesslich damit beschäftigt ist, den Kleingärtnern beratend zur Seite zu stehen. Um das Kleingartenwesen in geregelte Bahnen zu lenken, wurde zunächst ein Kleingarten regulativ geschaffen, dass im Vorjahr durch eine Kleingartenordnung ersetzt wurde.Die Gemeinde versucht auch, durch Prämiierungen der besten Kleingartenlauben und Kleingartenanlagen die Kleingärtner anzueifern,ihre Gärten so schön als möglich zu gestalten.Die ersten Prämiierungen erfolgten im Jahre 1923.Der hiefür verwendete Betrag erreichte heuer bereits 19.5oo Schilling. Viele Kleingärten Wiens wären nicht möglich,wenn den Kleingärtnern nicht die Zuleitung und Hochquellenwasser gestattet würde.Die Kleingärtner erhalten das Wasser zu begünstigten Bedingungen als Nutzwasser.Im Vorjahr wurden von ihnen nicht weniger als 813 Millionen Liter verbraucht,der Gesamtwasserverbrauch seit 1923 macht 3615 Millionen Liter Wasser aus.Zu den besonderen Leistungen der Gemeinde Wien gehört auch die Kreditgewährung.Die Kredite dienen hauptsächlich dazu,den Kleingärtnern die Errichtung ihrer Einfriedungen und die Anlegung der Wasserleitungen zu ermöglichen.Für das laufende Jahr sind solche Kredite im Ausmass von 3oo.ooo Schilling vorgesehen. Einem langgehegten Wunsch der Kleingärtner nachkommend, hat die Gemeinde Wien eine Anzahl von Kleingartendauergebieten geschaffen und dadurch wesentlich zur Stabilisierung der Kleingartenbewegung beigetragen. Den mächtigsten Impuls gab die Gemeinde Wien der Kleingartenbewegung durch die Schaffung von Musteranlagen. Das Gesamtausmass dieser Musteranlagen beträgt heute schon über 3oo.ooo Quadratmeter. Schliesslich widmete die Gemeinde für Kleingartenzwecke 3'7 Millionen Quadratmeter/gegen einen äusserst niedrigen Pachtzins. Da das Gesamtausmass der Wiener Kleingärten 7'32 Millionen Quadratmeter ausmacht, hat also die Gemeinde mehr als die Hälfte davon der Kleingartenbewegung zur Verfügung gestellt.

Grund

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.In den nächsten Tagen wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung auf der Landstrasse in der Dietrichgasse und Schwalbengasse und in Fünfhaus auf dem Rustensteg in Betrieb gesetzt.

-.-.-.-.-.-.-

Freie Ärztenstelle. Im Leopoldstädter Kinderspital der Stadt Wien ist ab 1. November dieStelle eines Assistensarztes zu besetzen.Gesuche um diese Stelle sind mit den entsprechenden Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen bis spätestens 26.September im Büro der Verwaltungsgruppe I,Wien ,I.,Neues Rathaus einzubringen.

187

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: 315
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 12.September 1929 Zweite Ausgabe

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die neue Bauordnung.Die vom Wiener Landtag zur Beratung der neuen Bauordnung eingesetzte Kommission hatte in der letzten Sitzung beschlossen,einen Bericht über das Ergebnis der Beratungen und gleichzeitig auch den Bauordnungsentwurf in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse zu veröffentlichen,um allen Kreisen Gelegenheit zur Kenntnisnahme zu geben.Dieser Bericht und die neue Fassung des Bauordnungsentwurfes sind nunmehr in Druck erschienen und können bei der Schriftleitung des Amtsblattes der Stadt Wien,I.,Neues Rathaus,I.Stock, Tür 21,bezogen werden.Der Preis beträgt drei Schilling.Aus dem Bericht ist zu entnehmen,dass der Magistratsentwurf einer sehr eingehenden Umarbeitung unterzogen wurde.Der Gesetzentwurf wurde seinerzeit nicht nur der Kammer für Handel,Gewerbe und Industrie und der Kammer für Angestellte und Arbeiter,sondern auch einer Reihe von Fachkörperschaften zur gutächtlichen Aeusserung übermittelt.Ueberdies wurde allen diesen Körperschaften auch Gelegenheit gegeben,noch mündlich vor der Kommission in einer Enquete ihre Stellungnahme vorzubringen und ihr Gutachten zu begründen.Auch mit dem Bundesministerium für Handel und Verkehr fanden mehrere Beratungen statt,an der Vertreter aller Ministerien teilnahmen.Ueber Auftrag der Landtagskommission hatte der Magistrat alle Gutachten einer eingehenden Ueberprüfung unterzogen.Die gutächtlichen Aeusserungen,das Ergebnis der Enquete und die Besprechungen mit den beteiligten Bundesministerien haben vor allem gezeigt,dass gewisse Bestimmungen zu missverständlichen Auffassungen Anlass gegeben haben und in ihnen Härten gesehen wurden,die niemals beabsichtigt waren.Um diese Missverständnisse zu beseitigen,wurden die betreffenden Bestimmungen soweit geändert,als es mit den öffentlichen Interessen,die durch die neue Bauordnung zur Geltung kommen sollen,vereinbar war.Ausserdem hat die Kommission,die insgesamt 14 Sitzungen abhielt,noch eine Reihe von Abänderungen beschlossen,die eine noch grössere Rechtssicherheit schaffen und wirtschaftliche Erleichterungen bringen.Dem Bericht sind im Anhang verschiedene Zusammenstellungen angeschlossen,die über die Auswirkung der Bestimmungen der neuen Bauordnung Aufschluss geben.Insbesondere muss auf die Zusammenstellung jener Bestimmungen verwiesen werden,die gegenüber der geltenden Bauordnung wesentliche Vorteile und Erleichterungen in wirtschaftlicher Beziehung und erhöhte Rechtssicherheit schaffen.Vor Beginn der Beratungen des Landtages selbst wird die Kommission Mitte Oktober noch einmel zusammentreten.Hierauf wird der Bericht zur endgültigen Verabschiedung an den Landtag geleitet werden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: 316
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 13.September 1929 Erste Ausgabe

-.-. -.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur:
Karl H o n a y



Wien, am Freitag, den 13. September 1929 Zweite Ausgabe

-.-.-.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur
Karl H o r a y

Wien, am Freitag, den 13.September 1929. D r i t t e Ausgabe



## Die Gehaltsbewegung der städtischen Angestellten

Die Verhandlungen, die der Personalreferent der Gemeinde Wien, Stadtrat Speiser, mit dem Verband der städtischen Angestellten führt, sind nach mehrtägiger Dauer ziemlich weit vorgeschritten. Der Verband legt den grössten Wert darauf, dass die allen Angestellten zugute kommenden Zuwendungen in die erste Reihe gerückt werden. Die Gemeindeverwaltung vertritt daher den Standpunkt, dass jene Gruppenforderungen, deren Erfüllung bedeutendere Geldsummen in Anspruch nehmen würde, zurückgestellt werden müssen. Aus der zahlreichen Forderungen von geringerer finanzieller Auswirkung sind insbesondere jene zur Erfüllung in Aussicht genommen, deren Bewilligung keine Rückwirkung auf andere Gruppen hat. Das Hauptgewicht wird aber auf die allgemeine Bezugserhöhung gelegt werden.

Stadtrat Speiser stellte das Verlangen, dass das begonnene Reformwerk in Aemtern, Schulen und Hoheitsbetrieben mit grösster Energie fortgesetzt werde. Die Verbandsvertreter sagten die volle Mitwirkung der Gewerkschaft und der Personalvertretung bei dieser Arbeit zu. Ueber die Durchführung dieser Aktion werden ebenso wie über die allgemeine Bezugserhöhung und die Gruppenwünsche die Verhandlungen weitergeführt. Es besteht Aussicht, dass die Verhandlungen in der nächsten Woche zum Abschluss gelangen.

Ebenso werden in der nächsten Woche die Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten geführt werden. Auch die Verhandlungen mit dem Werkstättenpersonal der städtischen Strassenbahnen sind weit vorgeschritten. Im Laufe der nächsten Woche werden überdies die Verhandlungen bei einer Reihe anderer städtischer Betriebe aufgenommen werden, so bei der städtischen Feuerwehr, bei der städtischen Leichenbestattung, beim städtischen Autobusbetrieb, beim städtischen Fuhrwerksbetrieb und bei anderen kleineren Betrieben.

-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y



Wien, am Freitag, den 13. September 1929 Vierte Ausgabe

-.-.-.

das Jahr 1927 gestellten und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesenen Anträge dem Gemeinderat bezw. Landtag Bericht und Antrag vorzulegen.

Ein zweiter Dringlichkeitsantrag des GR.Daffinger beschäftigt sich mit den Unglücksfällen auf den städtischen Strassenbahnen.Es wird darauf verwiesen, dass sich im Verlauf des heurigen Sommers die Zahl der Zusammenstösse und Unfälle auf den Strassenbahnen neuerlich in bedenklicher Weise gemehrt hat,Durch die Häufung solcher Unfälle wird die Oeffentlichkeit in eine grosse Beunruhigung versetzt, zumal die Ursachen derselben nach Zeitungsberichten nicht in Zufälligkeiten sondern zumeist im Versagen der Bremsvorrichtungen, zum Teil auch in schadhaften Material gelegen seil sollen.Es wird beantragt,der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgrippe VIII sei zu beauftragen, die wahren Ursahhen dieeer Unfälle durch eine eingehende Untersuchung in einwandfreier Weise feststellen zu lassen und hierüber dem Gemeinderat bis zur nächsten Si zung zu berichten und bis zu demselben Zeitpunkt dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen, ob und welche Vorkehrungen zur Verhütung solcher Unfälle getroff n und welche Massnahmen erforderlich sind, um die Sicherheit der Fahrgäste zu gewährleisten.

Der Antrag betreffend die Inanspruchnahme von Bundeszuschüssen im Sinne des Wohnbauförderungs- und Mietengesetzes für die Errichtung von lo.ooo Wohnungen in der Zeit des 31. Dezember 1932 wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Ohne Debatte werden angenommen ein Kredit von 7oo.ooo Schilling für Gleiserneuerungen und Stossvorkehrungen,/Anträge Betreffend die Errichtung eines Volkswohnhausbaues in der Siebenbrunnenfeld - und Einsiedlergasse betreffend den Neubau von Hauptunratskanälen in der Röntgengasse,in der Goldschlagstrasse Drechslergasse und Hickelgasse und in der Vorgartenstrasse und Engerthstrasse sowie am Handelskai.Ferner ein Uebereinkommen zwischen der Gemeinde Wien und den Firmen Rudolf Schmidt und Co.und oesterreichische Schmidtstahlwerke A.G. betreffend Austausch der Teilflächen der aufzulassenden Süssmayer und Betrubangasse gegen Gründe an der äusseren Gürtelstrasse.Weiters ein Kredit von 36.ooo Schilling für bauliche Herstellungen in der Kaianlage der städtischen Lagerhäuser.

Vizebgm.Emmerling berichtet über den Antrag; die Gemeinde Wien stimmt einer Erhöhung des Gesells haftskapitals der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft m.b.h. von einer Million Schilling auf fünf Millionen Schilling zu und stellt hiefür einen Betrag von 3,92o.ooo Schilling zur Verfügung;die mit früheren Gemeinderatsbeschlüssen auf füjf Millionen Schilling erhöhte Haftung für Betriebskredite der Land- und forstwirtschäftlichen Be-

triebsgesellschaft wird auf die Höhe des Kreditbetrages von 1,5oo.ooo Schilling eingeschränkt gleichzeitig wird auf die mit Gemeinderatsbeschluss vom 1o. Oktober 1924 festgesetzte an die Gemeinde Wien zu leistende Vergüturg für die Haftung bezüglich des in Anspruch genommenen Kredites ab 1.Jänner 1929 verzichtet.Es wird ferner der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft ein Betrag vergütet, der den in den früheren Jahren geleisteten Haftungsgebühren entspricht.Vizebgm.Emmerling bemerkt hiezu,dass die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft mit dem ursprünglichen Stammkapital von 3oo.ooo Schilling und auch mit dem im Jahre 1928 erhöhten Kapital von einer Million Schilling das Auslangen nicht habe finden können und dass die Gesellschaft daher gezwungen war viel Leihkapital aufzunehmen dessen Verzinsung für die Gesellschaft ausserordentlich belastend war.Zu dem musste einer Auffassung der Steuerbehörde Rechnung getragen und auch das Leihkapital der Besteuerung unterzogen werden. Es haben mehrere Sitzungen des Aufsichtsrates der Gesellschaft stattgefunden und schliesslich wurde in der Generalversammlung einstimmig der Beschluss gefasst eine entsprechende Kapitalserhöhung vorzunehmen und es wurde der Gemeinde Wien nahegelegt auf die von ihr eingehobene Haftungsgebühr von 3 Prozent zu verzichten.Diese Anträge hat der Finanzausschuss gutgeheissen und darüber hinaus den Beschluss gafasst der Gesellschaft nicht nur für die Zukunft die Haftungsgebühr zu stunden sondern ihr auch die bisher von der Gemeinde in Anspruch genommene Haftungsgebühr in einem Betrage von 374.ooo Schilling zu geben.Und zwar für verschiedene Arbeiten, die die Gesellschaft für die Gemeinde leistet.Ausserdem wird sich die Gemeinde Wien bemühen, der Gesellschaft einen Betriebskredit im Ausmass von eineinhalb Millionen Schilling zu verschaffen und sie wird für diesen Betrag die Haftung übernehmen.

GR.Huber (EL.)erinnert daran, dass er schon zu wiederholten Malen es bemängelt habe, dass die Land- und forstwirtschaftliche Gesellschaft der Gemeinde Wien drei Prozent Haftungsgebühr für die ihr erteilten Kredite zu bezahlen hat.An dem Schicksal dieser Gesellschaft erkennt man am besten,wie ausserordentlich schwer die Landwirtschaft heute belastet ist und wie unrecht die Sozialdemokraten haben, die in ihren Zeitungen immer davon schreiben,dass die Landwirtschaft die Konsumenten auswuchern will.Die Gesellschaft hat obzwar ein namhafter Betrag aus den Erträgnissen der Dollaranleihe abgeschrieben wurde, ein Defizit von 273.ooo Schilling.Das Lohn- und Gehaltskontomder Gesellschaft hat sich, obzwar ein Personalabbau durchgeführt wurde um 1,4oo.ooo Schilling gegenüber dem Jahre 1923 erhöht, die sozialen Lasten von 82.ooo auf 2o8.3oo und die Zinsen und Haftungsgebühren in demselben Zeitraume von 78.5oo auf 416.ooo Schilling (Lebhafte Hört-Hörtrufe bei der E.L.)Die Fürsorgeabgabe ist von 17.6oo

auf 81.900 gestiegen (Hört!Hört bei der E.L.)die Grundsteuer und die Zuschläge von 123.000 auf 430.000(Hört!Hört!)Jetzt auf einmal nach zehn Jahren haben die Sozialdemokraten ihr Herz für diese Gesellschaft entdeckt.Der Redner bespricht sodann ausführlich über die Gemüse und Obst A.G.In dieser Gesellschaft habe er vor eineinhalb Jahren den Antrag gestellt den Konkurs zu erklären da das Aktienkapital der Gesellschaft 100.000 Schilling beträgt, die Gesellschaft aber 300.000 Schilling an die Zentralsparkasse schuldig ist(Hört! Hört bei der E.L.) Der Antrag wurde nicht angenommen.Man hat den Zentraldirektor Willner von der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft nun mit der Führung der Obst und Gemüse A.G. betraut, es ist aber diesem Mann nicht gelungen diese Gesellschaft zum Leben zu bringen.Man hat davon gesprichen , dass die Obst und Gemüse A.G. die Lieferungen für die Anstalten der Gemeinde Wien übernehmen soll, aber diese Anstalten haben von der Gesellschaft nichts wissen wollen(Hört! Hört! bei der E.L.)Im Jänner d.J. wurde in einer Verwaltungsratssitzung die Bilanz vorgelegt und mitgeteilt, dass die Obst und Gemüse A.G. im vergangenen Jahre einen Reingewinn von 2400 Schilling gehabt habe. In Wirklichkeit war ein Defizit von 2000 Schilling vorhanden.)Hört Hört bei der E.L.)Der Prokurist dieser Gesellschaft hat nichts andres zu tun gehabt als den Warenainkauf und Verkauf zu leiten.Der Buchhalter hatte von der Buchhaltung keine Ahnung, er ist ein gewesener Musikant(Hört! Hört bei der E.L.)Die Obst und Gemüse A.G. hatteinen Kassastand con 2499 Schilling ein Guthaben an die Postaparkasse von 460 Schilling an Dubiosen Debitoren 77854 Schilling an Mobilien den viel zu hoch eingesetzten Betrag von 48546 Schilling und noch eine Post von 15.000 Schilling für alte Säcke und Körbe als Aktivum eingestellt. Dagegen an Passiven ein Aktienkapital von 100.000 Schilling, Schulden an die Zentralsparkasse von 447.000 Schilling,153.000 Schil. ling und 29. 000 Schilling, Schulden an die Lieferanten von 239.000 Schilling (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der E.L.)an Transitoren 5000 Schilling sodass sich ein Verlust von ca 867.000 Schilling ergibt.Nun heiest es, dass die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft als Treuhänderin die Obst und Gemüse Gesellschaft übernehmen soll, So erklärte sich auch warum die drei Prozent Haftungs-gebühren für fünf Jahre der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft zurückgezahlt werden sollen, damit sollen nämlich die (Hört-Hörtrufe bei der E.L.)
Lieferanten der Obst- und Gemüse Gesellschaft bezahlt werden./Das ist ein Skandal, der in öffentlicher Gemeinderatssitzung aufgezeigt werden muss(Lebhafter Beifall bei der E.L.)Diese Dinge müssen untersucht werden. Es muss auch untersucht werden, woher es kommt,dass,wenn tatsächlich ein Defizit von über 100.000 Schilling bei einer Gesellschaft vorliegt, dem Verwaltungsrat mitgeteilt wird, dass die Gesellschaft ein Aktivum von 2400 Schilling habe,

Man unterställe endlich, das Kontrollamt dem Gemeinderat, damit dem Gemeinderat die Wahrheit gesagt werden kann.(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR.Angermayer (E.L.)bemerkt gerade die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft sei ein Beweis dafür,welcher Irrsinn die Sozialisierungsideen sind, von denen sich die Mehrheit leiten lasse.Liese Gesellschaft weist nach einem lojährigen Bestande ein Defizit von 273.ooo Schilling auf.In dieser Gesellsxhaft haben die Sozialdemokraten eine Schuldenwirtschaft betrieben, wei es ärger nicht mehr möglich ist. Die Zinsenlast des Unternehmens ohre Amortisation des Kapitals beträgt allein über 416.ooo Schilling.Das Unternehmen hat ein Eigenkapital von einer Million Schilling und fünfmal so viel Bankschulden.Jetzt endlich nach lo Jahren kommt man zu der Einsicht, dass es so nicht weiter geht.Man hat es sich lange Zeit nicht erklären können, warum die Gemeinde die drei Prozent Haftungsgebühr an die Gesellschaft zurückzahlt.Heute hat man erfahren,dass das deshalb geschehen ist,weil die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft zu dem eigenen kranken Unternehmen noch ein krankeres dazugenommen hat.Wir fürchten sehr, dass die Sanierung die man heute mit etwa rund 4 Millionen Schilling versucht, vergeben sein wird , wenn der Land und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft die total verkrachte Obst - und Gemüse A.G. angeschlossen wird(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E.L.)

GR.Pfeiffer (E.L.) bemerkt,aus den Kassenbestönden der Gemeinde Wien sollen 4 Millionen Schilling entnommen werdn ,um ein fast konkursreifes Unternehmen zu stützen. Wenn für solche Zwecke so namhafte Beträge verwendet werden können, so beweist das, dass die Gemeinde Wien wirklich grosse Ueberschüsse hat.Wenn man aber weiss,wie schwer und hart die Menschen in dieser Stadt arbeiten und wirtschaften müssen, muss man gegen die Art, wie Steuergelder verschwendet werden, flammenden Protest erheben.Die Fehlergebnisse bei der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft erklären sich zum Grossteil daraus, dass der Betrieb zu sehr bürokratisch geführt wurde.Die Gemeinde hat kein Recht,sich mit einem solchen Betrieb zu befassen.Man muss nur staunen,wie die Wiener Bevölkerung ruhig zusieht,wie Steuergelder verwendet werden.Aber in der Provinz und auch schon in Wien tobt schon ein Sturm gegen Sie,der Sie hoffentlich in absehbarer Zeit hinwegfegen wird.(Bravarufe bei der E.L.)

In seinem Schlusswort entgegnet zunächst Vizebgm.Emmerling den Ausführungen der einzelnen Redner.Ueber die Wiener Obst- und Gemüse A.G. sagt er,dass diese Gesellschaft aus der seinerzeitigen amtlichen Verteilungs-

stelle hervorgegangen ist.Eine sofortige Auflassung war nach Kriegsende unmöglich,weil bekanntlich noch Jahre hindurch die Beschickung des Wiener Marktes eine unregelmässige und unzureichende gewesen ist.Unter Beteiligung der Branche,unter Zuziehung von fachkundigen Firmen,die sich seinerzeit auch an der Zeichnung des Aktienkapitals beteiligten,ist die Wiener Obst- und Gemüse A. G. gegründet worden.Sie sollte nach Möglichkeit und ohne Gewinnabsicht die Zufuhren auf dem Wiener Markte steigern,zu hohe Preise verhindern und sie hat diese Aufgabe auch Jahre hindurch erfüllt.Allerdings litt sie in der Inflation das Schicksal fast aller Handels Unternehmungen,die ja nicht über wertbeständige Häuser,Anlagen,Maschinen verfügen,das heisst,ihr gesamtes Kapital ist durch die Geldentwertung einfach vernichtet worden.Die Kapitalsvermehrungen sind nur in einem bescheidenen Ausmasse erfolgt.Die Gründung erfolgte am 27. Juni 1923 mit einem Kapital von bloss 17.2oo Schilling.Dann folgte eine Erhöhung auf 5o.ooo Schilling,eine zweite auf 7o.ooo Schilling und eine dritte auf loo.ooo Schilling.Auch das derzeitige Aktienkapital von bloss loo.ooo Schilling ist natürlich für ein Geschäft dieses Umfanges und der gerade mit dem Obst und Gemüse Import verbundenen grossen Risken viel zu gering.Dadurch musste die Obst- und Gemüse A.G.mit Kredit arbeiten.Vor allem aber-und das ist das entscheidende-waren die letzten drei Jahre durch plötzlich hereintretende Frostperioden gekennzeichnet.Im Frühjahr 1927 und 1928 sind ganz unvermutet die heftigsten Kälterückschläge mitten in den schönsten Frühlingstagen erfolgt und haben bei allen Zufuhren der leichtverderblichen Waren,wie es eben Obst und Gemüse sind,furchtbare Schäden angerichtet.Eine ganze lange Reihe von Privatfirmen,darunter solche,die seit Jahrzehnten in Ehren tätig waren,sind in Zahlungsschwierigkeiten geraten; manche davon mussten sogar den Konkurs ansagen. Auch die Obst_ und Gemüse A.G. ist von Verlusten nicht verschont geblieben. Es wurden die ernstesten Sparmassnahmen ergriffen.Auch in der Direktion hat sich ein Personalwechsel vollzogen.Die Obst- und Gemüse A.G. erhielt einen neuen leitenden Mann,den damaligen Generalsekretär des Deutschösterreichischen Wirtschaftsverbandes Krisch,der als einer der tatkräftigsten,tüchtigsten und verlässlichsten Männer des ganzen Approvisionierungsgewerbes in Oesterreich mit Recht gegolten hat.Das Unglück hat es gefügt,dass Krisch nach wenigen Monaten in der Vollkraft seiner Arbeitsfähigkeit plötzlich vom Tod ereilt worden ist.Das war für die Obst- und Gemüse A.G. eine empfindliche Störung der Aufbauarbeit.Schliesslich ist es gelungen,in der Person des Zentraldirektors der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft Dr.Martin Willner einen neuen Führer zu gewinnen.Er hat die Gesellschaft nach dieser unfreiwilligen Unterbrechung mitpeinlichster Sorgfalt und unter Anwendung der denkbar grössten Sparsamkeit auf eine neue Grundlage gestellt.Die vom Ver-

waltungsrat einstimmig genehmigte Bilanz des Jahres 1928 zeigt ein vollkommen erfreuliches Bild.Die Obst- und Gemüse A.G. war in der Lage,die ganzen Abfertigungen zu bestreiten,erhebliche Nachzahlungen für Ueberstunden aus früheren Jahren,die jetzt erst angemeldet wurden,nachzuzahlen,für die Zinsen des ausgeliehenen Kapitals aufzukommen und sogar noch einen Gewinn von 2ooo Schilling auszuzahlen.Dann kam der Schreckenswinter 1929,eine Kälteperiode, die sie seit 17o Jahren nicht dagewesen ist.Sie hat überall verheerend gewirkt, wo Einlagrungen von Obst, Gemüse und Kartoffeln erfolgt sind.Dass dabei auch die Obst- und Gemüse A.G. sehr arg betroffen worden ist,kann niemand als Schuld beigemessen werden.Dass dabei kein Versäumnis unterlaufen ist,beweist der Bericht des Markamtes:"Das gefertigte Marktamt Grossmarkthalle,Abteilung für Viktualien,bestätigt unter Berufung auf den Diensteid,dass die Massnahmen der Wiener Obst - und Gemüse A.G.,um ihr bedeutendes Warenlager in der Viktualienhalle Wien- Landstrasse und deren Magazine gegen Kälte zu schützen, alles umfassten,was überhaupt möglich war.Die Obst- und Gemüse A.G. hat nicht nur das denkbar möglichste getan,um ein Eindringen der Kälte durch die Verbindungen mit den Freien zu verhind rn,sie hat auch durch Holz und Stroh die Waren nach den Wänden und vom Boden her geschützt, überdies die Ware ganz ausserordentlich durch Decken gesichert.Weiters hat sie mit Hilfe des Marktamtes und unter Zustimmung der Magistratsabteilung 42 durch Heizen der Magazine,wobei stets Feuerwache auf Kosten der Wiener Obst- und Gemüse A.G. beigezogen werden musste,versucht,die Temperatur in den Räumen zu heben. Dass trotz aller dieser Vorkehrungen nicht nur die Waren der Wiener Obst- und Gemüse-A.G.,sondern auch aller anderen Parteien der Markthalle entweder gänzlich verhichtetoder doch so schwer geschädigt wurden,dass sie um einen lächerlichen Mindestpreis verkauft werden mussten,ist dem elementaren Tiefstand der Temperatur zuzuschreiben und notorisch."Aus diesem Naturereignis kann man aber doch nicht ableiten,dass eine an sich nützliche Einrichtung einfach verschwinden soll.Es wird der Versuch unternommen werden,mit den denkbar geringsten Spesen und in innigster Anlehnung an die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft das Geschäft fortzuführen und auch weiterhin als Preisregulator zu funktionieren und allmählich die Verluste hereinzubringen.Bei der Obst- und Gemüse A.G. ist nichts gestohlen worden.Bei der Obst- und Gemüse A,G. hat man nicht leichtfertig spekuliert.Die Obst- und Gemüse A.G. hat einfach durch die Kältekatastrophe so gelitten,wie alle übrigen Unternehmungen dieser Branche.Das ist die ganze Wahrheit.(Beifall bei der Mehrheit).

GR.Schafranek (soz.dem.) beantragt eine Subvention von 5oo Schilling für die Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Oesterreichs.

GR.Stöger (E.L.)erklärt,dass gegen diesen Antrag im allgemeinen nichts einzuwenden sei.Man muss sich nur fragen,ob die anderen Arbeiterstudenten,die nicht sozialdemokratisch eingestellt sind,auch eine Subvention erhalten,wenn sie darum ansuchen.

In seinem Schlusswort entgegnet der Berichterstatter,dass die Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Oesterreichs eine unpolitische Organisation ist.

Der Antrag wird angenommen.

ST.R.Richter ersucht um Bewilligung eines Kredites von 1o7.ooo Schil. ling zur Deckung der baulichen Umgestaltung und Einrichtung des städtischen Hauses in der Galilaigasse 8,wo die Verwaltungsakademie der Gemeinde Wien untergebracht werden soll.

GR.Erban (E.L.) erklärt,dass in dem Haus in der Galilaigasse auch in Saal mit einer Galerie eingerichtet werden soll.Es wäre vollständig untunlich,diesen Saal später für Versammlungszwecke oder für parteipolitische Zwekke zu verwenden.Die Minderheit werde sehr darauf achten,dass dieser Saal nur für die ihm zukommenden Zwecke benützt werde(Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort entgegnet der Referent,dass für die Unterbringung der Verwaltungsakademie eben auch solche Hörsäle notwendig sind.Es kann der Verwaltung nicht der Vorwurf gemacht werden,dass sie Amtsgebäude für parteipolitische Zwecke verwende.(Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag wird angenommen.

ST.R.Richter berichtet über die Uebergabe des Ziegelwerkes Oberlaa in die treuhändige Verwaltung der Gesibe.Dafür ist ein Kredit von 1!33 Millionen Schillingzu bewilligen.

GR.Dirisamer )E.L.) erklärt,dass die Zustände,die im Ziegelwerk Oberlaa geherrscht haben,fast mit Anarchie zu bezeichnen sind.Die Verwaltung habe die Betriebe gänzlich verpolitisiert ,worausauch die Fehlschläge zu erklären sind.Wie bei der Obst- und Gemüse A.G. so muss auch hier der Steuerzahler die Kosten tragen.

Der Referent erwidert,dass das Ziegelwerk Oberlaa als ganz altes Werk übernommen wurde.Die Gemeindeverwaltung hat es auf das modernste ausgestattet und damit regulierend auf den Ziegelpreis eingewirkt.

Der Antrag wird angenommen.

ST.R.Richter berichtet über die Uebergabe des Granitwerkes Mauthausen n die treuhändige Verwaltung der Gesiba. Dafür ist ein Kredit von rund 7o.ooo Schilling notwendig.

GR.Zimmerl (E.L.) erklärt,dass man aus diesen Fällen erkenne,wie mit en Betrieben umgegangen worden ist.Die Defizite sind nur der unkaufmännischen ihrung zu verdanken.Die Gesiba ist die Rettungsgesellschaft der Gemeindever-

waltung für verkrachte Betriebe.Sie mussten die Betriebe der Gesiba übergeben,damit der Herr Generaldirektor Neubacher ein paar hundert Leute aufs Pflaster werfen kann.Die ganzen Vorgänge sind ein Saustall , weshalb wir auch gegen den Antrag stimmen.

In seinem Schlusswort erklärt der Referent,dass die Uebergabe des Werkes an die Gesiba durchaus vertretbar ist.

Der Antrag wird angenommen.

GR.Bermann beantragt die Abänderung des Baulinienplanes längs der Zahnradbahnstrasse,die auf Wunsch einiger Hausbesitzer durchgeführt wird ..

GR.Stöger (E.L.) benützt die Gelegenheit,um zu bemängeln,dass die Gemeindeverwaltung für den Kahlenberg nichts macht.Seit 1923 ist auch die Bahn auf den Kahlenberg an den Bund heimgefallen und jetzt sind die Bewohner des Kahlenberges ohne Wasser,weil das Beförderungsmittel fehlt.Dieser ideale Hausberg Wiens müsste doch endlich den breiten Massen von der Gemeinde erschlossen werden.Nur eine von allen guten Geistern verlassene Gemeindeverwaltung könne eine derart ablehnende Haltung in dieser Frage einnehmen.(Beifall bei der Minderheit).

Der Antrag wird angenommen.

GR.Michal berichtet über den Bau einer Telefonanlage für die städtische Strassenbahn.Die Kosten betragen 350.000 Schilling.

GR.Schelz (E.L.)erklärt,dass die Bedekcung dieser Summe aus dem Betriebskredit unverständlich sei.Die Gemeinde hat zuerst alle Investitionen aus Betriebsmitteln bezahlt,später den Unternehmungen Steuergelder geliehen, die zu einem Prozent über die Bankrate verzinst werden mussten und erst im Vorjahr wurde das gemacht,was die Christlichsozialen die ganzen Jahre hindurch verlangt haben,nämlich die Aufnahme einer Anleihe.Jetzt werden solche Aufgaben auf Betriebskredite verwiesen,was sehr aufklärungsbedürftig sei,

Der Referent entgegnet,dass schon im Wirtschaftsplan für das Jahr 1929 für diese Anlage ein Betrag von 50.000 Schilling vorgesehen ist.Der restliche Betrag von 300.000 Schilling wird im Jahre 1930 zu bedecken sein.

Der Antrag wird angenommen.

St.R.Speiser referiert über die Abänderung der Arbeitsverträge mit den städtischen Gasarbeitern,die bereits am 30.Juni wirksam geworden sind.

ST.R.Rummelhardt (E.L.) erklärt,dass dieser Vertrag ebenso wie alle anderen Verträge,die von der Gemeinde abgeschlossen werden,den Fehler hat, nur mit einer Gewerkschaft gemacht worden zu sein.Im Gaswerk gibt es aber auch christliche Arbeiter;ihre Vertretung wurde nicht gehört.Die Mehrheit sagt immer,dass sie nur mit jener Gewerkschaft verhandle,die die

meisten Arbeiter eines Betriebes umfasse.Aber auch das trifft nicht immer zu. Es wird jetzt mit dem Verband der städtischen Angestellten über die Forderunger der Lehrerschaft verhandelt werden.Bei den letzten Lehrerwahlen haben aber für diesen Verband nur 288 Lehrer gestimmt,für den roten Zentralverein 2236 , dggegen hat die nationale Liste 32o9 Stimmen erhalten.Mit diesem Verband,der nur 288 Stimmen erhalten hat,wird nun verhandelt,mit den übrigen grossen Gruppen nicht.Wo bleibt hier das Mehrheitsprinzip.Auch die Neuanstellungen werden nur von den roten Gewerkschaften durchgeführt.Wenn dies so weiter geht,dann werden die Petenten,die heute noch sachte an die Tür des Personalreferenten klppfen,schliesslich mit den Fäusten hämmern,weil sie sehen müssen,dass es für sie in dieser Stadt keine Arbeit und kein Brot gibt.(Beifall ).

GR.Preyer (E.L.)führt ebenfalls lebhaft Klage über die Aufnahme von städtischen Bediensteten durch die paritätischen Arbeitsnachweise,die nur von Sozialdemokraten verwaltet werden.Die Sozialdemokraten haben selber den Faschismus grossgezogen,weil sie seit zehn Jahren nur Terror übten.(Beifall.Redner erklärt,dass jeder Stellenwerber bei der Gemeinde den Nachweis erbringen müsse, dass er politisch und gewerkschaftlich sozialdemokratisch organisiert sei und aus der katholischen Kirche ausgetreten ist.Dort wo die Sozialdemokraten die Macht haben,hört sich jede politische und Gesinnungsfreiheit auf.(Beifall).

ST.R.Speiser erwidert,dass auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses nur mit jener Gewerkschaft verhandelt werden darf,der die Mehrheit des betreffenden städtischen Betriebes angehört.Im Verband der städtischen Angestellten sind nun 7o Prozent der Lehrer organisiert.Wegen seiner politischen Gesinnung wurde noch kein einziger städtischer Bediensteter gemassregelt und Redner richtet an die Minderheit die Aufforderung auch nur einen Namen zu nennen.In dieser Beziehung unterscheidet sich die gegenwärtige Verwaltung sehr von der früheren Mehrheit des Gemeinderates.(Lebhafter Beifall).Der Vertrag wird genehmigt.

St.R.Speiser berichtet über die Abänderung des zwischen der Gemeinde Wien städtische Elektrizitätswerke und dem österrichischen Metallarbeiterverband abgeschlossener Arbeitsvertrag für die Elektrizitätswerksarbeiter.

GR.Däffinger (E.L.) schliesst sich der Kritik des GR.Rummelhardt an dass die Gemeinde nur mit den Gewerkschaften, der die Mehrheit der beidem betreffenden Unternehmen angestellten angehört, verhandelt.Dieser Vorgang entzieht sich selbst im Enteresse der Mehrheit nicht.Würde die Gemeinde nicht mit den Vertrauensmännern der Gewerkschaft, sondern mit den Vertrauensmännern der Betriebe verhandlen, so würde es nicht vorkommen,dass sich die Angestellten selbst gegen abgeschlossenen Kollektivverträge wehren.In der Oeffentlichkeit spricht man immer von Verbesserungen,die durch die Kollektivvertrage erzielt werden.In Wirklichkeit werden aber mit jedem solchen Vertrag Benefizien

die seit Jahrzehnten bestanden haben, beseitigt.Erst vor Monaten hat man einen Kollektivvertrag mit den E.Werksarbeitern abgeschlossen.Wir haben damals nachzuweisen versucht, was an diesem Kollektivvertrag schlecht ist, sie haben alles bestritten.Jetzt nach ein paar Monaten muss dieser Kollektivvertrag verbessert werden(Beifall bei der E.L.)

ST.R.Spriser bemerkt,Gr.Daffinger befinde sich in einem Irrtum.Vor einigen Monaten ist wohl eine Erhöhung der Stundenlöhne der E.Werksarbeiter beschlossen, aber keinerlei Abänderung des Kollektivvertrags vorgenommen worden, der Kollektivvertrag mit den Arbeitern der Elektrizitätswerke hat den Gemeinderat zum letztenmal vor zwei Jahren beschäftig,Die heutige Vorlage enthält nur Verbesserungen für die Arbeiter.(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Die Abänderung des Kollektivvertrages wird genehmigt.

St.R.Speiser referiert sodann über Abänderungen des Arbeitsvertrages für die Angestellten der städtischen Strassenbahnen.Er verweist darauf, dass sich durch den letzten Abschluss gewisse Härten bezüglich der Vergütung der Umkehrzeiten ergeben haben.Die jetzt unterbreitete Vorlage enthält eine Verbesserung dieser Vergütung,ferner wird einem Wunsch des Personals entsprechend bestimmt, dass die Gebühren für Einzel- und Doppelleistungen nicht einmal im Monat, sondern allwöchentlich ausbezahlt werden.

GR.Haider (E.L.) bemerkt, die Tatsache, dass ein im Juni abgeschlossener Vertrag heute schon abgeöndert werden muss, beweist, wie stichhältig die seinerzeit von der Minderheit vorgebrachte Kritik an dem Arbeitsvertrag gewesen ist. Namentlich hinsichtlich der Vergütung für Umkehrzeiten und der monatlichen Bezahlung der Ueberstunden haben die Christlichsozialen die schärfste Kritik geübt.Es ist gewisss eine Verbesserung, wenn nunmehr auch eine Nachtdienstzulage für das Wächterpersonal eingeführt wird.Was würde aber eine sozialdemokratische Gewerkschaft dazu sagen,wenn es ein Privatunternehmer wagen würde,einem Arbeiter für einennNachtdienst 7o Groschen zu bezahlen. GR.Haider erhebt sodann Beschwerde darüber,dass die Bestimmung des Paragpaph 4 des im Juni beschlossenen Kollektivvertrags gewissentlich übertreten werde, wonach den Fahrbediensteten eine Mittagspause von nicht weniger als eineinhal Stunden gewährt werden muss,und ersucht um eheste Aufklärung in dieser Frage(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR.Gschladt (E.L.) erinnert ebenfalls daran,dass die Minderheit den seinerzeit beschlossenen Kollektivvertrag für die städtischen Strassenbahner auf das energischeste bekämpft habe insbesondere hat sie seinerzeit darauf hingewiesen, dass die Bestimmungen betreffend der Umkehrzeiten unhaltba ist, und dass sie eine Gefahr nicht nur für die Gesundheit des Personals

sondern auchdüe Sicherheit des fahrenden Publikums bed ute. Wenn man schon nicht an die Angestellten denkt, hätte man wenigstens auf die Fahrsicherheit des Publikums Rücksicht nehmen müssen. Einen solchen Vertrag hat die Gewerk - schaft zustande gebracht, der man das Monopol auf Verhandlungen zuerkennt. Das ist die gelbe Gewerkschaft unter Führung des Herrn Weigl, der diesen Vertrag als den besten der Welt gepriesen hat(GR. Weigl :Zeigen Sie mir einen besseren Vertrag für Strassenbahner). Solange Sie so gewissenlos und unverantwortlich vorgehen können wir ihrer Personalpolitik kein Vertrauen entgegenbringen.(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

ST.R. Speiserverweist gegenüber den Ausführungen der Vorredner darauf, dass so günstige Arbeitsmethoden und Arbeitsverhältnisse wie sie der Kollektivvertrag für die Strassenbahner enthält bei keiner in Betracht kommenden Strassenbahnunternehmung der Welt zu finden sind. Was die Beschwerde des G^n. Haider wegen Nichteinhaltung der Kollektivvertraglich vorgesehenen Mittagspause betrifft, so werde er dieser Angelegenheit persönlich nachgehen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Die Abänderungen des Arbeitsvertrages werden genehmigt.

ST.R. Breitner berichtet über den [illegible] lo. periodischen Bericht betreffend Zuschusskredite, der dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt wird. Es handelt sich um Zuschuskredite, die das Jahr 1928 und 1929 betreffen. Eine ganze Reihe dieser Zuschusskredite zeigt die verhängnissvollen Wirkungen des furchtbaren Winters indem sich eine ganze Fülle von Bauschäden insbesondere aber sehr grosse Ueberschreitungen bei der Post 'Be- heizung ergeben haben.

GR. Zimmerl (E.L.) nimmt ausführlich zu den Ausführungen des Stadtrates Breitner Stellung. Er stellt fest, dass der Minderheit jede Möglichkeit genommen ist, jeden einzelnen Fall zu überprüfen. Man kann den Bericht des Finanzreferenten nicht einen Bericht nennen. Der Redner bespricht sodann die Haus- und Grundkäufe. Er erklärt, dass es mit diesen Dingen so nicht weiter gehen kann. Auf der Tagesordnung der letzten Gemeinderatssitzung standen drei Hauskäufe, heute stehen 6 derartige Käufe auf der Tagesordnung. Wir werden in jeder Sitzung gegen diese Hauskäufe Stellung nehmen. Sie wollen mit diesen Käufen den sozialistischen Grundsatz verwirklichen, das Privateigentum zu enteignen. Wer ist schuld daran an der Entwertung des Haus- und Grundbesitzes und wer trägt dafür die Verantwortung? Ihre Wohnungszwangsbewirtschaftung. Heute ist schon die Hälfte des Grund- und Hausbesitzes im Besitz der Gemeinde Wien. Die Sozialisierung des Haus- und Grundbesitzes ist Ihr Ziel, das Sie auf allen möglichen Wegen zu erreichen suchen. Diese Haus- und Grundkäufe werden aus Steuermitteln bestritten, was ein Verbrechen an

der Wirtschaft insbesondere Wiens ist.Sie wollen dem sozialistischen Grundsatz auf jeden Fall zum Durchbruch verhelfen.Wir aber werden die Mittel und Wege finden,um die Sozialisierung des Haus- und Grundbesitzes zu verhindern.Im Voranschlag ist für diese Käufe ein willkürlicher Betrag eingesetzt.In acht Monaten haben wir schon 62 Zuschusskredite.Zeigen Sie mir eine Verwaltung,bei der das möglich ist.Unter solchen Umständen ist der Voranschlag ein Fetzen Papier.Hinsichtlich der Gewährung der Subventionen erklärt GR.Zimmerl,dass 99 Prozent aller Subventionen den Charakter einer Parteisubvention tragen.Wir haben immer und werden auch immer die Vorlage eines Verzeichnisses über alle Subventionsansuchen,die an die Gemeinde gestellt werden,verlangen.Sie legen ein solches Verzeichnis aber nicht vor , weil Sie viele Körperschaften,die um eine Subvention angesucht haben,nur aus dem Grunde abwiesen,weil Ihnen die Personen,die an der Spitze solcher Körperschaften stehen,nicht genehm sind.In der Vertrauensmännerversammlung hat St.R.Breitner erklärt,dass Sie im nächsten Jahr statt 76 Millionen 90 Millionen Schilling für den städtischen Wohnhausbau ausgeben wollen.Sie haben auch bei der Wohnhäuserverwaltung infolge eines günstigen Gebarungsergebnisses,wie Sie sagen,Rücklagen gemacht.Sie haben Millionen zurückgelegt.Die Sozialdemokraten haben schon sehr viel über die Hausherrenrente gesprochen,aber das,was Sie zurücklegen,ist eben die Hausherrenrente,Sie äussern jetzt auf einmal sehr viel Sorge um die Wirtschaft.Wer ist der Hauptschuldige an der darnieder liegenden Wirtschaft.Das ist Stadtrat Breitner!(Beifall bei der Minderheit).Ich habe immer und immer wieder gewarnt, doch der Finanzreferent hat alle meine Warnungen in den Wind geschlagen. Ich habe wiederholt aufmerksam gemacht,dass es bei der Beurteilung der Wirtschaftslage davon abhängt,ob sich die Lebenshaltung des Einzelnen gehoben hat.Sie werden das alles zu verantworten haben.Dieser Art der Zuschüsse können wir nicht unsere Zustimmung geben.Wir sehnen mit der Mehrheit der Bevölkerung den Augenblick herbei,wo Wien von dieser Verwaltung befreit wird. In der letzten Zeit muss sie die Minderheit die Beobachtung machen,dass die Rathauskorrespondenz von Ihnen zensuriert wird. Und n.Wenn man schon zu solchen Mitteln greift,muss man schon aus dem letzten Loch pfeiffen.(Beifall bei der Minderheit).

St.R.Breitner erwidert in seinem Schlusswort zunächst auf die Beschwerde des GR.Zimmerl gegenüber der Rathauskorrespondenz.Er erklärt,dass von einer Beeinflussung seitens der Gemeindeverwaltung keine Rede sein kann. Seit 1.Jänner ds.J. erhalten alle Gemeinderatsmitglieder die Rathauskorrespondenz.Ein Vorgang,der früher niemals geübt wurde.Bezüglich der Haus-

und Grundkäufe entgegnet St.R.Breitner,dass sowohl die Zahl der Objekte als auch die dafür verausgabten Beträge keine überwältigenden sind,Die Gemeinde hätte schon Gelegenheit gehabt,hunderte von Häuser zusammenkaufen zu können, sie hat es aber nicht getan,weil sie die vorhandenen Gelder für die Beschaffung von neuen Wohnungen ausgibt.Die meisten Objekte,die die Gemeinde gekauft hat,waren demolierungsreif.Das Gründe gekauft werden,ist eine Selbstverständlichkeit und die Gemeinde Wien unterscheidet sich darin von keiner anderen Stadtverwaltung.Die Budgetpost für die Haus- und Grundkäufe ist naturgemäss schwankend,weil sie ja von den Zufälligkeiten des Marktes abhängig ist.Hinsichtlich der Subventionen erklärt der Referent,dass der Gemeinderat von jeder einzelnen Post erfährt,die dafür ausgegeben wird.Diese Vorgangsweise ist mit der Praxis,die bei Subventionsvergebungen beim Bund geübt wird,nicht zu vergleichen.Wenn GR.Zimmerl gemeint hat,dass an der Wirtschaft in unserer Stadt die Mehrheit dieses Hauses und ich schuld sind, muss ich wohl darauf verweisen,dass im Jahre 1914 der Weltkrieg ausgebrochen ist,an dessen Folgen wir eben heute leiden müssen.Die Wurzeln liegen in der Wertzerstörung des Krieges,liegen in der Zerreissung des alten Wirtschaftsgebietes.(Beifall bei der Mehrheit).

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

GR.Schneider berichtet über den Neubau eines Regenwasserkanals in der Rothenburgstrasse von der Hetzendorferstrasse bis zur Gasse "An der Froschlacken".Die Kosten betragen 32.000 Schilling.

GR.Gschladt (E.L.) erklärt,dass es sich der Berichterstatter mit dem Referat sehr leicht gemacht hat.Ueber das Kapitel der Notwendigkeit der Kanalisation von Hetzendorf und Altmannsdorf sind schon wiederholt ernste Rekriminationen vorgebracht worden.Die Senkgrubenwirtschaft in Hetzendorf und Altmannsdorf stinkt schon bis zum Himmel.Die dortigen Gebiete sind seit 1892 einverleibt und seit dieser Zeit steht der Liesinger Kanal auf der Tagesordnung.Die Durchführung des Projektes scheitert aber immer wieder an der Kurzsichtigkeit und Halsstarrigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung.Mit den in Betracht kommenden Gemeinden wurde schon ein Vertrag geschlossen und die Gemeinde Wien hat sich mit einer Beitragsleistung von 2o Prozent einverstanden erklärt.Jetzt wollen Sie sich nur mehr auf zehn Prozent verstehen.Der Liesinger Kanal könnte schon längst fertiggestellt sein,wenn Sie dem Projekt keine solchen Schwierigkeiten machen würden.

In seinem Schlusswort erklärt GR.Schneider,dass beim Bau des Liesinger Kanals eine Reihe von Gemeinden nicht mittun wolle.Der Kanalbau würde der Gemeinde 2'2 Millionen Schilling kosten.Seit 1922 haben sich die in Betracht kommenden Gemeinden nicht mehr an die Gemeinde gewendet.

Nach einen tatsächlichen Berichtigung des GR.Müller,dass die Gemeinden sich schon wiederholt an die Gemeinde gewendet haben,wird der Antrag angenommen.GR.Hellmann berichtet über die Errichtung einer provisorischen Auskunfts- und Verkaufshütte beim Arsenal.Nach der Anfrage des GR.Binder wie es mit dieser Auskunfsthütte bestellt ist,und nach der Beantwortung der Frage durch den Referenten,dass es sich um eine Auskunfsthütte für die Partei handelt,die ins Arsenal wollen,wird der Antrag angenommen .

Es werden nun die beiden Dringlichkeitsanträge verhandelt. Gemeinderat Kunschak begründet die Dringlichkeit des christlichsozialen Antrages auf Ermässigung der Gemeindeabgaben.Er führt aus:Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt Wien sind unbestritten schlecht. Wesentliche und unmittelbar wirkende Reformen an der städtischen Steuergesetzgebung sind eine unbedingte Notwendigkeit.Die Steuern sind geschaffen worden in einer Zeit bitteren Finanzlage der Gemeinde.In einer Zeit,wo man von einem Tag auf den anderen nicht wusste,wo man die Mittel zur Führung des Haushaltes hernehmen soll.Das ist heute wesentlich anders.Die Gemeinde hat die vollen Kassen,während die Wirtschaft ausgeblutet ist.Der Finanzreferent selbst hat sich genötigt gesehen,Steuerermässigungen anzukündigen.Aber es soll nicht allein ein Spiel mit der Idee,sondern ein ernstes Eingehen auf Steuerermässigungen sein.(Beifall)

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt.Gemeinderat Kunschak erklärt,dass die Minderheit hoffe,es werde diesem Antrag nicht das Schicksal zuteil,das die früheren Anträge erfuhren.Es soll durch die Steuerermässigungen der Wirtschaft geholfen werden.Die Gemeinde hat heuer eine Erhöhung der Wassergebühren vorgenommen:sie verursacht beispielsweise dem Hotel Bristol einen jährlichen Mehraufwand von 11.800 und dem Grandhotel von 10.647 Schilling.Vom 1.November an sollen die Stückmeister eine erhöhte Fürsorgeabgabe zahlen.Wenn auch die gewerblichen Interessenvertretungen dem zugestimmt haben,so müsste die Gemeinde sich diesen Schritt wohl überlegen,weil dieses Gewerbe heute buchstäblich bankrott ist.Die übermässige Einfuhr fertiger Kleider aus der Tschechoslowakei hat hier eine starke Konkurrenz geschaffen.Die Wasserkraftabgabe hat gar keinen Zweck mehr.Die Werke sind längst fertig.Nach der feierlichen Versicherung der Mehrheit sollen neue Werke nicht mehr gebaut werden und trotzdem muss jeder arme Teufel,der sich seinen Kaffee auf dem Gasrechaud wärmt,diese Abgabe zahlen.Gegen die Inseratensteuer hat sich schon im Jahre 1922 bei der Enquete der sozialdemokratische Gehilfenvertreter der Buchdrucker ausgesprochen.Sieben Jahre hat es gebraucht,bis seine Argumentation endlich ihre Rechtfertigung erhalten hat.Sie sollten sich wirklich entschliessen die ganze Abgabenwirtschaft gründlich zu überprüfen,eine befreiende Tat zu vollbringen und nicht wieder etwas zu machen,was bloss als Spiegelfechterei bezeichnet werden muss(Beifall bei der Minderheit)

Stadtrat Breitner entgegnet,es habe sich so eingebürgert,dass man bei der Gemeinde stets von Inflationssteuern spreche.Man vergisst aber dabei ganz,dass die neue Verwaltung auch auf dem Gebiet der Steuerpolitik ganz neue Wege gegangen ist.Sie hat auf die vierzigprozentige

Sie hat die Verzehrungssteuer aufgehoben,nimmt von den städtischen Monopolbetrieben und der Wasserleitung keinerlei Gewinn.Die Gemeinde muss daher durch andere Steuereinnahmen ihren Haushalt in Ordnung halten.Anders steht die Frage der Aenderung der Abgabensätze.In dieser Beziehung haben wir niemals einen starren Standpunkt eingenommen.Im Gegenteil wir haben planmässig unmittelbar nach der Stabilisierung mit den Ermässigungen eingesetzt.Schon am 2o. Jänner 1923 wurde die Untermietabgabe gänzlich aufgehoben.Am 2o. April 1923 wurde eine Ermässigung der Fremdenzimmerabgabe für die Sommermonate beschlossen. Am 23. April 1923 wurde die Lustbarkeitsabgabe für die Sommermonate von 1o auf 5 Prozent für ernste Stücke und von 3o auf 2o Prozent für Operetten ermässigt.Am 7. Mai 1926 wurden weitere Ermässigungen der Lustbarkeitsabgabe gewährt.Am 21. Dezember 1925 ist die Zusatzabgabe für die Hotels von 22 auf 1o Prozent herabgesetzt worden.Am 1. April 1927 wurde für die Hotels pro 1927 bis 1929 eine sehr weitgehende Begünstigung beschlossen.Am 22. Juni 1928 wurde eine tiefgreifende Novellierung der Wertzuwachsabgabe, im November 1924 eine Ermässigung der Fürsorgeabgabe und im Dezember 1926 eine weitere Ermässigung vorgenommen.Mit Gesetz vom 21. Dezember 1925 wurde die vollständige Abgabenfreiheit der Lastkraftwagen ausgesprochen und am 5. März 1926 die früher vierteljährliche Zahlungspflicht der Automobilabgabe auf eine monatliche herabgesetzt und am 29. Juli 1927 eineweitere Erleichterung hinsichtlich der Automobilsteuer beschlossen.Am 1o.Oktober 1924 wurde die Befreiung der gemeinnützigen Anstalten von der Wohnbausteuer ausgesprochen und in einer Reihe von Steuerbefreiungen von Gesetzen,/Neu Zu-/und Aufbauten die Feilbietungsabgabe wurde am 23. Dezember 1926 von 7 auf 5 Prozent ermässigt und am 7. Juli 1925 wurde bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe die Einschränkung der Einreihungsmöglichkeit auf bloss ein Drittel verzügt. Der Verzögerungszuschlag wurde am 28.März 1927 von 25 auf 1o Prozent herabgesetzt.Bei einer solchen Reihe von Ermässigungen die vom Jänner 1923 unausgesetzt und systematisch durchgeführt wurden, kann man gewiss nicht davon sprechen, dass wir uns an Abgabensätze, die zu besonderen schwierigen Zeiten in besonders schwieriger Höhe bestimmt werden mussten, klammern. Nunist beabsichtigt, eine ganze Reihe tiefgreifender Ermässigungen eingreifen zu lassen die insgesamt einen Betrag von mehr als 11 Millionen Schilling ausmachen sollen.Die Lustbarkeitsabgabe für Poesie-und Opernbühnen soll von 5 auf 3 Prozent ermässigt werden.Wir werden damit eine Theatersteuer haben, wie sie in gleich geringem Ausmass nirgens besteht.Bei den Kinos geht die Möglichkeit der Ermässigung bis zu 5 Prozent. Bei Sportveranstaltungen sollen der niedrigen Gebühr von 1o Prozent nicht nur wie bisher Sportveranstaltungen unterliegen. Die bis 1oo Schilling Einnahme haben, die Grenze soll auf 2ooo Schilling erhöht werden.Hinsichtlich der Nahrungs- und Genussmittelabgabe soll

jeder eingereihte Betrieb das Recht haben, in den Jahren 1930 und 1931 2o Prozent der Abgabe unter der Bedin ung zurückzubehalten, dass er Investitionen vornimmt, Bei der Inseratenabgabe soll eine Herabsetzung um ein volles Drittel eintreten. Ebenso bei der Plakatengbgabe. Bei de Automobilabgabe soll die bisherige Begünsitung erweitert werd n, wodruch ein Abbau der Steuer von 15o auf 6o Schilling für die Pferdekraft erzielt wird. Die Fürsorgeabgabe für die Kreditinstitute soll von 8 einhalbauf 6 Prozent heruntergesetzt. Die Hotels werden ein Viertel der Fremdenzimmerabgabe zurückbehalten könne, das zweite Drittel soll ausschliesslich der Fremdenverkehrspropaganda dinene, wodurch wir in die Lage kommen werden, die Ausgaben für den Fremdenverkehr zu verdreifachen. Gewiss ist jede Steuer für die Unternehmer wie für die Arbeiter unerwünscht aber andererseits müssen wir doch die ungeheuren Anforderungen, die an die Stadt gestellt werden erfüllen und die furchtbaren Schäden des Krieges in verhältnissmässig kurzer Zeit gutmachen und das Aussehen der Stadt so zu gestalten, dass sie wieder als moderne, westeuropäische Stadt gelten kann und wieder Anziehungskraft ausübt (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Die Wasserkraftabgabe soll dazu dienen, jene Schulden, diesonst verzinst werden müssten, ausser Verzinsung zu stellen und eine Erhöhung des Strompreises zu verhüten. Auch wir wünschen, dass die Pauschalierung bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe in einem schnelleren Tempo vor sich geht und wir hoffen, dass binnen wenigen Monaten 8o bis 9o Prozent der Betriebe pauschaliert sein werden. Was die Wass rgebühren betrifft, so müssen wir zumindest die Selbstkostendeckung beschreiten. Die frühere Verwaltung hat in den Jahren 1914 und 1925 in Schillingen gerechnet Einnahmen von über 2o Millionen Schilling gehabt. Wir mussten die Nutzwassergebühren erhöhen, aber wir sind auch heute noch nicht einmal bei der Hälfte des Friedenspreises angelengt. Es ist für jede Mehrh it sehr angenehm, Steuerermässigungen eintreten zu lassen. Aber es ist das sehr schwer, wenn das etwa zur Folge haben müsste , dass der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Wohnungslosigkeit verringert werden, oder die Fürsorgetätigkeit eingeschränkt werden müsste. Die Minderheit ist da uns gegenüber im Vorteil, da sie Steuerermässigungen und gleichzeitig erhöhte Leistungen der Gemeinde verlangenkann. Wir sind diesmal mit unseren Anträgen auf Steuerermässigungen der Minderheit zuvorgekommen, wir werden uns beeilen, die betreffenden Vorlagen mit grösster Beschleunigung dem Landtage zu unterbreiten, dies wird unbedingt schon im Oktober der Fall sein. Dann wird Gelegenheit sein, über die Steuerpolitik der Gemeinde eingehend zu sprechen und es hat daher gar keinen Zweck wenn wir schon heute den Antrag Kunschak annehmen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

GR. Kunschak verwahrt sich dagegen, dass der Minderheit zugemutet werde, dass sie eine Lizitationspolitik treibe.Die Minderheit hat wiederholt den Beweis erbracht, dass sie sehr ernsten Anteil an den Finanzen der Gemeinde nimmt unc auch bereit ist, wenn dies die Finanzen der Gemeinde erfordern, sich Beschränkungen in ihren Wünschen aufzuerlegen.St.R,Breitner ist uns mit seinen Anträgen auf Steuerermässigung nicht zuvorgekommen, unsere Anträge liegen bereits seit dem Jahre 1926 vor und obwchl sie mit einstimmigen Beschluss der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt wurden, ist darüber bis heute nicht berichtet worden.Zu den sachlichen Bemerkungen des Stadtrates Breitner bemerkt GR.Kunschak, es sei gewiss richtig, dass eine Reihe von Steuern, die früher wirksam waren jetzt unwirksam geworden sind, dafür hat es die Gemeinde aber insuferne jetzt sehr bequem,dass sie einfach Anteile an den Bundessteuern bezieht, wobei ihr noch die Einhebung vergütet wird.Reingewinne von städtischen Unternehmungen werden mit Ausnahme des Brauhauses der Stadt Wien an die Gemeinde nicht abgeführt, aber die aus dem Titel der Fürsorgeabgabe an die Hoheitsverwaltung abgeführten Beträge können sich schon sehen lassen.Die frühere Gemeindeverwaltung hat gewiss einen Betrag aus der Wasserabgabe gehabt, dafür bleibt aber der jetzigen Verwaltung die Verzinsung und Amortisation für die erste und zweite Wasserleitung erspart.Am meisten herausfordertes aber unsere Kritik heraus,dass die Steuern auf Bruttoeinnahmen gelegt werden.Ein Zustand, der dadurch noch verschärft wird, dass bei der Vorschreibung und Einreihung der Steuern freies Ermessen gilt. Mit Rücksicht auf die Abkündigung des St.R.Breitner, dass im Oktober dem Landtage Gesetzentwürfe auf Steuerermässigungen vorgelegt werden sollen, stellen wir weitere Bemerkungen einstweilen zurück,Bei Philippi sehen wir uns wieder.(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St.R.Breitner bemerkt auf die Ausführungen des GR.Kunschak,die Einnahmen aus den Monopolen und aus der Wasserleitung waren in der früheren Zeit so hoch,dass wir, wenn wir diese Einnahmen hätten, auf sämtliche Steuern von denen die Minderheit in ihren Anträgen spricht verzichten können.Gewiss sind wir an den Abgaben des Bundes beteiligt, aber früher hat die Gemeinde das Zuschlagsrecht zu den Bundessteuern gehabt, und hinsichtlich des freien Ermessen, das gewiss ein Schönheitsfehler ist,ist insofern eine Korrektur geschaffen worden, als die Genossenschaften zur Mitwirkung im Szeuerwesen herangezogen wurden.Auch der Bund kennt in Form der Warenumsatzsteuer eine Steuer auf Bruttoeinnahmen.Zum Schlusseverweist Stadtrat Breitner darauf, dass alle Länder in der Nachkriegszeit sehr harte Steuern einführen mussten, wozu bei uns noch kommt, dass unsere Wirtschaft so ausserordentlich

schwach ist.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der GR.Kunschak und Zimmerl abgelehnt.

Nunmehr wird der Dringlichkeitsantrag des GR.Daffinger verhandelt. Der Antragsteller begründet die Dringlichkeit,indem er darauf verweist,dass über die Art der Betriebsführung bei den städtischen Strassenbahnern in den letzten Jahren schon wiederholt grosse Klagen von den Fahrg ästen geführt wurden.Die Reinlichkeit der Strassenbahnwagen lasse sehr viel zu wünschen übrig.Die Unfälle sind in der letzten Zeit schon so häufig gewesen,dass beim Publikum eine ernste Beunruhigung entstanden ist.(Beifall).

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt.

Der Antragsteller begründet den Antrag.In der letzten Zeit sind bei der Strassenbahn folgende Unfälle zu verzeichnen.Ein Unfall an der Kreuzung Spitalgasse- Alserstrasse,zwei Unfälle am Rennweg,die Linie 4o hat ebenfalls zwei Unfälle zu verzeichnen,die 36er Linie einen Unfall,der ein Todesopfer gefordert hat,und schliesslich war ein Unfall auf der Alserstrasse und in der Alserbachstrasse.Früher wurde über Strassenbahnunfälle genau berichtet, der Bericht aber,der jetzt gegeben wird,genügt nicht.4o Prozent aller Unfälle sind auf das Versagen der Bremse zurückzuführen.Bei der Endstation des 4oer Wagen beim Türkenschanzpark waren zwei Unfälle gleicher Art.Jetzt erst wird der dort stehende Zug mit einem Motorzug blockiert.Ein Fehler ist auch die Abkürzung der Fahrzeiten,da speziell die Bremsvorrichtungen den Anforderungen nicht genügen.Wie ich schon wiederholt erklärt habe,genügt die elektrische Bremse nicht mehr.Es ist schon bald so,dass das Publikum,das die Strassenbahn benützen will,sich in eine Lebensversicherung einschreiben lassen muss.Der Unmut der Bevölkerung über die Betriebsführung bei den städtischen Strassenbahnen ist vollkommen gerechtfertigt.(Beifall bei der Minderheit).

Vizebgm.Emmerling erwidert, dass es selbstverständlich sei,dass die Verwaltung jeden Unfall bedauert und die Strassenbahndirektion jeden Unfall zum Anlass nimmt,um alle Massnahmen zu treffen,die Unfällen vorbeugen.Die elektrische Bremse ist eine Kurzschlussbremse und für den Stadtverkehr die einzige Bremse,die möglich ist,Diese Bremsart wird überall verwendet.Die Presse muss ich bitten,nicht gleich die ersten Meldungen über einen Strassenbahnunfall als die entscheidenden anzusehen ,sondern abzuwarten,was die Untersuchung ergibt,Um ein Beispiel zu erwähnen,stelle ich fest,dass die Angelegenheit der Heldentat eines Wachmannes auf der Opernkreuzung auf Unrichtigkeit beruht.An der ganzen Geschichte ist nichts war.Im Uebrigen wird in der nächsten Woche dem Gemeinderat ein genauer Bericht erstattet werden.(Beifall bei der Mehrheit,)

Der Antrag Daffinger wird angenommen,die Sitzung um 23'3o geschlossen

21o

-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur:
Karl H o n a y 32o

Wien, am Samstag, den 14. September 1929

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

## Die neuen Wohnhausanlagen auf der Landstrasse.

In den vier Jahren von 1925 bis 1929 sind in Erdberg neue Wohnhausanlagen entstanden, die diesem Bezirksteil ein moderne Gepräge geben.Auf der Fläche,die heute von imposanten Bauten,schönen Gärten und Spielplätzen bedeckt ist,stand ehedem die Krimskykaserne und rund um die Kaserne waren sehr alte Baulichkeiten,in ihren Einzelheiten oft recht malerisch, aber mit ganz scheusslichen Wohnungen und Geschäftslokalen im Innern.Dieser Teil des alten Erdberg musste einem neuen, schöneren Platz machen.Die Architekten H.Schmid und H.Aichinger erhielten von der Gemeinde den Auftrag,auf dem rund 5o.ooo Quadratmeter grossen Baugrund eine Wohnhausanlage zu errichten.Sie haben diese grosse Aufgabe unter der Leitung des Architekturbüros des Wiener Stadtbauamtes (Oberstadtbaurat Architekt Ingenieur Josef Bittner) sehr gut gelöst.

Die Anlage ist nicht auf einmal entstanden, sondern nach und nach, in dem Masse,als die an den Kasernengrund anschliessenden alten,primitiven Häuschen von der Gemeinde erworben werden konnten.

Die neie Wohnhausanlage repräsentiert ein Stück des modernsten Wien. Es ist ein wunderbares, in sich geschlossenes Stadtbild.Ein Gartenhof reiht sich an den anderen.Es ist eine Welt für sich,von der jeglicher Strassenlärm nach Möglichkeit abgehalten wurde.Bloss eine Verkehtsstrasse, die Rabengasse, durchzieht den Komplex, im übrigen gibt es nur Wege und Strassen,die für Fussgänger bestimmt sind.

Die Anlage besteht aus 75 aneinander gereihten, in geschlossenem Architektur gehaltenen Häusern.In jedem Haus sind von einer Stiege etwa 15 Wohnungen zugänglich.Insgesamt befinden sich in der Anlage 1097 Wohnungen, 3o Geschäftslokale, 4 Ateliers, 1 Krankenkassenambulatorium mit Zahlstelle, eine mit den modernsten Maschinen ausgestattete zentrale Wäscherei und [redacted] für die Wohnparteien, 1 Kindergarten, 1 Schulzahnklinik, 1 Bücherei und ein Saalbau mit allen Nebenräumen für den Kinderhort.Von dem Baugrund, der 49.5oo Quadratmeter gross ist,wurden 18.77o Quadratmeter, also 38 Prozent, verbaut. Für Verkehrsflächen,Gartenanlagen und Spielplätze sind 3o.73o Quadratmeter verwendet worden.Um sich eine Vorstellung von der Grösse dieser Wohnhausanlage zu machen,sei erwähnt,dass zum Bau 16'5 Millionen Ziegel,13'2 Kilogramm Zement,1,38o.ooo Kilogramm Rundeisen, 1,66o.oo Kilogramm Kalk,86.ooo Kubikmeter Sand und Schotter,33.5oo Kubikmeter Beton,18.4oo

Meter Stufen, 4.4oo Stück Fenster,7.1oo Stück Türen und 43.ooo Quadratmeter Brettelböden verwendet wurden.In der neuen Wohnhausanlage werden ungefähr 5ooo Menschen vorbildlich untergebracht sein.Die Baudurchführung lag in den Händen des Oberstadtbaurates Ingenieur Adalbert Furcht und des Stadtbaurates Ingenieur Theodor Schindler .An diesem grossen Wohnhausbau wurde vier Jahre gearbeitet.Es wurden dort bis zu tausend Arbeiter beschäftigt.

Die Wohnungen sind in modernster Ausstattung ausgeführt.Sie haben harte Brettelböden,elektrisches Licht,Gasherd und Wasserleitung.Jede Wohnung hat ein Vorzimmer und im Wohnungsverschluss ein Klosett.Viele Wohnungen haben auch Balkone und Loggien.Alle Wohnungen sind durchlüftet und direkt belichtet.Die Anlage enthält vier Wohntypen.Darunter Einzelzimmer in der Grösse von 18 bis 22 Quadratmeter,Zimmer,Kabinett und Küche mit 40 Quadratmeter Wohnfläche,Zimmer zwei Kabinettennund Küche mit 48 Quadratmeter,zwei Zimmer,Kabinett und Küche mit 55 Quadratmeter und in einem geringeren Ausmass auch Wohnungen mit zwei Zimmer und zwei Kebinetten.

Der Bau wurde der bekannten Unternehmung Universale Bau A.G.,Karl Korn Baugesellschaft und der Reformbaugesellschaft übertragen.Diese Firmen haben ihre Arbeiten in der vorzüglichsten Weise ausgeführt.

Die anderen Wohnbauten auf der Landstrasse.

Rund um diese Wohnhausanlage entstanden zur gleichen Zeit mehrere kleinere Wohnhausbauten.So wurde am Kardinal Naglplatz 14 ein Bau mit 152 Wohnungen und 4 Geschäftslokalen errichtet.Planverfasser war Architekt Georg Ruprecht.In der Hagenmüllergasse 14 - 16 entstand ein vom Architekten Kraupa projektierter Bau mit 52 Wohnungen.In der Hagenmüllergasse 21- 23 ein moderner Bau von Architekt Karl Dirnhuber mit 131 Wohnungen und zwei Geschäftslokalen,in der Hagenmüllergasse 25 ein Bau mit 73 Wohnungen,für den Architekt Hugo Mayer die Pläne verfasste,in der Hagenmüllergasse 32 ein Wohnbau mit 1o6 Wohnungen,mehreren Geschäftslokalen,einem Jugendhortbund Jugendheim, projektiert vom Architekten Johann Rothmüller.Mit diesen 6 Wohnhausbauten wurden garstige Baulücken ausgefüllt und damit die Geschlossenheit der genannten Strassenzüge erreicht.

Nur wenige Schritte von diesen neuen Wohnbauten entfernt,wurden in den Jahren 1923 bis 1928 noch neun Volkswohnhausanlagen,darunter der Hanuschhof,mit insgesamt 956.Wohnungen errichtet.Der Bezirksteil Erdberg wurde dadurch in den letzten Jahren von der Gemeindeverwaltung mit insgesamt 2.751 Wohnungen bereichert,die hygienisch vorbildlich sind.Durch diese Bauten wurde nicht nur die städtebauliche Gestaltung dieses Bezirksteiles in modernster Weise verschönert,sondern es wurde dadurch auch der Durchschnitt der Wohnungsqualität gewältig gehoben.

Die grosse Wohnhausanlage wird am Sonntag durch Bürgermeister Seitz feierlich eröffnet.Bei dieser Gelegenheit werden auch alle Neubauten,die sich um diese Anlage gruppieren,vom Bürgermeister und den Festgästen besichtigt.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

321

Wien, am Samstag, den 14.September 1929 Z weite Ausgabe

.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: 322
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 14. September 1929 Dritte Ausgabe

-.-.-.

J. Brielen

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur:
Karl H o n a y



Wien, am Sonntag, den 15.September 1929

.-.-.-

Auf dem Weg zur Rednertribüne wurde dem Bürgermeister von einem dreijährigen Mädchen mit einigen Versen ein grosser Blumenstrauss überreicht. Unter jubelnden Zurufen und stürmischem Beifall sagte **Bürgermeister Seitz:**

Festgäste!Der letzte Gruss,den Sie der Stadtverwaltung entgegengebracht haben,war ein Gruss der Kinder.Für diesen Gruss danken wir alle ganz besonders,denn er ist ein Symbol der Zukunft,für die wir arbeiten.

Wer Erdberg gekannt hat,wie ich es als alter Wiener gesehen habe,der steht staunend vor der Wandlung.Es gibt drei Gebiete in Wien,die wir als wirkliche Elendsgebiete bezeichnen müssen und deren Assanierung unsere wichtigste Aufgabe war und ist.Das sind Erdberg,das Liechtental und das sogenannte Ratzenstadl.Diese drei Gebiete haben schon vor dem Krieg einen erschütternden, furchtbaren Eindruck gemacht.Das war eine wahre Kulturschande,tief unter dem Mass dessen,was man sonst davon in Grosstädten erlebt.

Man kann heute ruhig sagen,dass die Aufbauarbeit der Stadt überall Anerkennung gefunden hat.Wenn es noch Leute gibt,die nörgeln,dann gehören sie nicht zu den sachlichen,objektiven Betrachtern und nicht zum Beispiel zu den ausländischen Delegierten,die den verschiedensten Parteien angehören und dieser Verwaltung doch nur Anerkennung,ja Bewunderung zollen;diese Nörgler an unseren Wohnhausbauten finden wir nur im Lande selbst und sie gehören zu denen,die Anerkennung nicht zollen,weil sie nicht wollen.(Stürmische Zustimmung).Die grosse Masse des Volkes,weit über die Majorität hinaus,die diese Stadt verwaltet,stimmt der kommunalen Aufbauarbeit zu,marschiert mit uns.(Lebhafter Beifall).

Vor zehn Jahren hat man dieser Stadt den Tod prophezeit.Wenn sich Wien damals gesagt hätte,es hat aufgehört,der Mittelpunkt eines grossen Reiches zu sein,es hat also auch aufgehört,eine Weltstadt zu sein,so wären wir verloren gewesen.Wir haben uns rasch entschlossen- umgestellt,wir sind eine Stadt der Arbeit geworden,vor allem der Aufbauarbeit.(Lebhafte Zustimmung).

Das war aber nur dadurch möglich,dass wir Wien vom Anfang an die Stellung eines selbstständigen Landes erkämpft haben.(Langer,stürmischer Beifall und laute Zurufe.)

Es hat eine Zeit gegeben-es sind nun zehn Jahre her-da wollte man von Wien nichts wissen.Man schalt es "Wasserkopf",man predigte die Autonomie, man lehnte die Verantwortung für das Schicksal der Stadt ab.Wir Wiener haben von jeher zentralistisch gedacht.Wir haben uns schliesslich der Majorität und damit dem föderalistischen Gedanken gefügt.Heute stellt sich heraus, dass die anderen Länder uns brauchen.Wir weigern unsere Hilfe nicht.Aus Wiens Steuerkraft werden Millionen Schilling ausserhalb des Landes Wien für den Gesamtstaat,ja für spezielle Länderbedürfnisse verwendet.Gut so!Aber viele wollen jetzt weiter gehen,Wien seiner Autonomie berauben.Wien soll ein Steueremporium werden,aus dem man nach Belieben schöpfen kann,eine Kolonie,die regiert wird,eine Weltstadt,deren Verwaltung der Umgebung untersteht.(Rufe:Niemals).Nun,wir werden mit unerschütterlicher Härte die autonomen Rechte des Landes Wien verteidigen(Stürmische Beifallskundgebungen).Jeder Wiener wird mit uns gehen,jeder echte Wiener wird erkennen,dass Stadt und Land Wien ganz andere Bedürfnisse haben als die anderen Länder,dasses auch eine ganz andere Arbeit leistet,anders politisch gerichtet ist.Wiens Landeshauptmann hat nicht am Sonntag Waffen zu segnen und den Bürgerkrieg,sondern Wohnhausbauten zu eröffnen und Werken der Fürsorge,dem Fortschritt der sozialen Wohlfahrt zu dienen.Wien wird sich sein Recht,aufzubauen,nicht nehmen lassen.(Stürmische Zustimmung).

Wien hat für eine Zukunft zu arbeiten,in der es keinen Krieg nach aussen und keinen Krieg nach innen geben kann,sondern nur Werke der Kultur und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes.(Beifall).

Ich danke allen Männern,die an der Erbauung dieser Häuser mitgewirkt haben,den Architekten,die die Pläne entworfen haben,den geistig und künstlerisch Schaffenden und allen manuellen Arbeitern, ohne auch nur einen Namen der Tausenden zu nennen.

Die Zehntausende,die an diesem Fest teilnehmen und um uns stehen,sind nur ein kleiner Teil des Volkes von Wien;aber auch die Masse dieses Volkes, das grosse Heer der Wiener,steht im Geiste bei uns.Mit ihm eröffnen wir diese Bauten,geloben wir,die Rechte dieser Stadt zu verteidigen,ihren inneren Frieden und den Frieden der Republik!(Langandauernder Beifall,jubelnde Zurufe.)

Der Bürgermeister und die Festgäste besichtigten sodann alle neuen Wohnhausanlagen.Auf diesem Rundgang wurde der Burgermeister wiederholt begeistert gefeiert.



-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

324

Wien, am Montag, den 16. September 1929

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Kleingärtner im Wiener Rathaus. Am Samstag wurde die Tagung der Oesterreichischen Kleinwirtschafter beendet. Am Sonntag abend wurden die Kongressteilnehmer im Wiener Rathaus empfangen. Die Gäste versammelten sich im Sitzungssaal des Stadtsenates, wo Verbandsobmann Gogg für den freundlichen Empfang dankte. Für die reichsdeutschen Kleingärtner überbrachte der Präsident des Internationalen Kleingärtnerverbandes und der Vorsitzende der Organisation der deutschen Kleingärtner Rektor Förster (Frankfurt am Main) herzliche Grüsse und erklärte, dass die reichsdeutsche Abordnung von der grossen Bewegung der Wiener Kleingärtner den besten Eindruck mitnehme. In Vertretung des Bürgermeisters begrüsste Vizebürgermeister Emmerling die Gäste. Die Bewegung der Kleingärtner, sagte er, erfreut sich bei der Bevölkerung und der Stadtverwaltung allgemeiner Sympathien. Menschen, die, so wie Sie, die Natur lieben, können nur gute Menschen sein. Auch die Kleingärtner Wiens haben dazu beigetragen, dass Wien schöner geworden ist, dass aus dieser Stadt, die in den schweren Jahren nach dem Krieg vielfach totgesagt wurde, eine blühende, aufstrebende Gemeinschaft geworden ist. Die Ansprache wurde mit lautem Beifall aufgenommen. Die Gäste begaben sich dann in den Festsaal des Rathauses. Später erschien auch Bürgermeister Seitz, der von den Kleingärtnern lebhaft begrüsst wurde. An dem Empfang nahmen unter anderm auch die amtsführenden Stadträte Linder und Weber, Landtagspräsident Zimmerl, Stadtrat Rummelhardt, Altlandeshauptmann Sever, Bundesgartendirektor Regierungsrat Rottenberger und der Vorsitzende des polnischen Kleingärtnerverbandes Stadtgartendirektor Marciniec teil.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Tagung der Photo- und Kinohändler. Anlässlich der Tagung des Deutschen Photo- und Kinohändlerbundes veranstaltete Sonntag nachmittag die Stadt Wien im Sitzungssaal des Stadtsenates einen Empfang. In Vertretung des Bürgermeisters begrüsste Vizebürgermeister Emmerling die Kongressteilnehmer, worauf im Namen der Gäste Kommerzialrat Wachtl für die freundliche Aufnahme und den herzlichen Empfang dankte. An den Empfang nahmen unter anderem Vizebürgermeister Hoss sowie die amtsführenden Stadträte Linder und Richter teil.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Bezirksvertretung Neubau. Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau findet am Donnerstag, den 19. September, um 18 Uhr im Sitzungssaale des Amtshauses VII., Hermanngasse 24/26 statt.

217

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur:
Karl H o n a y



Wien, am Dienstag, den 17. September 1929

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Der Kampf der Gemeinde gegen die Arbeitslosigkeit.Das überaus reiche Arbeitsprogramm der Wiener Stadtverwaltung ermöglicht es dieser,die Industrie und das Gewerbe fortlaufend mit bedeutenden Arbeitsaufträgen zu versehen.So haben in der letzten Zeit die Gemeinderatsausschüsse für Wohnungswesen und Technische Angelegenheiten für nicht weniger als elf Millionen Schilling Bestellungen der verschiedensten Art vergeben.An erster Stelle stehen die Arbeitsaufträge an alle mit dem Wohnbau beschäftigten Gewerbe.Die Bestellungen für Erd-,Baumeister-und Eisenbetonarbeiten bei städtischen Neubauten allein machen rund drei Millionen Schilling aus.Der Technische Ausschuss vergab die Erd-,Baumeister-und Eisenbetonarbeiten für die Errichtung der Hauptkampfbahn des Wiener Stadions in der Höhe von rund 2'5 Millionen Schilling. In der nächsten Zeit werden auch umfangreiche Strassenneubauten und Umbauten durchgeführt.Die Arbeitsaufträge hiefür machen über 1'7 Millionen Schilling aus.Grössere Bestellungen wurden ferner für den Ausbau der elektrischen Strassenbeleuchtung und für Kanalneubauten vergeben.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

459 Lebensmittelanzeigen in der zweiten Augusthälfte.Die Marktamtsabteilungen haben in der zweiten Augusthälfte in Ausübung ihrer Kontrolltätigkeit auf den Märkten,in den Markthallen und in Lebensmittelgeschäften 459 Lebensmittelanzeigen erstattet.Davon entfallen auf Milch 284 und auf verschiedene andere Lebensmittel 175 Anzeigen.Die Beanständigungen ergaben,dass Milch bis zu 35 Prozent verwässert wurde.Bei einem Pferdefleischhauer wurden die zur Wurstbereitung vorbereiteten Fleischstücke geprüft und dabei einige bereits verdorbene Fleischstücke vorgefunden.Ein Selcher verkaufte einen geräucherten Schweinskopf,der widerlich fauligen,stinkenden Geruch aufwies.Sofort nach eingelangter Parteienbeschwerde wurden zwei Stücke eines anderen Schweinskopfes zur Untersuchung gebracht,bei denen sich derselbe Anstand ergab.Eine in einer Seefischhalle gekaufte Portion eines gebackenes Seefisches zeigte eine eckelerregende Verunreinigung durch Fliegenmaden.Bei Gebäck wurden eckelerrege de Verunreinigungen durch Einbacken von Insekten und andern Fremdkörpern festgestellt.Im Zuge der von den Marktamtsabteilungen durchgeführten Amtshandlungen wurden 36 Kilogramm Rindfleisch,4 Kilogramm Kalbfleisch,18 Kilogramm Schweinefleisch,2 Kilogramm Pferdefleisch,11 Kilogramm Würste,14 Kilogramm Wildbrett,Geflügel,Fische,Sardinen,Mehl,Gefrorenes und so weiter beschlagnahmt.



-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

326

Wien,am Dienstag,den 17.September 1929 Zweite Ausgabe

.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N L E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: 327
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 18. September 1929

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit werden auf der Landstrasse die Untere Viaduktgasse, Hansalgasse, Ditscheinergasse und Grailichgasse, in Simmering die unbenannte Gasse "An der Ostbahn" von der Uetzgasse längs der Schrebergärten Am Laaerberg, in Hietzing die Gurkgasse, Grassigasse, Beckmanngasse und Fenzlgasse und in Ottakring die Friedrich Kaisergasse und die Eckmüllergasse mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Goldene Hochzeiter. Am Samstag feierten die Ehepaare Viktor und Sofie Nathanson, Franz und Josefa Zadina und Anton und Anna Pospisil das Fest ihrer goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters beglückwünschte amtsführender Stadtrat Linder die Jubelpaare und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ablenkung der Bahnhofrundlinie. In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag wird der Bahnhofrundverkehr wegen Arbeiten auf dem Margaretengürtel in beiden Fahrtrichtungen vom Mariahilfer Gürtel über die Gumpendorferstrasse, Reinprechtsdorferstrasse zum Matzleinsdorfer Platz geführt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Tagung der Marktkommissäre. Der Reichsverband der Marktkommissäre Oesterreichs hielt heuer seine Tagung vom 12. bis 14. September in Linz ab. Auf der Tagung, die überaus zahlreich besucht war, wurden 14 Referate abgeführt. Hofrat Dr. Hausmann sprach über die Vitamine. Einen interessanten Einblick in die emsige Tätigkeit der Marktkommissäre gestattete das Referat des Marktdirektors Kordule (Graz) über Milchproben. Tierarzt Dr. Belloni von der Milchpropagandastelle Wien und der Vorstand der städtischen Lebensmitteluntersuchungsanstalt Budapest Dr. Erney befassten sich mit dem Stande der Milchkontrolle in Deutschland und in Budapest. Der Linzer Marktamtsdirektor Frenzel berichtete über die notwendige Erlassung von Lebensmittelpolizeiverordnungen und über die landesgesetzliche Regelung der Bestellung von Organen der Lebensmittelpolizei. Amtsrat Chernell vom Wiener Marktamt behandelte die Zentralisation der Lebensmittel kontrolle und die Hygiene in Lebensmittelbetrieben. Anlässlich der Tagung veranstaltete die Stadt Linz am letzten Samstag einen Empfang.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Bezirksvertretung Wieden. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Wieden findet am 24. September um 16'30 Uhr statt.

22o -.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y



Wien, am Donnerstag, den 19. September 1929

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Rekordbesuch in den städtischen Sommerbädern.Die Wiener Gemeindeverwaltung wendet bekanntlich der Ausgestaltung des Bäderwesens ihr grösstes Augenmerk zu.So wurden auch heuer einige Sommerbäder,insbesondere das Kongressbad in Ottakring,erheblich vergrössert und viele neue Einrichtungen zur Bequemlichkeit und Unterhaltung der Badegäste geschaffen.Die Bevölkerung macht daher von den städtischen Sommerbädern überaus reichen Gebrauch.Heuer standen 2o Sommerbäder mit 28.436 Umkleidestellen zur Verfügung.Sie wurden am 17. Mai geöffnet und hatten bis 17. September trotz dem nicht besonders bevorzugten Badewetter den Rekordbesuch von 1,617.143 Badegästen.Sieben Sommerbäder hatten über loo.ooo Besucher.So badeten am Gänsehäufel 372.634 und im Kongressbad 295.433 Badegäste.Das Strandbad Alte Donau hatte 173.6o8, das Sommerbad Ottakring 171.544,das Sommerbad Hohe Warte 114.214,das Strandbad Kuchelau 111.697 und das Sommerbad Aspernbrücke 1o5.913 Besucher.Die übrigen Bäder hatten ebenfalls einen starken Zuspruch.Im Angelibad (Mühlschüttel) badeten 63.187 und im Schwimm-,Sonnen-und Luftbad Krapfenwaldl 51.788 Personen.Die Besucherzahl in den städtischen Bädern steigt von Jahr zu Jahr,Während im Jahre 1913 die damaligen städtischen Sommerbäder nur 3o7.442 Besucher hatten,zählten im Jahre 1927 die städtischen Sommerbäder 1,247.823 und im Vorjahr 1,566.43o Badegäste.Gegenüber 1928 wurden die städtischen Sommerbäder heuer von 5o.713,gegenüber 1927 von 369.32o und gegenüber 1913 von nicht weniger als 1,3o9.7o1 Badegästen mehr besucht.Die Gemeinde unterhält auch 2o Kinderfreibäder,die man vor dem Kriege in Wien überhaupt nicht kannte.Sie haben lo.889 Umkleidestellen und wurden heuer von rund 1'3 Millionen Kinder besucht.Die städtischen Sommerbäder bleiben noch bis auf weiteres geöffnet.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Die Teilnehmer der Internationalen Hochschulkurse im Rathaus.Mittwoch abends waren die Teilnehmer der Internationalen Hochschulkurse Gäste des Bürgermeisters im Rathaus.An dem Empfang nahmen unter anderem Unterrichtsminister Dr. Czermak,Rektor Professor Dr. Innitzer,Vizebürgermeister Hoss,die amtsführenden Stadträte Speiser und Professor Dr. Tandler und der Präsident des Stadtschulrates Glöckel teil.Im Namen der Gäste richtete Professor Dr. Wildbrand eine herzliche Ansprache an den Bürgermeister und fand anerkennende Worte für die Aufbauarbeit der Gemeinde.Bürgermeister Seitz begrüsste die Gäste namens der Stadt Wien,die schon immer eine Stätte der Kunst und Wissenschaft waren.Er wünschte den Arbeiten der Internationalen Hochschulkurse vollen Erfolg und sprach die Hoffnung aus,sie mögen zu einer ständigen Einführung werden.An den Empfang schloss sich ein geselliges Beisammensein in den Räumen des Stadtsenates an.



-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H e n n y



Wien, am Freitag, den 2o. September 1929

-.-.-.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: 33o
Karl H o na y

Wien, am Freitag, den 2o. September 1929 Zweite Ausgabe

-.-.-.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag des GR.Zimmerl und Genossen betrifft die Handhabung der Bestimmungen des Nahrungs- und Genussmittelabgabegesetzes. Es heisst in dem Antrag:Sicherem Vernehmen nach versucht der Magistrat in letzterer Zeit, bei jenen Betrieben,die anlässlich einer der Lustbarkeitsabgabe unterliegenden Veranstaltung für die dabei verabfolgten Nahrungs- und Genussmittel den höchsten Satz der Nahrungs- und Genussmittelabgabe von 15 Prozent zu entrichten haben,die Bemessungsgrundlage dadurch zu erhöhen, dass in dieselbe auch das Entgeld für bereits zwei oder eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung verabreichte Nahrungs- und Genussmittel einbezogen wird.Nach dem zweiten Absatz des § 1 des Gesetzes über die Nahrungs- und Genussmittelabgabe unterliegen ohne Rücksicht darauf,ob die im ersten Absatze angegebenen Merkmale vorhanden sind oder nicht,der Abgabepflicht auch "alle Betriebe für jene Nahrungs- oder Genussmittel,die anlässlich der der Lustbarkeitsabgabe unterliegenden Veranstaltungen verabfolgt werden".Es ist klar,dass dieserBestimmung nur die Bedeutung zukommen kann, dass der Abgabepflicht nur die "bei" oder "während" der betreffenden Veranstaltung verabfolgten Nahrungs- und Genussmittel unterworfen sind.Jede andere Deutung würde letzten Endes dazu führen,dass bei einer abendlichen Veranstaltung in einem solchen Betriebe auch die Entgelte für die während der übrigen Zeit verabreichten Nahrungs-und Genussmittel in die Abgabe einzubeziehen wäre, was den Absichten und dem Sinne des Gesetzes zuwiderlaufen würde, Durch diese Praxis soll offenbar der Versuch unternommen werdeh, den Ausfall infolge der versprochenen Steuerermässigungen auf der anderen Seize wieder hereinzubringen; es liegt aber auch die Vermutung nahe,dass man bei einer eventuellen Pauschalierung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe auf diese Weise einen Druck auf die betreffenden Betriebsinhaber ausüben will.Da dieses Vorgehen der Abgabebehörde dem Gesetze widerspricht, die Betriebe dieser Art schon von der unerträglichen gesetzlichen Steuerbelastung allein schwer betroffen sind und zu befürchten steht, dass durch eine derartige willkürliche Handhabung des Gesetzes zahlreiche Betriebe zur Sperrung gezwungen werden und dadurch die Arbeitslosigkeit erhöht wird, wird beantragt, der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe II sei zu beauftragen,diese gesetzwidrige Handhabung der Bestimmungen über die Nahrungs- und Genussmittelabgabe sofort einzustellen.

Ohne Debatte werden angenommen ein Antrag betreffend die Erwerbung eines Hauses V., Nevillegasse um den Betrag von 55.4oo Schilling,die Festsetzung eines Sommerhüttengebietes für die Kleingartenanlage Am Wolfersberg im XIII. Bezirk, die Festsetzung eines Geländes für Industriebauten am Donaukanal im III. Bezirk,die Errichtung eines Kindergartens in der Parkanla

auf dem Rudolfsplatz im I. Bezirk(Kosten Schilling 248.6oo). Es wird in die Tagesordnung eingegangen.

ST.R.Weber referiert über den Antrag, zum Zwecke der rascheren Bekämpfung der Wohnungsnot für die Errichtung von 1o.ooo Wohnungen in der Zeit bis 31. Dezember 1932 die Bundeszuschüsse im Sinne des Wohnbauförderungs-und Mietengesetzes in grösstmöglichstem Umfang in Anspruch zu nehmen.Für 1o Prozent der Baukosten gemäss § 2 Absatz 2 lit.b des Wohnbauförderungs- und Mietengesetzes ist,soweit sie nicht schon mit dem Grundwert bedeckt sind, jeweilig Vorsorge zu treffen,Der Magistrat wird ermächtigt, die in dem erwähnten Bundesgesetz ausserdem vorgesehenen Hypothekardarlehen aufzunehmen. Stadtrat Weber bemerkt hiezu:Die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Mittel aus der Wohnbauförderung sind nach § 1 des Wohnbauförderungs- und Mietengesetze gegeben,da in Wien eine ungeheure Wohnungsnot,vielleicht die grösste Wohnungsnot unter allen Gemeinden Oesterreichs besteht.Beim Wohnungsamt sind nicht weniger als rund 2o.ooo Wohnungswerber vorgemerkt und jedes Jahr wachsen durchschnittlich 15.ooo bis 16.ooo Anmeldungen durch Eheschliessungen zu.Das Recht der Gemeinde die Begünstigung des Wohnbauförderungs- und Siedlungsgesetzes in Anspruch zu nehmen, das wiederholt bestritten wurde ist nach dem Wortlau des Gesetzes nicht anzuzweifeln.Ebenso unbestritten istes, dach dem Wortlaut des Gesetzes, dass den Gemeinden der Bau von Kleinwohnungen zugedacht ist.Im § 2 des Gesetzes wird nämlich gesagt:In Baulichkeiten, die von Ländern oder von Gemeinden oder für Länder oder Gemeinden errichtet werdn dürfen die Wohnungen das Ausmass von Kleinwohnungen nicht überschriten.Die Kleinwohnungen sind in diesem Gesetz mit 6o Quadratmeter Raumfläche begrenzt.Grössere Wohnungen haben wir nie gebaut und wir haben auch nicht die Absicht sie in Zukunft zu bauen, weil wir der Auffassung sind, dass,wer eine grössere Wohnung haben will,sie auf dem freien Wohnungsmarkt suchen muss und dass der Bau von grösseren Wohnungen Sache der privaten Bautätigkeit ist.Wenn wir das aussprechen, so haben wir natürlich auch vor Augen,dass die private Bautätigkeit von der Begünstigung des Gesetzes Gebrauch macht.Strittig ist lediglich die Frage, in welchem Umfange die Gemeinde die Begünstigung des Gesetzes in Anspruch nehmen soll.Entscheidend hiefür sind zwei Umstände: Der Umfang der Wohnungsnot und die Höhe der materiellen Leistungen, die die Wiener Bevölkerung zum Fonds beiträgt. Was den Umfang der Wohnungsnot betrifft, so ist festzustellen, dass die Einwohnerzahl Wiens weitaus mehr, als die Hälfte der Einwohnerzahl aller jener österreichischen Gemeinden beträgt, in denen Wohnungsnot herrscht.Und was die materiellen Leistungen der Wiener Bevölkerung anlangt, so werden die Zinsgroschenbeiträge zu drei Vierteln von der Wiener Bevölkerung aufgebracht.

225

denn im Gebiete Oesterreichs wurden rund 6oo Millionen Goldkronen Zins eingehoben, wovon auf Wien etwa 4oo Millionen entfallen. Diese zwei Tatsachen berechtigen die Gemeinde gewiss einen nenneswerten Anspruch an den Fonds zu stellen. Selbstverständlich ist sich aber die Gemeinde ihrer moralischen Verpflichtung gegenüber den anderen Bundesländern bewusst und erhebt nicht Anspruch auf drei Viertel aller Eingänge aus den Zinsgroschen. Wir stellen uns die Sache so vor, dass von den 3o.ooo Wohnungen, die nach dem Wohnbauförderungsgesetz in ganz Oesterreich erbaut werden sollen, etwa 5o Prozent auf Wien entfallen. Wenn die Gemeinde Wien nun 1o.ooo Kleinwohnungen erbaut würden etwa 5ooo Wohnungen der genossenschaftlichen und privaten Bautätigkeit zufallen. Wir wünschen und hoffen, dass von dieser Möglichkeit recht ausgiebig Gebrauch gemacht wird. Dass die Gemeinde von dem ihr zustehenden Recht in möglichst grossem Umfang Gebrauch macht, liegt im Interesse der gesamten Bewohnerschaft und insbesondere der Wohnungslosen, da die Gemeinde die von ihr erstellten Wohnungen zu einem viel niedrigerem Mietzins abgeben kann, als die private oder genossenschaftliche Bautätigkeit. Wenn man annimmt, dass eine Wohnung von 6o Quadratmeter Grösse erbaut wird und ihr den Friedenszins von 75o Kronen zugrunde legt, so ergibt sich, dass der Mieter im Jahr für eine von der Genossenschaft erbaute Wohnung rund 682 Schilling aufzubringen hat, wenn ein Eigenheim erbaut wird, 875 Schilling und wenn die Gemeinde baut, wobei zu berücksichtigen ist, dass die öffentlichen rechtlichen Körperschaften statt ein Prozent drei Prozent im Jahre zurückzuzahlen haben, 787 Schilling. Da wir aber die nach dem Wohnbauförderungsgesetz erbauten Wohnungen voraussichtlich zu keinem höheren Zins als in den übrigen Neubauten vermieten werden, so wird die Gemeinde auch von diesen Wohnungen nicht 787 sondern wahrscheinlich nur 168 Schilling einheben. Das ist eine so ungeheure Differenz gegenüber dem Mietzins von Wohnungen die auf andere Weise erbaut werden, dass man wohl sagen muss, dass die Erbauung durch die Gemeinde im Interesse der Wohnungslosen gelegen ist. Die Gemeinde Wien wird aber auch die Bautätigkeit im Allgemeinen und die private Tätigkeit in diesem Falle besonders fördern. Es ist beabsichtigt zur Förderung der privaten und genossenschaftlichen Bautätigkeit alle zur Verfügung stehenden Baugründe im Baurecht zu vergeben. Es sind das insgesamt rund 22o.ooo Quadratmeter, die sich auf die Bezirks III., XI., XII. XIII. XVI. XVII., XVIII., XIX., und XXI verteilen. Auf diesen Geländen können rund looo Wohnungen errichtet werden. Wenn es möglich ist noch mehr Gründe zu erwerben, wird diese Aktion selbstverständlich erweitert werden. Die Gemeinde Wien wird weiter die private und genossenschaftliche Bautätigkeit dadurch namhaft fördern, dass sie die sogenannten Anliegerbeiträge zur Gänze aus eigenen tragen wird, sofern

die Begünstigung des Wohnbauförderungsgesetzes in Anspruch genommen wird.

[illegible] wird auch dafür gesorgt werden, dass [illegible] der Wohnbauförderungsgesetzes tatsächlich beansprucht wird. Es liegt hier also gewiss eine grosszügige Förderung der privaten Bautötigkeit vor. Die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit zwingt uns von der Begünstigung des Wohnbauförderungsgesetzes nicht nur in möglichst grossem Umfange sondern möglichst rasch Gebrauch zu machen. Wir sind dazu auch in der Lage, weil wir aus dem Vorrat der Projekte für das Wohnbauprogramm eine so grosse Anzahl heraus die Geschäftsstelle, nehmen können, dass, wenn das Kuratorium und die beteiligten Bundesminister zustimmen, binnen wenigen Wochen mit dem Bau von Wohnungen begonnen werden kann und schon im nächsten Jahr Wohnungen die auf Grund der Wohnbauförderung gebaut werden an Wohnungslose vergeben werden können (Lebhafter Beifall und Handeklatschen bei der Mehrheit).

GR. Zimmerl (E.L.): Durch diesen Antrag will die Mehrheit den Anschein erwecken, dass sie ausser den 5ooo Wohnungen auf Grund des Wohnbauprogrammes der Gemeinde in den nächsten drei Jahren noch weitere 1o.ooo Wohnungen bauen wird. Das ist wieder ein Bluff, ein Wahlschlager, ein Versprechen, dass Sie wie viele andere nicht einhalten können und nicht einhalten werden. Ihre Terrorakte, ihre ausgesprochene Parteiverwaltung, die unausgesetzte Schändung der Demokratie und Ihre Finanzpolitik haben bereits einen Volkssturm entfacht. Es steht wohl nicht der Wahltag, aber der Zahltag vor der Tür (Beifall bei der Minderheit). Es geht Ihnen so, wie jenem Schuldner wenn es zum Zahlen kommt, will er davon nichts wissen.

In formaler Beziehung ist im Gemeinderat eine Abstimmung über diesen Antrag unmöglich. Der Gemeinderat kann nihht über eine unbestimmte Ausgabe mit einer unbestimmten Bedeckung Beschluss fassen. Sie können dem Gemeinderat jedes einzelne Bauprojekt vorlegen, doch müssen die genauen Kosten vermerkt sein. Wie salopp Sie die Geschäfte führen geht daraus hervor, dass Sie nur für 4o Prozent des Bauaufwandes vorgesorgt haben und auf die übrigen 6o Prozent vergessen haben. Erst heute wurde diesbezüglich ein Nachtrag aufgelegt. Der Referent hat auch gesagt, dass in dem aus den staatlichen Mitteln von der Gemeinde erbauten Häusern, eine niedrigere Miete eingehoben werden wird. Er hat aber nicht gesagt, woher die hiefür notwendigen Mitteln genommen werden. Aber Ihnen ist esbei der Sache nur darum zu tun, wieder von neuen 1o.ooo Wohnungen reden zu können.

Das Gesetz gibt den Gemeinden die Möglichkeit den staatlichen Wohnbauförderungsfonds in Anspruch zu nehmen. Wenn die Gemeinde Wien von diesem Recht Gebrauch macht, werden wir keinen Einspruch erheben. Wir müssen aber doch feststellen, dass die staatliche Wohnbauförderung ursprünglich

nur für die Paivaten geplant war,weil nur die private Bautatigkeit wirksam die Wohnungsnot bekämpfen kann.Die öffentlichen Faktoren können die Wohnungsnot nicht beheben.Aber die Sozialemokraten haben im anderen Haus erpresst, dass auch die Gemeinden Mitteln aus den staatlichen Fonds bekommen.Aber es gibt neben dem Recht auch eine Pflicht.Wir richten an die beiden Ministerien, die mit der staatlichen Wohnbauförderung befasst sind,den Appell die Geschäfte so zu führen,dass zuerst die Bedürfnisse der privaten Bauwerber gedeckt werden und dann erst die Gemeinden,etwas bekommen.

Die Gemeindeverwaltungverstosst bei der Durchführung der Wohnhausbauten gegen den wirtschaftlichen Grundsatz,dass dem Unternehmer auch eine Verdienstmöglichkeit gegeben wird.Sie lässt nicht die befugten und reellen Firmen zu,sondern unbefugte Unternehmer.Sie kauft die Baumaterialien ein,verhindert,dass Unternehmer daran verdienen und doch muss man konstatieren, dass die Materialien nicht billiger aber dafür schlechter sind.(Zustimmung bei der Minderheit).

Niemals hat die Gemeinde die private Wohnbautätigkeit gefördert;sie hat sie geradezu erwürgt.Nach der neuen Bauordnung wird das Bauen überhaupt nur möglich sein,wenn es der Magistrat erlaubt.Unter solchen Umständen davon zu reden,dass die Gemeinde die private Bautätigkeit gefördert hat,dass kann man nur von Ihnen erleben.Sie haben auch das ganze Baugelände angekauft.Wir haben immer vor diesen ziel-und planlosen Ankäufen gewarnt. Nun haben Sie damit das Gegenteil dessen erreicht,was Sie immer behauptet haben.Sie sind die Wegbereiter der Grundspekulation geworden,weil Sie die Ware weggenommen haben und dadurch das Wenige,dass übrigblieb zu Spekulationspreisen verkauft wird.Auch das Baurecht kann für Wohnhausbauten nicht in Betracht kommen.(Zustimmung bei der Minderheit).

Schon vor Jahren habe ich erklärt,dass Sie nicht soviel Wohnungen bauen,als im Voranschlag festgesetzt wird.Geben Sie doch dem Gemeinderat einen Bericht darüber,mit wieviel Wohnungen Sie im Rückstand sind!Sie haben nicht einmal Ihr bisheriges Wohnbauppogramm durchgeführt und nun kommt man mit dem Antrag weitere 3300 Wohnungen im Jahr noch dazu zu bauen.Das kann niemand ernst nehmen.

Es ist eine Tatsache,dass Wohnungen nur an Sozialdemokraten vergeben werden.Die Bezirksvorsteher von Meidling und Döbling sagen den Leuten,dass sie nur eine Wohnung erhalten,wenn sie sozialdemokratisch organisiert sind.Auch in der Arbeiter-Zeitung konnte man in dem Bericht über die Eröffnung der Erdberger Wohnbauten lesen,dass es kein Fenster gab,das nicht rot dekoriert gewesen wäre.Wenn Sie aber glauben,dass auch in die mit staatlicher Hilfe errichteten Wohnbauten nur Sozialdemokraten hineinkommen,dann

werden Sie sich täuschen.Namens der Minderheit muss ich auch dagegen protestieren,dass diese Wohnbaueröffnungen als Parteiveranstaltungen bezeichnet werden,an denen der Bürgermeister in dieser Eigenschaft offiziell teilnimmt. Wir verlangen,dass die Wohnungszuweisungen durch eine paritätische Kommission erfolgen.

GR.Jenschik (soz.dem.):Aber Ihre Leute wollen doch in die "Wanzenburgen" gar nicht einziehen!(Heiterkeit bei der Mehrheit).

GR.Zimmerl:Es wirft sich auch die Frage auf, was diese Wohnungen kosten.Der Bürgermeister hat am Sonntag erklärt, dass eine Wohnung 18.ooo Schilling kostet.Wir haben aber früher einmal etwas von 9ooo Schilling gehört. Für ein paar Löcher,in denen nicht einmal die Möbel Platz haben,18.ooo Schilling auszugeben,muss jeden vernünftigen Menschen nachdenklich machen.Solange Sie uns die Kontrolle über die Kosten der städtischen Wohnhausbauten verweigern,solange müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen,dass es hier nicht mit rechten Dingen zugeht(Beifall bei der Minderheit).

Da wir diesen Antrag als nicht diskutierfähig betrachten,werden wir uns an der Abstimmung nicht beteiligen.Ich kann nur der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck geben,dass bis zur Errichtung der Wohnhausbauten mit staatlichen Zuschüssen,in diesem Saale schon eine andere Mehrheit sitzen wird(Lebhafter Beifall).

GR.Ullreich (E.L .) führt aus,dass die Gemeinde bisher die private Bautätigkeit erschwert und behindert hat.Nun soll sie auf einmal gefördert werden.Die Abgabe von Gründen im Baurecht ist aber keine Förderung.Den Siedlern werden die Gründe auf 3o Jahre gegeben.Die privaten Baulustigen jedoch halten Sie mit einem solchen Baurecht zum Besten.Als Höchst dauer des Baurechtes müssten 8o Jahre angenommen werden.Wenn Sie auch auf die Anliegerbeiträge verzichten,so gibt es noch sehr viele andere Lasten,die die private Bautätigkeit erschweren .Die Gaszuleitung muss gezahlt werden,die Lichtzuleitung,die Wasserzuleitung,die Herstellung von Strassen,ihre Instandhaltung und Beleuchtung.Das sind versteckte Anliegerbeiträge,die das Bauen ganz besonders verteuern.Sie verteuern dadurch aber auch die Ausschliessung von Bauland. Wenn Sie die private Bautätigkeit fördern wollen,müssen Sie insbesondere die Errichtung von Eigenheimen auf genossenschaftlicher Basis erleichtern.Dabei ist es notwendig,das bezüglich der Wertzuwachsabgabe Ausnahmebestimmungen geschaffen werden.Die Gemeinde hat die moralische Verpflichtung,die private Bautätigkeit durch alle jene Massnahmen zu fördern,die geeignet sind,die private und vor allem die genossenschaftliche Bautätigkeit ausreichend zu unter

stützen.(Beifall bei der E.L.)

GR.Pfeiffer (E.L.)erklärt,dass er sich in seiner Auffassung,der Gemeinderat sei das Spiegelbild des politischen und wirtschaftlichen Lebens, geirrt habe,denn sonst könnte die Mehrheit des Hauses unmöglich jenen Weg weitergehen,den sie bisher gegangen ist.Die Wohnbautätigkeit der sozialdemo.kratischen Partei(Ich sage mit Absicht nicht Gemeindeverwaltung) ist eine ausgesprochene Parteisache geworden,das ist Ihnen schon wiederholt nachgewiesen worden.Als Beweis diene auch, dass zum Beispiel im Lindenhof in Währing dort untergebrachte Jugendheime und Erziehungsräume zu parteipolitischen Zwecken missbraucht werden.Wenn man die Reden des Bürgermeisters Seitz anlässlich der Eröffnung von Wohnhausanlagen lie st,so glaubt man,dass die städtische Wohnbautätigkeit ausschliesslich Parteisache ist.Der Herr Bürgermeister beliebt auch dabei zu vergessen,dass er Bürgermeister von Wien ist und dass die Wohnbauten aus den Steuergeldern errichtetbwerden,die zum Grossteil von denen aufgebracht werden müssen,gegen die sich die Agitation der Sozialdemokraten richten. St.R.Weber hat das Geständnis abgelegt,dass die städtische Wohnbautätigkeit ein vollständiges Fiasko erlitten hat;er hat uns mitgeteilt,dass es in Wien 2o,ooo Wohnungssuchende gibt und dass jedes Jahr 15,ooo Wohnungssuchende zuwachsen,Das ist der Beweis dafür,dass die städtische Wohnbautätigkeit den Bedürfnissen in keiner Weise gerecht wird,der Beweis,dass Sie einen vollständig falschen Weg gegagengen sind.Das Wohnbauförderungsgesetz war die Hoffnung vieler arbeitender Menschen,durch den vorliegenden Antrag jedoch wird das Gesetz für Wien geradezu sabotiert,wird die Eigenheimbewegung vollständig erdrückt. Die städtische Wohnbautätigkeit ist auch eine völlig unrentable.Nach dem Vorschlag kostet der Heiligenstädterbau 29'2 Millionen.Da dort 12oo Wohnungen sind,stelltsich jede Wohnung nach dem Voranschlag auf 24.3oo Schilling.Demgegenüber baut die Gesiba die ohnungen um 14.8oo Schilling bis 16.9oo Schilling Wir wären auch sehr neugierig,wie hoch der Mietzins in den mit Bundeshilfe gebauten Häusern sein wird.Wenn er nicht höher als in den Privathäusern ist, wer zahlt dann die Differenz? Die Steuerzahler werden für die Verzinsung des Kapitals und für die Erhaltung der Bauten aufkommen müssen.Es ist nicht Aufgabe der Gemeinde,mit Bundeshilfe zu bauen,da das Gesetz für Private gedacht gewesen ist.Aufgabe der Gemeinde ist es,die Baugründe zu erschliessen,für Strassen,Kanäle,Gas,elektrisches Licht und so weiter zu sorgen und alle jene Verpflichtungen zu erfüllen,die in den Wirkungskreis der Gemeinde fallen,Die Abstimmungsmaschine wird auch heute tadellos funktionieren.Das schreckt uns nicht,da wir genau wissen,dass es in diesem Saal nicht ewig so bleiben wird, dass die sozialdemokratische Diktatur ihrem Ende entgegengeht.(Beifall).

23o

GR.Millik (E.L.) ersucht zunächst,die vom Gemeinderat schon bewilligten Bauten zu vergeben,damit im Herbst keine Arbeitslosigkeit eintritt.Dann beschäftigt sich der Redner mit dem Bericht der Arbeiterzeitung über die Eröffnung der Wohnhausanlagen in der Hagenmüllergasse.Er erklärt,dass nach diesem Bericht die Festgäste bei der Eröffnung bewusst irre geführt worden sind.Sie hätten ihnen sagen müssen,dass das Haus dem Einsturz nahe war,dass Tag und Nacht gearbeitet wurde,um das Haus vor dem Einsturz zu bewahren.In der damaligen Kommission haben GR.Biber und ich die Unterfangungsarbeiten als nicht ausreichend gefunden.Die Sachverständigen haben unserem Bedenken recht gegeben.In Heiligenstadt ist dasselbe passiert.Wir haben in der Kommission nach Recht und Gewissen gehandelt und ich verwahre mich auf das Entschiedenste dagegen,dass uns jetzt in der Oeffentlichkeit Spott und Hohn treffen.(Beifall bei der E.L.)

GR.Daffinger (E.L.)erklärt,die Vergebung von 22o.ooo Quadratmeter Grund im Erbbaurecht ist keine Förderung der privaten Wohnbautätigkeit.Er beschäftigt sich sodann mit der Art der Wohnungsvergebung;Wohnungen erhalten nur Sozialdemokraten.Ein Beweis dafür ist,dass bei der letzten Wohnhäusereröffnung der Bürgermeister festgestellt hat,dass jedes Fenster rot dekoriert ist.Es müssen daher in dieser Anlage die Wohnungen nur Sozialdemokraten zugewiesen worden sein.Wenn Stadtrat Weber diese Art der Wohnungsvergebung bestreitet, so bestreitet er dies gegen besseres Wissen.In allen Schichten der Bevölkerung tobt schon ein Sturm der Entrüstung gegen diese Art der Wohnungsvergebung,er wird ins ungemessene wachsen und Sie endgiltig hinwegfegen.(Beifall).

GR.Elend(E.L.)führt aus,dass der Antrag zu begrüssen wäre,wenn die Gemeinde eine wirklich volkswirtschaftliche Tat begehen würde.Die Gemeinde will aber nichts anderes als um lo.ooo Wohnungen mehr zu bauen,die dann ausschliesslich ihr zur Verfügung stehen,um für sich parteipolitische Vorteile herauszuschlagen.Die heutige Gemeindeverwaltung pocht auf Reichtum und Macht, da sie weit über die Bedürfnisse Steuern einhebt und den Unternehmern das Betriebskapital entzieht.Wien hat unter Lueger einen gewaltigen Aufstieg genommen.Damals wurde auch gebaut,doch wurden die Lasten auf Jahre hinaus verteilt. Heute beginnen auch die sozialdemokratischen Gewerbetreibenden und Kaufleute zu erkennen welche schwere Schäden die Gemeindeverwaltung den Selbstständigen zu
zufügt.Und wir glauben es wird die Zeit noch kommen, wo wir darüber reden werden ob die Gemeinde wirklichdie Auffgabe hat, die Bevölkerung derart auszuplündern, dass sie ihr nur Handlangerdienste leistet.Wenn Bauhilfe von Seite des Staates in Anspruch genommen wird, so müssten die Arbeiten den betreffend Handwerkern in eigener Regie übergeben werden.Die Handwerker sind ja bei der Gemeinde zu blossen Stundenlohnarbeitern geworden.Der Redner protestiert

dagegen, dass während eine ganze Anzahl von nach Wien Eingewanderten Leuten Wohnungen bekommen es Wienern nicht möglich ist, in einem Gemeindebau unterzukommen. Mir ist zum Beispiel ein Fall bekannt, dass in einer Wohnung mit Zimmer und Küche vier Ehepaare wohnen müssen(Hört! Hört bei der E.L.) und die Leute können keine Gemeindewohnung bekommen.Von denen,die eine Wohnung haben wollen, verlangen Sie, dass sie sich sozialdemokratisch organisieren.Die Gemeinde muss sich ebenso wie der Bund entschliessen, Zuschüsse zur Förderung der privaten Wohnbautätigkeit zu leisten und überhaupt auf die Interessen der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen.Heute,wo Sie nur darauf sehen, dass die Oberbonzen ein gesichertes Leben haben, während die anderen zugrunde gehen, ist es kein Wunder,dass eingrosser Unwille nicht nur unter den Selbstständigen, sondern auch unter den Arbeitern Platz greift, weil alle Schichten der Bevölkerung erkennen, dass Ihnen das Interesse der Gesamtbevölkerung Wurst ist(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR.Rummelhardt (E.L.)bemerkt, die Sozialdemokraten gehaben sich immer so,als ob sie die öffentliche Wohnbautätigkeit erfunden hätten. In Wirklichkeit hat die christlichsoziale Gemeinderatsmehrheit schon im Jahre 1918, zu einer Zeit, wo die Wohnungsnot noch nicht so gross war, aber ihr Anwachsen vorausgesehen werden konnte, Massnahmen zur Behebung der Wohnungsnot beschlossen. Damals wurde der Bau von 2ooo Siedlerwohnungen und 24.ooo anderen Wohnungen vorgesehen, aber das damalige Wohnbauprogramm unterscheidet sich sehr wesentlich von Ihrem Wohnbauprogramm.Dieses Programm war so , dass die Gemeinde erklärt hat, sich an einer Baugeschäftsstell zu beteiligen, dass sie einen Teitl der Baukosten,die Verzinsung für Baukredite übernehmen und eine Kreditstelle gründen wollte,die die Aufgabe hatte, langfristige möglichst niedrig verzinsliche Hypothekardarlehen zu gewähren. Bei einer solchen Art der Bedeckung kann die Wohnungsnot wirksam bekämpft werden,ohne dass die Bevölkerung so hart getroffen wird, wie durch Ihr Vorgehen.Es hat sich nun herausgestellt, dass Sie mit Gemeindemitteln Ihr Wohnbauprogramm nicht durchführen können und nun greifen Sie mit gieriger Hast in einer bolschewikischen Art auf die Bundeszuschüsse. Von den 45o.Millionen die zur Verfügung stehen, wolle. Sie allein 18o Millionen in Anspruch nehmen.Als Wiener könnte man das ja begrüssen,wenn man bei Ihnen Unparteilichkeit voraussetzen könnte..Aber bei Ihrer vparteiischen Wohnungs- und Wohnbaupolitik muss man sich dagegen wenden, dass auch noch Bundeszuschüsse für Parteizwecke in Anspruch genommen werden. Man sehe sich zum Beispiel die Verhältnisse in Deutschland zum Vergleich an. Dort ist die Bauhilfe im ersten Halbjahr 1929 nur zu 7'2 Prozent den öffentlichen Körperschaften, zu 48'7 Prozent den genossenschaftlichen Siedlungsbauten und zu 44'1 Prozent den privaten Bauführungen zugute gekommen. Ein Berli-

Sozialdemokrat würde es gar nicht verstehen, dass aus Staatsmitteln solche Beträge für parteipolitische Zwecke einer Gemeinde in Anspruch genommen werden. Ihre Landeshypothekenanstalt wird eine sehr merkwürdige Rolle spielen.Der Apparat führt vom Rathaus weg über die Landeshypothekenanstalt zur Geschäftsstelle. Die Arbeiterzeitung hat geschrieben,dass die Geschäftsführung der provisorischen Geschäftsstelle ein Skandal ist.Die Arbeiterzeitung sollte mit dem Wort "Skandal" nicht herumwerfen, da es gehug Skandalein der Wiener Gemeindeverwaltung gibt.Auch wir würden es allerdings für notwendig halten, dass nach 3 Monaten dem Provisorium der Geschöftsstelle ein Ende gemacht wird und dass eine definitive Geschäftsstelle geschaffen wird, die eine rege Propaganda für die Inanspruchnahme der Bundesbauhilfe entfalten müsste, da ein Grossteil der Bevölkerung gar nicht weiss, um was es sich handelt.Wenn die Wohnbauförderung nicht früher durchgeführt werden konnte, so waren Sie Schuld daran, da Sie durch Ihre Obstruktion gegen das Mietengesetz eine private Bautätigkeit unmöglich gemacht haben.Das Verhalten der Gemeinde Wien in den Wohnbaufragen ist für die Wiener höchst gefährlich. Denn bis jetzt hat die Gemeinde die im § 4 des Wohnbauförderungsgesetzes vorgeschriebenen Pflicht,dass sie die private Wohnbautätigkeit tatkräftigst fördern müsse nicht erfüllt.Wenn Sie heute erklären, dass Sie so und soviele Quadratmeter Grund im Erbbaurecht vergeben, so wird Ihnen niemand eine Wohnbauförderung glauben.Sie könnten die private Bautätigkeit nur dadurch fördern, dass Sie die Gründe, die Sie zur Verfügung haben, mindestens zu demselben Preis, zu dem Sie sie erworben haben, im freien Verkauf ins Eigentum übergeben.GR,Rummalhardt kommt sodann auf die Eröffnung von Wohnhausbauten zu sprechen und bemerkt,bei einer solchen Eröffnung habe sich ein komischer Zwischenfall ergeben.Während alle Fenster des betreffenden Hauses rot geschmückt waren, war in dem einen Fenster ein blaær Esel zu sehen. Die Partei dieser Wohnung war nämlich nicht zu hause und die Kinder haben den blauen Esel,ins Fenster gestellt.Darüber hat unter den Anwesenden der Rathausgewaltigen grosse Entrüstung geherrscht und der Partei wurde mit Kündigung gedroht. Man wird in den nächsten Tagen von dem Vorfall in den Zeitungen lesen. GR.Rummelhardt appelliert zum Schlusse an die Mehrheit,die im Wohnbauförderungsgesetz vorgesehenen Bedingungen redlich zu erfüllen. Sie müssen sich überhaupt bemühen der Gemeindeverwaltung den Stempel der Redlichkeit aufzudrücken, die ihr verloren gegangen ist.Ein Redner der Mehrheit hat in einem Zwischenruf Neuwahlen verlangt. Auch wir sind für Wahlen aber Behörden die die Währinger Wahl gemacht haben, die werden in Wien keine Wahl mehr machen,(Lebhafter Beifall bei der E .L.)Es ist ganz gleichgültig ob in der Währingersache eine gerichtliche Verurteilung erfolgt oder nicht , die Verurteilung des Magistrates der Stadt Wien kann nur dadurch korrigiert werden, dass dieser Magistrat

und die Machthaber dieser Stadt verschwinden(Lebhafter Beifall bei der E.L.-lebhafte Rufe bei der Mehrheit:Pawelka!.GR.Hedorfer dem Pawelka macht es niemand nach.-Lebhafte Zwischenrufe-GR.Gschladt:Der Pa welka ist nie mit dem Gericht in Konflikt gekommen!GR.Preyer :Wenn es keinen Wahlschwindel gibt, sind Sie nicht mehr herinnen!-andauernde Zwischenruf)-

ST.R.Weber bemerkt gegenüber der Bemerkung des GR.Zimmerl, dass der vorliegende Antrag in dieser Form nicht zulässig sei, Im gegenwärtigen Moment gebe es keine andere Möglichkeit die Bundeszuschüsse in Anspruch zu nehmen.Wenn einmal die Zusage vorliegt, dass die Projekte ausgeführt werden können,werden alle Instanzen des Gemeinderates sich mit allen Einzelheiten der Projekte zu beschäftigen haben.Was die Baukosten betrifft, so lässt sich im Voraus eine feste Zahl für die Baukosten nicht nennen,jedes Projekt wird einzeln eingereicht werden und die Höhe der Kosten wird davon abhängen, wo das betreffenden Haus erbaut wird. Ebenso ist es heute unmöglich, die Mitzinse in dem unter Zuhilfenahme der Wohnbauförderung erbauten Wohnungen genau zu bestimmen.Wir können nur in Aussicht stellen,dass für diese Wohnungen kein höheren Mietzins berechnet werden soll, als in den übrigen Gemeindeneubauten.Natürlich müssen dann Zuschüsse aus Steuermitteln gegeben werden.Das haben Sie ja immer gefordert. Und jetzt wo wir es machen wollen, ist es Ihnen nicht recht.(Lebhafter Widerspruch bei den E.L.-Rufe: Das hat niemand gesagt!)Dem Gemeinderat Pfeiffer,der merkwürdigerweise das Argument gebraucht hat,die tausende von der Gemeinde erbauten Häuser beweisen die Unzulänglichkeit des Gemeindewohnbauprogrammes kann ich nur mit der Frage erwidern, wie würde es in Wien ausschauen, wenn wir die 35.ooo Wohnungen nicht gebaut hätten(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Unsere Bodenpolitik werden wir fortsetzen,auch wenn Sie das Bolschewismus nennen.Diese Politik hat wirklich der Bodenspekulation den Boden entzogen.Auf die Ausschmückung der städtischen Wohnhäuser bei den Eröffnungsfeierlichkeiten nehmen wir keinen Einfluss,es darf aber nicht vergessen werden, dass in Wien 42o.ooo über 2o Jahre alte Menschen der sozialdemokratischen Partei angehören.Die Mieter von Wien werden verstehen,dass wir die staatliche Wohnbauhilfe beanspruchen,weil sie von den 6 Millionen Einnahmen aus der Zinsgroschensteuer 4'4 Millionen zahlen müssen.(Beifall).

Die Vorlage wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

GR.Hellmann(soz,dem)beantragt die Errichtung einer Benzinzapfstelle am Gaudenzdorfergürtel nächst der Dunklergasse.

GR.Müller (E L.)wünscht die Rückverweisung,weil diese Zapfstelle ich neben dem Kinderfreibad ist und der Benzingestank der Gesundheit der K abträglich ist.Es gibt dort sehr viele Möglichkeiten einer anderen A

lungsplatz für diese Benzinzapfstelle.Man soll sich entschliessen sie zu verlegen.Dies wäre im Interesse der Gesundheit der Kinder gelegen.(Zustimmung)

GRtin. Wielsch )E.L.)stellt fest,dass Stadtrat Tandler bis jetzt keinen Auftrag gegeben hat,dass man Benzinzapfstellen nicht an solchen Stellen errichten soll,obwohl das notwendig wäre.Diese Stellen tragen übrigens keineswegs zur Verschönerung des Stadtbildes bei;sie sind aber Erfordernisse des immer stärken werdenden Grosstadtverkehrs.

GR.Hellmann entgegnet, dass diese Benzinzapfstelle so aufgestellt ist , dass die Kinder absolut nicht gefährdet werden.(Der Antrag wird angenommen.

GR.Hofbauer berichtet über die Errichtung einer Gartenanlage auf einer/Fläche angeschütteten im Donaukanal nächst der Wienflussmündung.Es wird dadurch ein hübsches Stadtbild geschaffen und zugleich der Bevölkerung eine neue Erholungsstätte gegeben. Die Kosten betragen 125.ooo Schilling.

GR.Körber (E .L.) befürchtet,dass die Anlage viel zu weit in den Donaukanal hineingebaut wird,wodurch der Wasserabfluss stark behindert werde. Der Wienfluss schickt oft grosse Wassermassen in den Donaukanal,wodurch auch die Anlage gefährdet erscheine.Mit dem beantragten Betrag hätte man diese Stelle ausbaggern können,was viel zweckmässiger wäre.Ob eine Gartenanlage dort überhaupt einen Zweck hat,ist gar nicht sicher.(Beifall).

GR.Daffinger (E.L.)bezeichnet die Vorlage als verfassungswidrig, weil diese Gartenanlage schon zur Hälfte fertig ist und erst heute den Gemeinderat beschäftigt.So sehr es begrüsst werden muss,dass neue Gartenanlagen geschaffen werden,so sehr muss bemängelt werden,dass die Instandhaltung viel zu wünschen übrig lässt.Einzelne neue Gartenanlagen haben nicht einmal eine Beleuchtung.Es gibt zu wenig Gartenpersonal,man kann ruhig behaupten,dass die neuen Anlagen alle verschlampft sind.

GR.Hörmayer (E.L.) erklärt,dass nach Zeitungsmeldungen seinerzeit die Errichtung einesgrossen Aquariums an dieser Stelle geplan war,während jetzt plötzlich eine Gartenanlage daraus werden soll.Man müsse auch endlich daran gehen,die Kaimauern instandzusetzen,die insbesondere bei der Aspernbrücke sehr schadhaft sind.Man soll auch längs der Kaimauern Bänke aufstellen.

GR.Hofbauer erklärt, dass alle Befürchtungen unbegründet sind und dort eine sehr hübsche Anlage entstehen wird.Der Gemeinderat soll nur den Zuschusskredit von 15.ooo Schilling beschliessen.(Die Mitglieder der Minderheit rufen,dass davon in der Vorlage nichts enthalten sei.Sie verlangen die Absetzung von der Tagesordnung.Der Referent stellt richtig,dass er sich geirrt habe und dieser Zuschusskredit vom Ausschuss zu beschliessen war.Unter Protestrufen der Minderheit wird hierauf der Referentenantrag angenommen).

GR. Stubianek berichtet über die Erichtung einer städtischen Volks- und Hauptschule in der Siedlung Am Freihof in Kagran.Die Siedlung beherbergt looo Siedler,wodurch der Bau der Schule notwendig geworden ist.Der Gemeinderat hat für die Schulerrichtung die Baubewilligung zu erteilen und zu genehmigen, dass die Vorgartenflächender Schule in den Gehsteig einbezogen werden,

GR.Rummelhardt (E.L.) führt aus,dass es in den zehn Jahren der sozialdemokratischen Verwaltung das erstemal ist dass über einen Schulbau verhandelt wird.Er kommt dann auf die Auflassung von Schulen zu sprechen,wobei er erklärt,dass der Ausschuss für allgemeine Verwaltung am 14. August die Auflassung von 4 Bürgerschulen und 8 Volksschulen beschlossen hat.Die Bevölkerung hat ein Recht darauf,zu wissen,warum solche Verfügungen getroffen werden.Aber Wien ist das einzige Land und die einzige Gemeinde,wo in der Verwaltung der Schulreferent fehlt.Der Gemeinderat beschliesst daher ins Blaue.Die Schulauflassung hat einen grossen Wirrwarr hervorgerufen.Die Kinder wurden mit den Lehrern herdenweise von Schule zu Schule geführt und überall wurde angefragt, ob für sie nicht Platz sei.Das ist ein unerhörter Skandal.Hier spricht der Finanzreferent das grosse Wort und von ihm hängt es ab,ob unsere Kinder mit Erfolg erzogen werden oder nicht.Breitner hat das grosse Werk der Schulreform durch seine fiskalischen Massnahmen umgeworfen.Sie haben allerwelt ihre Ansicht verkündet,dass nicht mehr als 2o Kinder in einer Klasse sein sollen.Da tritt Breitner,der Kinderfreund,auf und sagt,2o Kinder sind viel zu wenig,es müssen 36 in der Klasse sitzen.Diese Kinderanzahl ist bei der Methode des Unterrichtes, die Sie eingeführt haben,eine Unmöglichkeit für die Leistung der Lehrer und für die Erfolge des Unterrichtes.Sie begehen damit ein Verbrechen an unseren Kindern.Da uns unsere Kinder heilig sind,müssen Sie diese Verfügungen sofort aufheben.Es müssen sofort die Rückschulungen durchgeführt werden, die Kinder müssen bei ihren Lehrern bleiben.Der schulfeindliche Akt Breitners muss aus der Welt geschafft werden.(Beifall bei der E.L.)

GRtin Schlösinger (E.L.) führt aus,dass sich die Schulverhältnisse in Kagran schon zu einem Schulskandal auswachsen.Die Kagraner Schule hatte in den letzten Jahren in 14 Klassen Wechselunterricht,der nur in der Kriegszeit gehandhabt wurde.In den letzten Jahren hat es in der Kagraner Schule Klassen mit 5o Schüler gegeben. (Hört!Hörtrufe bei der E.L.)Auch mussten die Kinder eine halbe Stunde zur Schule gehen oder fahren.Von 1924 bis 1927 haben Sie nicht weniger als 214 Klassen aufgelassen.Ebenso wurden 8 Schulleitungen aufgelassen.In Niederösterreich hingegen wird wegen des Rückganges an Schulkinder keine Klasse aufgelassen.Im Floridsdorfer Bezirk finden wir Schulen mit 18,mit 16,ja sogar mit 7 Kindern.So begegnet man dort der Abnahme der Schü-

lerzahl.Das Verhältnis der Erfolge der Wiener Schüler und der Landschüler hat sich ganz gewaltig geändert.Früher haben die Wiener Kinder auf dem Lande brilliert,heute haben wir das Gegenteil,heute versagen die Wiener Kinder in den Landschulen.Mit den Klassenauflasseungen setzt Breitner der Schulreform die Krone auf.Jetzt müssen schon die Kinder daran glauben,dass der kapitalistische Geist im Rathaus herrscht.Ich muss hier in aller Oeffentlichkeit bekanntgeben,dass Stadtrat Breitner prinzipiell gegen Lehreranstellungen ist, Wir haben an den Wiener Schulen schon eine Lehrernot,die sogar so weit geht, dass Schuldiener supplieren.(Ein Skandal!)Hingegen haben wir 3ooo Stellenlose Junglehrer.Während Niederösterreich schon den Jahrgang 1926 anstellt,müssen die Junglehrervbei uns 6,8 Jahre und noch länger warten.In Deutschland hat man für die Junglehrer Hilfsposten geschaffen.In Wien ist den jungen Lehrern alles verschlossen.Im Hort-und Kindergartenwesen werden unqualifizierte Kräfte angestellt,dort wäre Gelegenheit,für die Junglehrer zu sorgen.Man sagt,für die Lehrer sei kein Geld da.Sie aber geben für die Schuwa jährlich 3'6 Millionen Schilling aus.Als durchschnittliche Schülerzahl wurde 36 fixiert. Glöckel wollte die Schülerzahl auf 25 herabsetzen,die Lehrer waren mit einer Schülerzahl von 3o zufrieden.Jetzt ist 36 der Durchscnitt,aber es gibt Klassen bis zu 46 Kinder .Man hat mit Brutalität Klassen aufgelassen.Was an den Kindern durch die zwangsweisen Umschulungen verübt wurde,ist die brutalste Roheit.Ganze Schulen wurden aufgelassen. Sehr stark betroffen von den Umschulungen ist der III. unx X. Bezirk. Im X, Bezirk wurde eine neue Schule wegen der vielen Gemeindebauten verlangt.Statt dessen wurden 17 Klassen aufgelassen und nicht weniger als 2ooo Schüler wurden ungeschult(Hört! Hört! bei der E.L.) In der Marktgasse im I.. Bezirk wurde die Schule aufgelassen um daraus eine Kaserne für die Schuwa zu machen.Eine Hauptschulklasse im XVI. Bezirk hat ihre Schülerinnen aus nicht weniger als lo Schulen erhalten.Es gibt Kinder, die jedes Jahr einer anderen Schule zugewiesen werden.Gegen die Glöckelsche Schulreform kann es keine wirksamere Schulreform geben, als die Breitnersche.(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei der E.L.)Wenn man die Schülerzahl so vermeht muss der moderne Unterricht entweder in Formalismus verfallen, oder man wird zu den alten Unterrichtsmethoden zurückkehren müssen.Zum Schlusse macht Gemeinderätin Schlösinger auf die durch die Umschulungen für die Kinder hervorgerufenen Verkehrsgefahren aufmerksam.Viele Kinder müssen auf dem Weg zur Schule oft 2 bis 3 Verkehrsreiche Strassen überqueren oder in andere Bezirke laufen,statt dass man trachten würde, ihnen den Schulweg abzukürzen(Beifall bei der E.L.) Die Renderin stellt den Antrag, in der nächsten Gemeinderatssitzung sei genauest Bericht darüber zu erstatten, wieviel Kinder zu Beginn des Schuljahres umgeschult wurden und nachwelchen Grundsätzen die Umschulung angeordnet wurde.(Lebhafter Beifal

GR.Dr. Neubauer bemerkt, man müsste zu einem vernichtenden Urteil über die Schulverwaltung kommen,wenn man sich an die Reden der Einheitsliste in diesem Saal hielte.In Wirklichkeit ist es so, dass heute unter den Kindern eine ausserordentliche Schulfreudigkeit besteht, dass die Schule für die Kinder nicht mehr eine Stätte der Langweile und des Z wanges ist, sondern eine Stätte wo sie gerne verweilen(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).Ich kenne selbst sehr viele Mütter und Väter Ihrer Richtung, welche zugeben,dass ihre Kinder gerne in die Schule gehen und dort gut unterrichtet werden.Natürlich kann bei einer Anzahl von 128.429 Kindern die die Wiener Schukverwaltung zu betreuen hat,nicht auf alle Wünsche von Eltern Rücksicht genommen werden und muss es hie und da Differenzen geben.Aber die Mitglider der Einheitsliste mögen doch nicht so tun, als ob es unter ihrer Herrschaft keine Umschulungen gegeben hätte. In Wirklichkeit waren die Schulverhältnisse in Wiendamals weit ärger als heute.Wenn man von den Umschulungen sprucht, so müsste man auch die Gründe die hiefüt massgebend sind anführen und dürfte nicht, wie es die Minderheit tut, Reden zum Fenster hinaus halten(Lebhafter Beifall .)Die modernen Schulgesetze, vor allem das Hauptschulgesetz mit seiner Teilung der Klassen in zwei Hauptzüge für Begabte und Unbegabte mit seiner Umformung der fünfklassigen Volksschule in eine vierklassige und der dreiklassigen Bürgerschule in eine vierklasige Hauptschule mit der Erweiterung des Sprachenunterrichts und so weiter haben natürlich auch in der Schulverwaltung Veränderungen zur Folge haben müssen.Aber diese Probleme müssen wirklich sachlich behandelt werden.Da Sie gegen die Schülerzahl Strum gelaufen sind,will ich Ihnen jetzt die Verhältnisse von früher darlegen.Im Jahre 1911 waren in Wien 996 Klassen mit 55 Schüler,7o9 Klassen mit 6o Schüler,365 Klassen mit 65 Schüler,69 Klassen mit 7o Schüler,12 Klassen mit 75 Schüler,2 Klassen mit 8o Schüler und 2 Klassen mit 84 Schüler. Demgegenüber steht heute die Durchschnittszahl von 36 Schülern.Wir haben das traurige Erbe angetreten,aufzubauen,was Sie mit Absicht vernachlässigt haben,weil Sie den Aufstieg des Proletariats verhindern wollten.(Beifall bei der Mehrheit,Entrüstung und Lärm bei der Minderheit).Legen Sie die Argumente bei seite,die nicht mit den Tatsachen übereinstimmen,die keinen anderen Zweck haben,als die Bevölkerung zu beunruhigen.(Widerspruch und Lärm bei der Minderheit).Die Gemeinde Wien hat auf dem Gebiete der Schule mehr als ihre Pflicht getan.Es ist kein Zufall,dass die Wiener Schule bei den Fachleuten des Auslandes einen sehr guten Ruf hat.Das war bei Ihnen nicht der Fall.(Rufe bei der Minderheit:Das ist eine Provokation!)Die jetzige Gemeinderatsmehrheit hat auf dem Gebiete des Schulwesens das menschenmöglichst

getan.(Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

GR.Rummelhardt (E.L.( erwidert,dass es sehr traurig sei,dass ein Schulmann eine solche Rede gehalten hat.Mein Vorredner hat gesagt,dass in der Vergangenheit Klassen mit 14o Schüler waren.Wenn es so gewesen wäre,so muss ich dazu sagen,dass wir keine Schulreformer waren,denn wir haben nicht die Grundsätze aufgestellt,die Sie heute mit Füssen treten,Wir wollten für das Volk eine gute Schule, in der die Kinder etwas lernen.Diese Aufgabe hat die christlichsoziale Partei voll erfüllt und Sie haben keinen Grund,über die damalige Schule zu schimpfen.Wenn Sie gesagt haben,wir wollten und wollen den Aufstieg des Proletariates verhindern,so stelle ich fest,dass das Hauptschulgesetz vom christlichsozialen Minister Schmitz im Nationalrat eingebracht worden ist.(Dr. Wagner:Sehr gegen den Willen des Herrn Glöckel!)Wenn die Lehrer Ihre Rede jetzt gehört hätten,Sie hätten sich die Achtung der Lehrer nicht zugezogen.(Beifall bei der Minderheit).

GR.Merbaul (E.L.) spricht über die Schulverhältnisse in Margareten. Er kommt dann auf eine Figurengruppe zu reden,die über dem Eingang der Mädchenhauptschule in der Castelligasse aufgestellt worden ist.Der Künstler hat die Geschlechtmerkmale der Kinder(es sind drei Knaben und ein Mädchen)zu sehr naturalistisch dargestellt.Dagegen erhob sich ein Sturm in der Elternschaft und beim Lehrkörper und die Folge davon war,dass die Knaben über Nacht kastriert wurden.(Allgemeine Heiterkeit).

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen.Der Antrag Schlösinger wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.Es wird sodann der Dringlichkeitsantrag der GR. . Biber und Genossen in Verhandlung gezogen und dem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt. GR. Biber anerkennt,dass die Gemeinde mit Rücksicht auf die Betsimmung des Gesetzes dass der Bauherr für die Einbringung der Krankenkassenbeiträgeverantwortlich ist,Vorsicht üben müsse;aber diese Vorsicht müsste in einer Form geübt werden, dass die Gewerbetreibenden nicht zu Schaden kommen.Insbesondere müsste vermieden werden,dass der Rückstand mehremale abgezogen wird und dass den Gewerbetreibenden die im Krankenkassengesetz vorgesehene Respirofrist verloren geht.-ST.R.Breitner bemerkt,es handle sich hir um eine Angelegenheit, die weit über den Kreis der Gemeinde hinaus für alle Bauherren von Bedeutung sei. Bisher konnte ein Bauherr,wenn er seinen Baumeister bezahlt hatte, damit rechnen, dass er aller Verpflichtungen erledigt sei, während er nach der neuesten Krankenversicherungsnovelle falls der Baumeister Krankenkassenbeiträge schuldig geblieben ist, nach Jahren für diese Räckstände haftbar gemacht werden kann.Er gibt die Versicherung, es werde ein Weg gefunden werden,um die Angelegenheit in einer weder die Gemeinde noch die Gewerbetreibenden schädigenden Art zu ordnen.(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.GR.Zimmerl bemerkt in der Begründung der Dringlichkeit seines Antrages, es sei ein gesetzwidriger Vorgang, dass in Konzertlokalen auch von jener Konsumation,die eine Stunde vor Konzertbeginn verabreicht wird,die Abgabe eingehoben wird.Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt. GR.Zimmerl verliest ein Rundschreiben des Magistrates vom 16. September,aus dem hervorgeht,dass für alle Konsumationen die eine Stunde vor Beginn des Konzertes gemacht werden,die Abgabe zu zahlen ist.Stadtrat Breitner erwidert,dass dieser Vorgang mit dem Verband der Konzertlokalbesitzer vereinbart worden ist.GR.Zimmerl erklärt,dass dies gegen den Willen der Mehrheit geschehen sei;so werden die Pratergasthäuser bald zusperren.Der Antrag wird abgelehnt.

Schluss der Sitzung um 24 Uhr .

239 -.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: 331
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 21. September 1929

-.-.-.

Saisonschluss in den städtischen Sommerbädern.Da in den letzten Tagen kühles Wetter eingetreten ist,das sich auf den Besuch der Bäder sehr ungünstig auswirkte,bleiben die städtischen Sommerbäder von morgen Sonntag an geschlossen.Nur das Strombad Aspernbrücke bleibt noch bis auf weiteres offen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

## Rückgang der Sterblichkeit.

### Auch die Tuberkulosesterblichkeit fast überall erheblich gesunken.

Es ist ein steter Wunsch der Menschheit,das Leben zu verlängern,den Kampf gegen den Tod mit immer neuen und stärkeren Waffen zu führen.In den medizinischen und chemischen Laboratorien der Welt wird Tag für Tag an der Bekämpfung der verschiedensten Krankheiten gearbeitet,die Hebung der Volksgesundheit ist eine der wichtigsten Aufgaben der Regierungen geworden.Namentlich in den Städten,deren Einwohnern die Heilkraft der Natur viel weniger zugute kommt als der Landbevölkerung,sind insbesondere seit Kriegsende die Bestrebungen um die Volksgesundheit vielfältig erweitert worden.

Alle grossen Städte führen über die Sterblichkeit laufende Aufzeichnungen.Das Statistische Amt der Stadt Wien hat nun die Aufzeichnungen von 15 grossen europäischen Städten gesammelt und in einer vergleichenden Tabelle verarbeitet.Sie gibt einen Ueberblick sowohl über den Rückgang der Sterblichkeit seit 1913 als auch über eines der wichtigsten Gebiete der Volksgesundheit,den Stand der Tuberkulosesterblichkeit.

Aus der Tabelle ist vor allem zu entnehmen,dassdank der Wohlfahrts- und Fürsorgebestrebungen der Gesundheitsämter die Sterblichkeit in allen europäischen Grosstädten erheblich und stetig zurückgegangen ist.1913 hatten Budapest,Wien,Rom,Brüssel und München mit anderthalb bis zwei Prozent die grösste Sterblichkeit,das heisst,dass von tausend Lebenden jedes Jahr 15 bis 2o starben.Die kleinste Sterblichkeit hatte Amsterdam mit einem Prozent.

Seit Kriegsende bis zum letzten Vergleichsjahr 1926 ist nun die Sterblichkeit in allen Städten ganz wesentlich kleiner geworden.Am stärksten ist sie in München und Wien und nach der grossen Eingemeindung in Prag gesunken,am wenigsten in Budapest und Brüssel,das fast eine gleich grosse Sterblichkeit hat als 1913.Ende 1926 hatte Wien mit 1'2 Prozent fast den sehr niedrigen Stand der Berliner Sterblichkeit(1'1 Prozent) erreicht und lag mit London,Prag und Dresden weit vor Paris,Moskau,Rom,Warschau,Brüssel und Budapest.Den niedrigsten Sterblichkeitskoeffizienten hatte 1926 wieder Amsterdam mit 0'9 Prozent,den höchsten Prozentsatz an Todesfällen Budapest mit 1'7 Prozent.

Sehr interessant zeigt sich in der Tabelle der Kampf gegen die Tuberkulose.Während vor dem Krieg Paris mit 2o Prozent der Todesfälle die grösste Tuberkulosesterblichkeit hatte,Wien und Budapest mit rund 16 Prozent gleich nach Paris kamen,hatten London und Moskau die kleinsten Tuberkuloseprozentsätze mit rund 9 Prozent.Während also in Paris von allen Todesfällen jeder fünfte ein Tuberkulosetodesfall war,in Wien und Budapest jeder sechste, war in London und Moskau nur jeder elfte Todesfall durch Tuberkulose verschuldet.

Die Wohlfahrtspflege von 1919 bis heute hat diese Reihenfolge gewaltig verändert.In Paris ist die Tuberkulosesterblichkeit um 5 Prozent gesunken,in Wien,München und Dresden um mehr als 3 Prozent,in allen anderen Städten um 2 bis 3 Prozent.Eine Ausnahme machen nur Rom und Warschau.Dort ist die Tuberkulosesterblichkeit nicht gesunken,sondern gestiegen.Wenig oder fast gar nicht ist die Tuberkulosesterblichkeit in Moskau und Budapest zurückgegangen.Damit hatten Ende 1926 den grössten Tuberkuloseprozentsatz Budapest mit mehr als 15 Prozent,Paris mit fast 15 Prozent,dann folgen Warschau,Prag und Rom.Erst im weitem Abstand kam 1926 dann Wien mit rund 12 Prozent,während die andern Städte Prozentsätze von 9 bis 1o Prozent aufwiesen. Amsterdam hatte den kleinsten Prozentsatz,nämlich 8 Prozent.

Seit 1926 ist die Tuberkulosesterblichkeit in Wien wieder erheblich gesunken,nämlich um mehr als 1 Prozent aller Todesfälle.Die Sterblichkeitsquote an Tuberkulose beträgt in Wien nur mehr 11 Prozent,das heisst,dass von allen Todesfällen nur mehr jeder neunte ein Tuberkulosefall ist,während 1913 noch jeder sechste ein Tuberkulosefall war.Wenn auch Wien mit diesem Prozentsatz sich erst in den europäischen Durchschnitt einreiht,ist doch zu hoffen,dass die Bemühungen der Gesundheitsbehörde,die sich ja erst in einigen Jahren voll auswirken können,den stetigen,das europäische Mittel erheblich überschreitenden Rückgang der Tuberkulose der letzten Jahre in Wien noch beschleunigen werden.

241

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

332

Wien, am Sonntag, den 22. September 1929

-.-.-.

den Frieden zu stören unterdrückt werde.(Langer stürmischer Beifall,laute,wiederholte Zustimmung).

Wir sind uns der Zustimmung nicht nur der Mehrheit,sondern fast des ganzen Volkes von Wien bewusst und wir werden mit der Unterstützung der grossen Mehrheit des Volkes das Aufbauwerk zu Ende führen.Von Ihnen,den Bewohnern dieser neuen Anlage,erwarten wir,dass Sie Ihre Kinder zu echten Kindern dieser Stadt erziehen,zu Menschen der Arbeit,der Friedensliebe,zu Menschen einer höheren Kultur.In diesem Geiste,im Geiste eines grossen Wien der Zukunft,des Friedens,der Arbeit und des Wohlstandes seien diese Wohnbauten eröffnet."(Langandauernder,jubelnder Beifall).

Ein Mädchen überreichte nun dem Bürgermeister einen Blumenstrauss. Mit einem Rundgang durch die ganze Anlage,wobei der Bürgermeister wiederholt stürmisch gefeiert wurde,schloss diese Feier.

Dann wurde die Wohnhausanlage in der Längenfeldgasse eröffnet.Auch hier wurde die Feier mit einem Chor des Arbeitergesangsvereines "Vorwärts" eingeleitet.Nach der Begrüssung der Festgäste durch Bezirksvorsteher Zanaschka dankte Mieterobmann Zentner im Namen der Wohnparteien der Gemeindeverwaltung für das vorbildlich gesunde Obdach,das sie in der neuen Wohnhausanlage gefunden haben.

Im Namen der Schweizer Gäste sprach Abgeordneter Fuchs (Winterthur). Er schilderte den übermässigen Eindruck,den diese Wohnbauten auf jeden Fremden machen und dankte für die wertvollen Anregungen,die der Kommunalpolitik durch die Fürsorgetätigkeit und Schulreform der Stadt Wien geboten werden.Welcher Partei man immer angehöre,man müsse dieses Werk bestaunen und bewundern. (Stürmischer Beifall).

Der Bürgermeister dankte dem Sprecher der Schweizer Gäste für diese Anerkennung und sprach dann in launiger Weise von der Vergänglichkeit der Beurteilung jeder Kommunalpolitik durch die Bevölkerung.Was immer eine Stadtverwaltung Neues und Grosses schaffe,in wenigen Jahren sei man es gewöhnt und halte es für etwas Selbstverständliches.Welch ungeheuren Fortschritt bedeute zum Beispiel nur die Hochquellenleitung,die elektrische Strassenbahn. Wie staunte man später über die Wohnbauten,das neue Fürsorgesystem und die Schulreform.Heute ist das alles selbstverständlich,und wehe,wenn einmal ein kleiner Brunnen ohne Wasser ist,die Strassenbahn eine Störung hat, wenn unter den zehntausenden Fürsorgefällen ein Versehen passiert oder in einem Neubau ein schlechtpassendes Fenster entdeckt wird.Eine Stadtverwaltung,wo immer und von wem immer sie geführt wird,darf niemals auf Lob und Dank rechnen, sondern muss dankbar sein,wenn sie nicht geschimpft wird.(Lebhafte Heiterkeit), Wir wünschen den Bewohnern dieses Hauses,sagte der Bürgermeister,dass sie dazu keinen Anlass haben,dass sie sich glücklich fühlen und ihre Kinder zu glücklichen Menschen erziehen.Der Bürgermeister dankte dann allen geistigen und manuellen Arbeitern,die an diesem stolzen Bau mitgeholfen haben,und erklärte unter jubelnden Zurufen den Wohnhausbau für eröffnet.

Als der Bürgermeister die Rednertribüne verliess,wurden ihm von einem Knaben und einem Mädchen mit einigen Versen Blumenangebinde überreicht. Kinder tanzten sodann einen Reigen,worauf der Bürgermeister und die Festgärte die Wohnhausanlage und ihre Einrichtungen besichtigten.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Internationaler Transportversicherungsverband.Anlässlich der Generalversammlung des Internationalen Transportversicherungsverbandes veranstaltete heute nachmittag die Stadt Wien im Festsaal des neuen Rathauses einen Empfang.In Vertretung des Bürgermeisters hiess Vizebürgermeister Emmerling die Gäste in Wien herzlich willkommen.Er dankte ihnen,dass sie Wien zu ihrem Kongressort gewählt haben, verwies auf die weltwirtschaftliche Bedeutung der Transportversicherung und wünschte ihren Beratungen den besten Erfolg.Im Namen der Gäste dankte Präsident Rymann (Göteborg) für den herzlichen Empfang.An diesem nahmen unter anderm auch die amtsführenden Stadträte Kokrda,Linder und Speiser,Stadtrat Rummelhardt, Landtagspräsident Hellmann und Nationalrat Allina teil.

243

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

333

Wien, am Montag, den 23. September 1929

-.-.-.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

334

Wien, am Dienstag, den 24. September 1929

-.-.-.

Für Red. Bielen

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: Karl H o n a y

335

Wien, am Mittwoch, den 25. September 1929

-.-.-.

1923 nahezu alljährlich herabgesetzt und beträgt gegenwärtig fünf Prozent für Prosastücke und Opern und zehn Prozent für Operetten.Der Magistrat schläge nun vor,dass die Abgabe für Prosastücke und Opern auf vier Prozent und für Operetten und ähnliche Aufführungen auf sechs Prozent ermässigt wird.Diese Ermässigung kann für das ganze Spieljahr(1.September bis 31. August) oder für einen Teil des Jahres gewährt und an die Bedingung geknüpft werden,dass das Unternehmen sowohl während des laufenden als auch noch während des darauffolgenden Spieljahres ununterbrochen oder mit einer insgesamt höchstens vierzehntägigen Unterbrechung in der gleichen Art,in der esbisher geführt wurde,weitergeführt wird. Sportlichen Veranstaltungen wurde bisher nur dann eine Ermässigung der sechsund - zwanzigprozentigen Abgabe auf zehn Prozent gewährt,wenn die Einnahme nicht mehr als hundert Schilling betrug.Nunmehr wird vorgeschlagen,dass alle sportlichen Veranstaltungen mit einer Bemessungsgrundlage bis zu zweitausend Schilling nur zehn Prozent zu bezahlen haben.Es werden dann von den rund 3200 sportlichen Veranstaltungen nur 2oo die volle Abgabe zu entrichten haben.Die Kinoabgabe bewegt sich gegenwärtig zwischen 10 und 28'5 Prozent.Die unterste Grenze wird nun mit fünf Prozent bestimmt,was vor allem den kleinen Betrieben zugute kommt. Einem langgehegten Wunsch der Vereine und Lokalbesitzer trägt die Vorlage des Magistrates über die Ausdehnung der Veranstaltungsdauer bei Unterhaltungen Rechnung.Bis jetzt müssen solche Veranstaltungen,wenn sie bis 1 Uhr nachts dauerten, die doppelte Abgabe zahlen.Nunmehr wird eine Verlängerung bis 2 Uhr nachts vorgeschlagen,wodurch für den überwiegendsten Teil der Faschingsveranstaltungen nur mehr die einfache Abgabe zu zahlen ist.

Alle diese Steuerermässigungen sollen nach dem Vorschlag des Magistrates am 1. Jänner 193o wirksam werden.Die Vorlagen enthalten die Bestimmung, dass die Wiener Landesregierung ermächtigt wird,diese Ermässigungen aufzuheben, wenn durch Abänderung des Finanzverfassungs- oder Abgabenteilungsgesetzes oder durch ein anderes Bundesgesetz die Einnahmen Wiens geschmälert oder der Stadt neue Lasten auferlegt werden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Warnung vor dem Ankauf von Wohnungsqualifikationen.Im Annoncenteil einer Wiener Tageszeitung erscheinen wiederholt Inserate,die den Verkauf von Wohnungsqualifikationen ankündigen.Der städtische Wohnungsnachweis macht ausdrücklich darauf aufmerksam,dass ein Ankauf solcher Qualifikationen niemals zur Vermietung einer Wohnung führen kann.Das Wohnungsamt prüft vor der Zuweisung einer Wohnung sehr genau,ob der Besitzer der Qualifikation auch mit der Person,auf die das Dokument lautet,identisch ist.Es muss daher vor dem Ankauf von Wohnungsqualifikationen gewarnt werden,da sie den Wohnungssuchenden nur zwecklose Geldausgaben verursachen.

247

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y



Wien, am Mittwoch, den 25. September 1929 II.Ausgabe

-.-.-.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y



Wien, am Donnerstag, den 26. September 1929

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Erhöhung der städtischen Erhaltungsbeiträge.

Ab 1.November 1929.

Der Wiener Gemeinderat hat sich zuletzt im Oktober 1923 und im Juni 1925 mit der Festsetzung der Erhaltungsbeiträge befasst.Im Oktober 1923 wurde die Untergrenze der Erhaltungsbeiträge mit neun Schilling und im Juni 1925 die Obergrenze mit 4o Schilling festgesetzt.

Nunmehr hat der Magistrat eine Vorlage ausgearbeitet,in der eine allgemeine Erhöhung der Erhaltungsbeiträge beantragt wird.Der Magistrat schlägt vor,die Erhaltungsbeiträge von neun,zehn und zwölf Schilling auf sechzehn Schilling zu erhöhen.Gleichzeitig sollen die Erhaltungsbeiträge von vierzehn bis einschliesslich sechsundzwanzig Schilling um je vier Schilling, die Erhaltungsbeiträge von achtundzwanzig Schilling bis einschliesslich sechsundreissig Schilling um je sechs Schilling und die Erhaltungsbeiträge von achtundreissig Schilling auf sechsundvierzig Schilling erhöht werden.Die Obergrenze der Erhaltungsbeiträge soll von vierzig auf sechsundfünfzig Schilling festgesetzt werden.

Die Erhöhungen sollen durch die Dienststellen des Magistrates ohne Ansuchen der Partei und ohne Mitwirkung der Fürsorgeinstitute automatisch durchgeführt werden.Die Erhaltungsbeiträge von vierzig Schilling sind ebenfalls ohne Einschreiten der Parteien,jedoch nach Ueberprüfung und Antragstellung durch die zuständigen Fürsorgeinstitute entsprechend zu erhöhen.

Die erhöhten Erhaltungsbeiträge werden zum erstenmal für den Monat November ausbezahlt.

Gegenwärtig beziehen 39.156 Personen einen städtischen Erhaltungsbeitrag.Die Erhöhung der Erhaltungsbeiträge für diese macht ein Jahreserfordernis von rund zweieinhalb Millionen Schilling aus.

Der Magistratsantrag wurde am Mittwoch vom Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtwesen beschlossen.Die Vorlage wird demnächst den Finanzausschuss und sodann den Stadtsenat und Gemeinderat beschäftigen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Bezirksvertretung Meidling.Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Meidling findet am Donnerstag,den 1o.Oktober,um 18 Uhr statt.

-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: 338
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 26. September 1929 Zweite Ausgabe

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Schweizer Gäste im Rathaus. Ende voriger Woche sind gegen 60 Mitglieder des Bildungsausschusses der Bezirksgruppe Winterthur (Schweiz) sowie eine starke Abordnung der Berner Lehrerschaft in Wien eingetroffen, um die neuen kommunalen Einrichtungen einem eingehenden Studium zu unterziehen. Die Schweizer Lehrer haben vor allem das Studium der Wiener Schulreform in ihr Programm aufgenommen. Zu Ehren der Gäste veranstaltete heute mittag die Stadt Wien im Sitzungssaal des Stadtsenates einen Empfang, bei dem in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Paul Speiser die Gäste auf Wiener Boden herzlich willkommen hiess. Im Namen des Bildungsausschusses dankte Abgeordneter Fuchs (Aarau) für die freundliche Aufnahme, die die Schweizer in Wien gefunden haben. Das Aufbauwerk der Wiener Gemeindeverwaltung, sagte er, hat auf uns einen übermächtigen Eindruck gemacht. Wir können viele wertvolle Anregungen in unsere Heimat mitnehmen und werden dort versuchen, sie nach dem Wiener Vorbild in die Tat umzusetzen. Der Leiter des Berner Schulwesens Gemeinderat Bärtschi übermittelte der Stadt Wien die herzlichsten Grüsse der Stadt Bern. Wir Schweizer, sagte er, stehen voll Bewunderung vor dem arbeitsreichen und gigantischen Aufbauwerk der Gemeinde Wien. Zu diesem gehört vor allem auch die Schulreform. Wir sind als Suchende gekommen und haben in der Wiener Schule die Versuchsschule für die ganze Menschheit gefunden. Die Freiheit der Schule ist ein besonderes Kulturgut, da mit ihr die Demokratie steht und fällt. An dem Empfang nahmen unter anderm Vizebürgermeister Hoss, Stadtschulratspräsident Glöckel und Landtagspräsident Hellmann teil.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Freigabe der Hauptallee für Benzinautomobile. Auf Ansuchen des Wiener Trabrennvereines hat der Magistrat, die Genehmigung des Bundesministeriums für Handel und Verkehr voraussetzend, bewilligt, dass am 29. September und am 6. Oktober die Hauptallee von Benzinautomobilen befahren werden darf. Am 1. Sonntag findet das Rennen um den grossen Preis von Wien und am 2. Sonntag das Graf Kalman Hunyadi Gedenkrennen statt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Gebühren für die Fleischbeschau. Für die Zeit vom 1. bis 31. Oktober beträgt die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch 1'77 Schilling. Die gleiche Grundgebühr wird für die tierärztliche Untersuchung von Tieren eingehoben, die in einer Wiener Eisenbahn-oder Schiffsstation ein- und ausgeladen werden.



-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

J. Bielen

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

339

Wien,am Freitag,den 27.September 1929

.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: 340
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 27. September 1929 Zweite Ausgabe

-.-.-.

war der Zusammenstoss auf der Kreuzung Spitalgasse und Alserstrasse.Die Ursache war das Abbrennen eines Kabelschuhes.Das ist ein Fehler,der bei der Einrichtung aufgetreten und nicht vermeidbar ist.Er ist wahrscheinlich auf einen Materialfehler zurückzuführen.Beim dritten Unfall,der sich auf der Kreuzung der Währingerstrasse und Nussdorferstrasse abspielte,war auch ein Fehler der Einrichtung schuld,und zwar ein Kurzschluss des Ankers.Der Fehler ist schon während der Fahrt aufgetreten,so dass eine Sicherung des Motors abbrannte.Der vierte Unfall trug sich auf der Kreuzung der Kaiserstrasse und Lerchenfelderstrasse zu.Der Motor war in Ordnung,der Triebwagen selbst mit den modernsten Fahrschaltern ausgestaltet,trotzdem ist ein Ueberbrennen eingetreten, das die Bremse ausgeschaltet hat.Wenn bei der elektrischen Bremse Mängel auftreten, so sind sie zum Teil, so eigenartig es auch klingt,noch immer als Folgen aus der Kriegszeit zu betrachten.Was die Frage der elektrischen Bremse anlangt,so ist diese nach unserer Meinung,und wie es ja auch von den Herren der Minderheit im Ausschuss bestätigt wurde, die beste.Sie hat den Vorteil , dass sie während der Fahrt fortlaufend automatisch überprüft wird. Ein weiterer Vorteil besteht darin,dass sie nur dann angestellt werden kann, wenn der Strom von der Obbrleitung vorher abgeschaltet wird.Die Stromabschaltung und die Bremsbetätigung besorgt der Fahrer mit einunddersel̈ben Kurbel. Ein weiterer Vorteil der elektrischen Bremse ist,dass ein Feststellen der Räder dauernd nicht stattfinden kann.Das ist auch der Grund,dass das Sandstreuen bei der elektrischen Bremse besser wirkt als bei allen anderen Bremsen. Als Folge dieser Vorteile ergeben sich bei ihr auch die kürzesten Bremswege und so ist die ganze technische Welt der Anschauung,dass sie für den Grossstadtverkehr die beste Bremse ist.Direktor Spängler weist sodann darauf hin, dass die Wagen einer ganzen Reihe sehr gründlicher Revisionen unterzogen werden.Jede Nacht erfolgt eine Durchsicht der Motoren,der Fahrschalter und die genaueste Revision der Handbremsen.Alle sechs Wochen wird der ganze Wagen einer gründlichen Revision unterzogen .Ferner wurde eine fliegende Bremspartie zusammengestellt,die alle Wagen und zwar jeden ungefähr dreimal im Jahr ausschliesslich auf die elektrischen Bremsen untersucht. Darüber hinaus wird jeder Motorwagen nach 8o Kilometer Fahrt,in der Regel nach eineinhalb Jahren einer grpndlichen Hauptrevision unterzogen.Ferner wurde eine ganze Reihe von Verbesserungen durchgeführt.Eine Anzahl älterer Motoren wurde durch grössere moderne Motore ersetzt, ebenso eine Anzahl von Fahrschaltern durch grössere und stärkere; es wurde ferner eine Reihe anderer Sicherungseinrichtungen an den Wagen getroffen . Wir haben auch, da sowohl bei der älteren sogenannten Parallelschaltung wie bei der Kreuzschaltung der modernen Motore bei einer Störung nicht immer die volle Bremswirkung erzielt werden kann,eingehende

Versuche gemacht und es ist uns schliesslich gelungen eine Schaltung zu finden, die es in sehr einfacher Weise ermöglicht,dass bei einem Fehler in einem Bremsstromkreis immer die volle hundertprozentige Bremswirkung vorhanden ist.Diese Neuerung wurde das erstemal bei uns erprobt.Wir werden diese Versuche bei einer grösseren Zahl von Wagen fortsetzen und durch diese Neuerung einen bedeutenden Schritt in der Verbesserung der Sicherungsmassnahmen machen.Direktor Spängler gibt schliesslich die Versicherung, dass die Strassenbahndirektion pflichtgemäss alles im Interesse der Betriebssicherheit getan habe und dass sie versuchen wird, durch Studien und Arbeiten dies Sicherheit im Strassenbahnbetrieb auf die höchste Stufe techhischer Vollendung zu bringen(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR.Daffinger (E.L.) hält der Behauptung des Dir. Spänglers, dass die Unfälle sich nicht vermehrt hätten, gegenüber, dass seit der Einbringung des Dringlichkeitsantrages wieder drei neue Unfälle aufgetreten sind. Es ist dabei ganz gleichgiltig ob die Unfälle durch das Versagen von elektrischen Bremsen herbeigeführt wurden oder nicht, wir wollen, dass es überhaupt keine Strassenbahnunfälle mehr gibt. Aus den Aeusserungen des Direktors Spängler geht hervor, dass man erst durch unseren Dringlichkeitsantrag bestimmt wurde,technische Neuerungen zu versuchen.GR.Daffinger wendet sich dagegen, dass Direktor Spängler die in dem Dringlichkeitsantrag erwähnten Unfälle auf der 4ler Linie und am Schottenring bestritten hat und liest die betreffenden Zeitungsnotizen zum Beweise der Richtigkeit dieser Angabe vor.Er bemängelt es ferner, dass Direktor Spängler nur einen ganz kursorischen Bericht über die Unfälle erstattet hat.Es scheint,dass der Strassenbahndirektor mehr weiss, als er berichtet hat.Zehn Jahre nach dem Kriege erzählt man uns noch immer, dass es sich um Kriegsschäden handle. In diesen zehn Jahren hätte man doch, da es sich um die Gefährdung von Gesundheit und Leben handelt, die vorhandenen Schäden behoben und das schlechte Material durch gutes ersetzen müssen. Wir haben schon wiederholt verlangt, dass die Motorkurzschlussbremse, mit der nur einmal gebremst werden kann durch eine wirklich elektrische Bremse mit der fortlaufend gebremst werden kann, ersetzt wird.Intensivere Wagenrebisionen sind erst nach unserer Kritik im Ausschuss durchgeführt worden.Wenn es richtig ist,dass jeder Wagen nach eineinhalb Jahren zur Generalrevision und Generalreparatur kommt, wie ist es denn zu erklären, dass es Wagen gibt, die zehn Jahre lang nicht reparirt worden sind.Wir hoffen,dass unser Dringlichkeitsantrag die gute Folge haben wird, dass für die Sicherheit des Publikums mehr getan wird als bis her(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR.Schelz (E.L.) bemerkt, die Beantwortung der in dem Dringlichkeitsantrag gestellten Frggen durch Direktor Spängler war nicht erschöpfend.

Es hätte uns vor allem interessiert zu hören,welche Sachschäden entstanden sind,und welche Entschädigungen an die Verunglückten während der letzten zwei Jahre die Strassenbahndirektion hat bezahlen müssen.Eine der Ursachen der Unfälle liegt im menschlichen Versehen.Da muss man aber frggen, ob diese Versehen nicht darauf zurückzuführen sind, dass die Angestellten überlastet sind und ob nicht namentlich durch die letztverfügten Massnahmen solche Versehen sich häufen werden. Eine weitere Ursache der Unfälle liegt in der Mängelhaftigkeit der Betreibsmittel. Nach elf Jahren leidet die Strassenbahn noch immer an Kriegsschäden.Heute kommt ein Wagen erst nach 7ooo bis 8ooo Schaltungen zu einer grossen Revision.Die Revisionszeiten sind viel zu lang.Auch der Gleiszustand ist schlecht und deshalb auch die schlechte Bremswirkung.Seitens der Strassenbahndirektion wird nicht das Notwendige vorgekehrt. Vor drei Jahren ist ein Wagen der 4oer Linie davongelaufen, vor eineinhalb Jahren wieder und erst dann hat man sich dazu entschlossen, an der betreffenden Stelle eine Sicherung einzubauen. Heuer ist in Nussdorf wieder ein Wagen davongelaufen. Es ist dies eine Sorglosigkeit der Direktion , die [illegible] von uns nicht scharf genug kritisiert werden kann. Die Direktion hätte schon lange den ganzen Gleisplan studieren und bei allen gefährlichen Steigungen Sicherungen gegen Unglücksfälle treffen müssen.Unser Dringlichkeitsantrag hat doch gute Wirkungen gehabt,denn seit dieser Zeit denkt doch die Direktion wenigstens über Verbesserungen nach(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR.Rummelhardt (E.L.) führt aus,dass er dem Versprechen des Strassenbahndirektors,den Strassenbahnbetrieb auf die höchste Stufe der Vollendung zu bringen,nicht glauben kann.Er hätte bis jetzt dem Betrieb schon auf eine höhere Stufe bringen können.Wir haben in Wien den schlechtesten Strassenbahnbetrieb.Es wurde eine Anleihe aufgenommen,für den Betrieb grosse Summen verwandet, aber dennoch müssen wir noch immer heftige Klagen führen.Jeder Fremde bezeichnet den Wiener Strassenbahnverkehr als einen unerhörten Skandal.Ich habe erst vorgestern mit Herrn Stadtrat Kunschak 25 Minuten auf einen H Wagen wartenmüssen.Das ist in einen ordentlich geführten Betrieb unmöglich.Auch fahren die Wagenführer jetzt durch Haltestellen durch,eine Angelegenheit,die unbedingt abgestellt werden muss.Ein Teil der Strassenbahner trägt noch immer im Dienst das sozialdemokratische Parteiabzeichen.Das ist eine unerhörte Beleidigung des Publikums.Auch ihr Verhalten den Fahrgästen gegenüber ist ebenfalls tadelswert. Sie müssen die Angestellten entsprechend bezahlen,diese jedoch müssen sich so manierlich benehmen, wie es die zivilisierte Welt verlangt.Die Bilanzgelder werden ungleichmässig ausbezahlt.Manchen Angestellten wurde die Remuneration einfach gestrichen.Besonders tadelnswert ist auch die unerhörte Ueberfüllung, die für die Fahrgäste eine Lebensgefahr bedeutet.Der Strassenbahnverkehr in

Wien ist ein Skandal im Inland und eine Schande gegenüber dem Ausland.(Beifall).

Vizebgm.Emmerling erwidert sodann,auf die Ausführungen der Redner der Minderheit.Ein Bericht,der nach so kurzer Zeit erstattet wird,kann nur ein summarischer sein.Andersfalls könnte der Bericht erst dann erstattet werden, wenn die Untersuchungen vollkommen abgeschlossen sind.Die anderthalbjährige Generalreparatur hat den Zweck festzustellen,ob der Wagen mit seiner Ausrüstung noch im Verkehr seinen Dienst machen kann.Die fliegende Revisionspartie ist schon eine zweijährige Einrichtung.Der H Wagen fährt alle zehn Minuten,im übrigen verkehrt auf der Alserstrasse jede Minute ein Wagen.(Beifall bei der Mehrheit).

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

ST.R. Speiser berichtet über die Massnahmen betreffend die städtischen Angestellten.Der Verband der städtischen Angestellten ist im April ds. Jahres an die Gemeindeverwaltung mit einer Reihe von Forderungen herangetreten,die sich im wesentlichen auf eine allgemeine Erhöhung der Gehaltsbezüge und auf Wünsche einer Reihe von Angestelltengruppen bezogen haben.Die Verhandlungen nahmen einen längeren Zeitraum in Anspruch,weil das umfangreiche Forderungsprogramm einer eingehenden Beratung und Erörterung unterzogen wurde. Da die Vertreter der Angestelltenschaft das Schwergewicht auf eine allgemeine Bezugserhöhung legten,wurden die Verhandlungen auf dieser Grundlage weitergeführt.Die Gemeindeverwaltung hat in Würdigung der von dem in Betracht kommenden Angestelltengruppen bereits übernommenen Arbeitssteigerungen und im Hinblicke darauf,dass die Verbandsvertreter die Mitwirkung der Angestelltenschaft bei der Fortsetzung der in Aussicht genommenen Reformen in den Aemtern,Schulen und Betrieben zugesichert haben,der Forderung nach einer allgemeinen Bezugserhöhung, soweit dies möglich war,Rechnung getragen und die Verhandlungen unter Zurückstellung der Gruppenwünsche mit dem Zugeständnisse der Auszahlung eines 14. Monatsgehaltes zum Abschluss gebracht.Weiters ist eine Aufbesserung der Anfangsbezüge der in den Gruppen VIII und IX eingereihten Bediensteten in Aussicht genommen,die einer gesonderten Beschlussfassung zugeführt werden. Im Zusammenhang mit dem getätigten Abschluss werden die gegenwärtig für die Benützung von Natural- und Dienstwohnungen festgesetzten Gehaltsrücklässe einer entsprechende Erhöhung erfahren,die gleichfalls in einer gesonderten Vorlage behandelt werden wird.Die beantragten Massnahmen,die sich auch auf die Pensionsparteien voll auswirken,sollen am 1. Dezember in Wirksamkeit treten. Die Kosten hiefür betragen jährlich rund 13'5 Millionen Schilling(Beifall bei der Mehrheit).

GR.Stöger (E.L.) erklärt,dass mit dieser Vorlage die Bezüge des städtischen Personals um 7'7 Prozent erhöht werden.Wenn die Lage der städtischen Angestelltenschaft erträglich wäre,könnten sie auf die Aufbesserung leichter einige Monate warten.So aber ist diese Wartezeit eine schreckliche Quälerei.Der Abend hat vor zwei Jahren geschrieben,das städtische Bedienstete ein Monatseinkommen vor 15o Schilling haben,einzelne Kategorien sogar nur 13o Schilling.In Koch- und Haushaltungsschulen gibt es weibliche Angestellte,die gar nur 65 bis loo Schilling Monatslohnhaben.Das grösste Lügenblatt Oesterreichs hat in diesem Fall wirklich die Wahrheit gesprochen. Der Personalreferent liebt es,bei Gehaltsfragen immer das Tun und Lassen des Bundes zum Vergleich heranzuziehen.Verlangen wir die Valorisierung der Bezüge der städtischen Angestellten,so erklärt er,er könne das dem Bund nicht antun.Verweisn wir darauf,dass die Kriegsinvaliden beim Bund besser gestellt sind als bei der Gemeinde,erklärt der Personalreferent,er könne nicht alles nachmachen.Unter der christlichsozialen Verwaltung waren die Gemeindeangestellten innerhalb der öffentlichen Angestellten immer besser entlohnt.Das wird jetzt ständig abgebaut.Im letzten Jahr ist eine fünfzehnprozentige Teuerung zu verzeichnen,der bloss eine Bezugserhöhung von 7'7 Prozent gegenübersteht.Die allgemeine Steigerung der Mietzinse macht auch die Lösung der Quartiergeldfrage immer dringenden .Der schwerste Schönheitsfehler der Vorlage ist aber die Behandlung der kinderreichen Angestellten.Ich kenne einen städtischen Lehrer,der acht Kinder besitzt und von der Gemeinde monatlich 4o Schilling Kinderzulage bekommt.Er würde beim Bund jährlich 138o Schilling bekommen.Das ist eine selbstmörderische Schande,die in ganz Europa kein Gegenstücke findet.Vorsorgen ist hier weit besser als fürsorgen und die Gemeinde sollte von ihrem Bodenreichtum für kinderreiche Angestellte etwas abgeben.Auch die Pensionisten klagen mit Recht,dass ihnen im Jahre 1927 die allgemeine Stufenvorrückung nicht angerechnet wurde.Wir stimmen nicht gegen die Vorlage,können sie aber auch nicht mit freudigem Herzen begrüssen,weil sie schwere Mängel enthält und die Frucht eines undemokratischen Vorgehens ist.Widder wurden alle übrigen Gewerkschaften von den Verhandlungen ausgeschlossen und dagegen protestieren wir auf das allerschärfste(Beifall).

GR.Schlösinger (E.L.) erklärt,dass die Vorlage vom Standpunkt der Lehrerschaft viel zu wünschen übrig lasse.Auch von ihr werde verlangt,dass sie die Bezugserhöhung durch eine vermehrte Leistung kompensiere.Die in ungeheurem Ausmass durchgeführten Umschulungen bedeuten für die Lehrerschaft ein gewaltiges Stück Arbeit.Bei einer Schülerzahl von 36 bis 42 kann von einer Fortsetzung der Schulreform keine Rede mehr sein.Eine grössere Schülerzahl hat früher die Lehrer nicht allzu sehr belastet,weil man andere

Unterrichtsmethoden hatte.Im modernen Schulbetrieb ist die Durchführung der Reform sehr stark abhängig von einer geringen Schülerzahl.Leider nehmen die Umschulungen noch immer kein Ende.So ist erst heute wieder die Schule in der Argentinierstrasse davon betroffen worden.Von der Bezugserhöhung wird leider der grösste Teil der Religionslehrer ausgenommen.Nur die definitiven Bürgerschulkatecheten haben Anrecht auf den 14. Gehalt.Noch heute bekommt ein Religionslehrer an der Volksschule für die Stunde 1 Schilling 21 Groschen und an der Bürgerschule 1 Schilling 52 Groschen.Rednerin beantragt,dass den katholischen Religionslehrern die Remunerationen im Ausmass des 14. Monatsgehaltes erhöht werden.(Beifall).

ST.R.Speiser entgegnet,dass selbst auf dem Gebiet der Kriegsbeschädigten gewisse Gruppen besser gestellt sind,wie beim Bund.Man kann ruhig sagen,dass im allgemeinen die Bundesangestellten zufrieden wären,wenn sie die Verhältnisse hätten,die bei der Gemeinde herrschen.Es ist unrichtig,dass der amtliche Index eine Teuerung von 15,Prozent ausweist,er zeigt bloss 3'7 Prozent.Auch für die kinderreichen Angestellten sorgt die Gemeinde weit besser als der Bund.Es besteht die Institution der Aushilfen,wobei streng darauf geachtet wird,dass möglichstes Entgegenkommen bewiesen wird.Es wäre aber sehr zweckmässig gewesen,wenn die frühere Verwaltung schon in der Vorkriegszeit besser für die kinderreichen Angestellten gesorgt hätte.ST.Speiser stellt sodann gegenüber der GRtin Schlösinger fest, dass die Durchschnittszahl der Schüler in einer Klasse unter 3o ist und dass nur in manchen Bezirken,wo infolge Wohnhausbauten Mangel an Schulen besteht, die Schülerzahl höher sei, Das wird nach Möglichkeit abgestellt werden.Den Antrag der G.Rtin Schlösinger bittet ST.R.Speiser der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen, indem er darauf hinweist,dass die Katecheten nicht anders als andere Gruppen von städtischen Angestellten behandelt worden sind, die für Nebenleistungen ebenfalls keine Erhöhungen bekommen.(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag des Referenten wird einstimmig angenommen, der Antrag der G.Rtin Schlösinger wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Der Antrag auf eine Subvention von tausend Schilling an das Komitee für die Restaurierung der Gedächtniskirche auf dem Kahlenberg wird angenommen.

Schluss der Sitzung 2o Uhr abends.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y



Wien, am Sonntag, den 29. September 1929

-.-.-.

Zank und Hass,und niemals wird sich Wien in die Rolle der schönen Frau drängen lassen,die ein galanter Ritter mit Phrasen von ihrer Schönheit und Tugend über ihre Rechtlosigkeit hinwegtäuscht.(Stürmischer Beifall).

Die weitgehend föderalistische Verfassung Oesterreichs stammt aus einer Zeit,da man in Wien nur die Stadt des Elends,des Hungers und der Armut sah,die absterbende Stadt.Damals wollte man von Wien möglichst abrükken,um das befürchtete Schicksal Wiens nicht mittragen zu müssen.Nun,es ist anders gekommen!Wien lebt,es lebt neu auf,es entwickelt sich,es gewinnt aus seiner unerschöpflichen Volkskraft neue Impulse.Aus der Stadt des Hofes und des Adels ist in wenigen Jahren eine Stadt der Arbeit geworden.Das alte Scherzwort "Der Weana geht net unter" ist zum Wahrwort geworden:Wien besteht, festgebaut auf dem eisernen Lebenswillen der Wiener und auf ihrer Liebe zur Heimat.(Langer stürmischer Beifall).

Die Zeiten sind also andere geworden und mit ihnen auch die Wünsche nach Gestaltung der Verfassung.Gut,wir Wiener sind nicht rechthaberisch und eigenwillig.Man möge uns vorschlagen,wie man die Rechte des Bundes gegenüber den Ländern und die Rechte der Länder gegeneinander gestalten will,und man wird uns immer bereit finden,auf jeden vernünftigen Vorschlag einzugehen. Aber was immer man will,ein Grundsatz ist unerschütterlich:Der Grundsatz des gleichen Rechtes!(Begeisterte Zustimmung).

Das Prinzip der Rechtsgleichheit wird mit allen Mitteln verteidigt werden und Schmach dem Wiener,der im Kampf um das Recht seines Heimatlandes zum Verräter würde.In reiner Ehe wollen wir verbunden sein mit der Republik.Wenn der Nationalrat in Wien tagt,so ist und das Ehre,vielleicht auch Gewinn.Aber wir Wiener sind kein Volk,das einen Gewinn unter Preisgabe seiner Rechte,das heisst seiner Ehre einheimsen will,das wäre keine Ehe, das wäre Prostitution.(Lebhafter Beifall).

Wien bedarf seiner finanziellen Mittel zum Aufbau der Stadt.Trotzdem sind wir bereit,im Gefühl der Solidarität aus den Mitteln der Stadt beizutragen zum Wohle des Bundes,zum Wohle der Länder.Die Wiener werden auch hier keinen kleinlichen egoistischen,geizigen Sinn,keine bornierte Bodenständigkeit,sondern ihre Grosszügigkeit,ihr Pflichtgefühl beweisen.Alles , was in dieser Stadt schafft,weiss,dass Wien bei der Abgabenteilung nicht feilschen,sondern grosszügig sein wird,wie es immer war.Aber alles,was in Wien schafft,Industrie,Handel,Gewerbe und die Arbeiterschaft,hat die Pflicht, darauf zu achten,dass diese Grossmut nicht missbraucht werde,dass noch Mittel zum Aufbau der Stadt erhalten bleiben,ohne dass der Steuerdruck ungleich schwerer wird als in anderen Ländern!(Langanhaltende Zustimmung).

Dann kommt der Bürgermeister auf Schuhmeier zu sprechen,dessen Namen die neue Wohnhausanlage trägt.Er gedenkt dieses Mannes aus dem Volk,des Arbeiters Schuhmeier in der Fabrik und zieht zwischen den damaligen und den heutigen Ottakringer Verhältnissen einen Vergleich.Er schildert die damaligen elenden Wohnungsverhältnisse,die Not in den Arbeiterfamilien,die Not und den Hunger der Arbeiterkinder,die sich in den Schulpausen zu 4o und 5o um die Lehrer jeder Klasse drängten,um eine der vier,fünf zur Verteilung gelangenden Speisemarken zu bekommen und mit einem Teller Gemüse ihren Hunger stillen zu können.Der Bürgermeister schilderte die Zeit,da die Staatsgewalt der Monarchie die erwachende Arbeiterbewegung niederzuhalten versuchte mit dem Ausnahmezustand,mit allen Verfolgungen und Waffengewalten der damaligen Zeit."Aber" , schliesst Bürgermeister Seitz,"alles das hat nichts genützt.Stärker als alle Gewalten des § 14,stärker als die Gewehre,Haubitzen und Säbel der Monarchie war der neue Gedanke,den Schuhmeier und seine Freunde unter die Arbeiter Ottakrings getragen haben.Ihnen muss die heutige Generation den Aufbau der Stadt danken,die Schule mit ihren sozialen Einrichtungen der Schülerausspeisungen, der Schulzahnkliniken,der Kinderfürsorge.Dieser Fortschritt in der Verwaltung von 1889 bis 1929 ist mehr als der gewöhnliche natürliche Fortschritt in Zivilisation und Kultur,er ist eine ungeheure Leistung,die nur unter der Gunst der Zeit,nur durch das verständnissvolle Zusammenwirken aller vollbracht werden konnte im Geiste Schuhmeiers,dessen Name der Wohnbau trägt.

Nicht als Parteimann,nicht von den Zinnen der Partei,sondern als Bürgermeister,als Vertreter der gesamten Interessen des Volkes dieser Stadt sage ich:Helfen wir alle zusammen,um Wien eine bessere Zukunft zu bauen.Wahren wir unser Recht für uns und für unsere Kinder,auf dass in gesunden Wohnungen,in guten Schulen,betreut von einer guten Fürsorge die Jugend heranwachse zu einem glücklichen Geschlecht.In diesem Sinne sei der Schuhmeierhof eröffnet! "(Stürmischer,nicht endenwollender Beifall und begeisterte Zurufe).

Dann überreichte ein kleines Mädchen dem Bürgermeister mit einigen Versen einen Blumenstrauss.Der Bürgermeister und die Festgäste besichtigten sodann den Schuhmeierhof,das Schuhmeierdenkmal und den Kindergarten.Dann wurden die neuen Wohnhausbauten Thalheimergasse 44 und 36,Brüsslgasse 34 und 35 sowie der Karl Volkerthof besichtigt.In den Wohnhausanlagen begrüssten die Mieterobmänner den Bürgermeister,der an die Parteien unter begeistertem Jubel kurze Ansprachen hielt.Auf dem Rundgang durch die Strassen Ottakrings bereitete die vielthausendköpfige Menschenmenge dem Bürgermeister wiederholt stürmische Ovationen.



-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

342

Wien, am Montag , den 30. September 1929

-.-.-.

verbleibenden Fremdenzimmerabgabe wird die Gemeinde ein volles Fünftel für die Zwecke der Förderung des Fremdenverkehres widmen.Bei der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe erfahren die Buschenschänker eine besondere Berücksichtigung.Da bei ihnen der Ausschank sich nicht in eigenen Lokalen,sondern eigentlich in den Wohnräumen abspielt,hätten die Investitionen keinen geschäftlichen Charakter.Hingegen sind die Buschenschänker als Weinbauer in ungünstiger Lage und es wird ihnen nun das Recht gegeben,den Nachlass von zwanzig Prozent ihrer Abgabe zu Verbesserungen in ihren Weingärten zu verwenden.In der Generaldebatte führten die Redner der Minderheit aus,dass die in Aussicht genommenen Steuerermässigungen vollständig unzulänglich sind.Die Verpflichtung zu Investitionen ist ein Eingriff in das Wirtschaftsleben,der der Steuerbehörde nicht zusteht.Die Bestimmung,wonach die Landesregierung ermächtigt wird, die Ermässigungen aufzuheben,wenn nach ihrem Ermessen durch Abänderung des Finanzverfassungsgesetzes oder des Abgabenteilungsgesetzes oder durch ein anderes Bundesgesetz die Einnahmen der Bundeshauptstadt Wien geschmälert oder ihr neue Lasten auferlegt werden,ist aus allen Vorlagen unbedingt zu streichen. In der Spezialdebatte stellte GR.Zimmerl bezüglich der Lustbarkeitsabgabe den Antrag,die Veranstaltungen ohne Rücksicht auf ihre Dauer gleich zu halten und die Ansätze sowohl der Prozentual-als auch der Pauschalabgabe auf die Hälfte herabzusetzen.Bezüglich der Anzeigenabgabe beantragt GR.Zimmerl,die Ansätze ebenfalls auf die Hälfte herabzusetzen.In der Vorlage betreffend die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe sind alle Bestimmungen über die Investitionsverpflichtung zu streichen.Ferner ist der Nachlass nicht mit zwanzig, sondern mit fünfzig Prozent festzusetzen.Die Fremdenzimmerabgabe ist mit 1. Jänner 1930 ausser Kraft zu setzen.Bezüglich der Ankündigungsabgabe beantragte GR.Zimmerl die Streichung der Bestimmung,wonach der Magistrat die Bemessungsgrundlage durch Vergleich mit Entgelten für ähnliche Ankündigungen festsetzen soll,wenn das veranschlagte Entgelt nicht den ortsüblichen Preisen entspricht.Schliesslich beantragte GR.Zimmerl für alle Vorlagen die Streichung der Bestimmung,wonach die Landesregierung ermächtigt wird,die Ermässigung aufzuheben,wenn nach ihrem Ermessen durch Abänderung des Finanzverfassungsgesetzes oder des Abgabenteilungsgesetzes oder durch ein anderes Bundesgesetz die Einnahmen der Bundeshauptstadt Wien geschmälert oder ihr neue Lasten auferlegt werden.Der Antrag des St.R.Kunschak,private Gärten,die öffentlich zugänglich sind,von der Bodenwertabgabe zu befreien,insolange sie öffentlich zugänglich bleiben,wurde angenommen.Somit wurden alle Steuerermässigungsgesetze und das Bodenwertabgabegesetz vom Finanzausschuss beschlossen.

265

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-